

Dischingen



Flächennutzungsplan 2020
Fortschreibung 2030

Flächennutzungsplan 2020

Fortschreibung 2030

Begründung
mit Umweltbericht

Gemeinde Dischingen

Landkreis Heidenheim

Planungsstand: Endültige Fassung
29.07.2020

Auftragnehmer: Ingenieurbüro Junginger + Partner GmbH

Talhofstraße 12
89518 Heidenheim
Telefon 07321/9843-0
Fax 07321/9843-13

Bearbeiter: Dipl.-Ing. (FH) Thomas Puschmann,
Landschaftsarchitekt und Stadtplaner
Kerstin Schnalzger M.Sc.

INHALTSVERZEICHNIS

A	Begründung	1
1	Planungsziele, Rechtsgrundlagen.....	1
1.1	Ziele des Flächennutzungsplanes	1
1.2	Rechtsgrundlage und Zweck des Flächennutzungsplanes	1
2	Erfordernis der Fortschreibung des Flächennutzungsplans	4
2.1	Flächenbedarf Wohnbauflächen	4
2.2	Flächenbilanz Wohnbauflächen	8
2.3	Bedarf für Wohnbauflächen	10
2.4	Flächenbedarf Gewerbe.....	15
2.5	Reflektion des Ergebnisses der Bedarfsberechnungen und Schlussfolgerungen für die Planung	19
2.6	Anpassung an bestehende Entwicklungen	20
2.7	Flächen für die Windenergie	20
2.8	Geltungsbereich und Planjahr.....	21
3	Änderung der Planflächen	21
3.1	Gesamtbilanz	21
3.2	Neue Planflächen mit abgeschlossenem Bauleitplanverfahren	23
3.3	Neue Planflächen	28
3.4	Korrekturen durch Bebauungspläne, die aus dem FNP entwickelt wurden	37
3.5	sonstige Korrekturen	41
3.6	Übersicht über die geplanten Bauflächen	47
4	Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen	49
4.1	Ansatz und Planungsziel.....	49
4.2	Planungskriterien	49
4.3	Potenzialflächen.....	59
4.4	Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen	61
4.5	Fazit, substantielle Ausweisung	61
5	Belange der Landwirtschaft.....	63
5.1	Fläche für die Landwirtschaft	63
5.2	Flächenverbrauch von landwirtschaftlichen Flächen	66
5.3	Begründung für die Auswahl der landwirtschaftlichen Flächen	66
6	Hinweise für die weitere Planungen.....	67
6.1	Straßenwesen	67
6.2	Grundwasser	67
6.3	Windenergie	67
6.4	Richtfunkverbindungen	68
6.5	Kommunales Abwasser / Niederschlagswasserbeseitigung	68
6.6	Hochwasserschutz, Oberirdische Gewässer	69
6.7	Hochwasserrisikomanagement	69
6.8	Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)	71

B Umweltbericht zu den Fortschreibungsflächen	72
1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans	72
2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben	72
2.1 Bauflächen mit abgeschlossener verbindlicher Bauleitplanung	72
2.2 Neue Bauflächen.....	73
3 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und die Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden	74
4 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden	75
4.1 Europäische Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete sonstige Schutzkategorien nach BNatSchG §§ 23 - 29	75
4.2 Biotop.....	75
4.3 Artenschutzrechtliche Beurteilung – streng geschützte Arten	75
4.4 Altlasten/Alttablagerungen	75
4.5 Lärm	75
4.6 Grundwasserschutz	76
4.7 Abwasserbeseitigung	76
4.8 Forstliche Belange: Waldfunktionenkartierung	76
4.9 Bedeutung der Landwirtschaft im Planungsraum	77
4.10 Schutzgut Fläche	78
5 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung	78
5.1 Methodik.....	78
5.2 Abgeschlossene Planungen	78
5.3 Neue Planungen	80
5.4 eingesetzte Techniken und Stoffe.....	127
5.5 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen	127
5.6 Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes	128
5.7 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Maßnahmen.	129
6 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	129
6.1 Schutzgut Fläche und Boden.....	129
6.2 Schutzgut Wasser und Grundwasser	130
6.3 Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotop, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)	130
6.4 Landschaft, Landschaftsbild und Erholungseignung	131
6.5 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter	131
6.6 Schutzgut Bevölkerung und Gesundheit des Menschen	132
6.7 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	132
7 Anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bauleitplans	133
8 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind.....	133
9 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt (Monitoring).....	134
10 Allgemeinverständliche Zusammenfassung	135

A Begründung

1 Planungsziele, Rechtsgrundlagen

1.1 Ziele des Flächennutzungsplanes

Grundlage der Planung ist der rechtskräftige Flächennutzungsplan 2020 der Gemeinde Dischingen. Die Fortschreibung verfolgt dabei im Wesentlichen folgende städtebauliche Ziele:

- Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- Sinnvolle Zuordnung der Baugebiete untereinander zur Vermeidung planerischer Konflikte im Vorfeld
- Flächensparende Formen bei der Ausweisung neuer Gebiete durch enge Anbindung an den Bestand und Nutzung vorhandener Infrastrukturelemente
- Anpassung des Umfangs der geplanten Bauflächen an den tatsächlichen Bedarf
- Flächensparen durch Verdichtung der bestehenden Siedlungsgebiete durch Ausnutzung von Baulücken und sonstigen innerörtlichen Potenzialen
- Darstellung der geplanten Erweiterungsflächen nur dort wo Konflikte mit anderen Nutzungen (z.B. Hochwasserschutz, Naturschutz) möglichst weitgehend vermieden werden können

1.2 Rechtsgrundlage und Zweck des Flächennutzungsplanes

Grundlage der Fortschreibung ist der rechtskräftige Flächennutzungsplan 2020 der Gemeinde Dischingen.

1.2.1 gesetzliche Grundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) geändert worden ist
- Baunutzungsverordnung (BauNVO in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist
- Landesbauordnung (BauO BW), Gesetz vom 08.08.1995 (GBl. S. 617), in Kraft getreten am 01.01.1996 zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2019 (GBl. S. 313) m.W.v. 01.08.2019

1.2.2 Landesentwicklungsplan (LEP 2002)

Nach LEP 2002 ist *„die Siedlungsentwicklung [...] vorrangig am Bestand auszurichten. Dazu sind Möglichkeiten der Verdichtung und Arrondierung zu nutzen, Baulücken und Baulandreserven zu berücksichtigen sowie Brach-, Konversions- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zuzuführen. Die Inanspruchnahme von Böden mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und die Landwirtschaft ist auf das Unvermeidbare zu beschränken.“* (3.1.9 (Z))

Alle Erweiterungen der Siedlungsgebiete finden im direkten räumlichen Anschluss an die bestehenden Flächen statt.

Weiter gilt: *„Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren.“* (5.3.2 (Z))

Der notwendige Umfang der Flächen ist der Bedarfsermittlung zu entnehmen.

1.2.3 Regionalplan 2010 der Region Ostwürttemberg

Im Rahmen der geplanten Ortserweiterungen ist insbesondere zu prüfen, ob folgende Ziele oder Grundsätze betroffen sind:

Regionale Grünzüge, 3.1.1 (Z), in Dischingen nicht vorhanden

Grünzäsuren, 3.1.2 (Z), in Dischingen nicht vorhanden

Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege, 3.2.1 (Z):

„Die in der Raumnutzungskarte dargestellten schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege ergänzen das Netz der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie der flächenhaften Naturdenkmale und der geschützten Biotope. Sie sollen insbesondere die landschaftlichen Voraussetzungen für das Weiterbestehen der Artenvielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt sichern und gleichzeitig dem Erhalt der Bodenfunktion als Standort für die natürliche Vegetation und landschaftsgeschichtliche Urkunde dienen. Durch Erhalt und sorgsame Pflege der natürlichen landschaftlichen Gegebenheiten und Eigenarten wie Talauen, Feuchtgebiete, Gewässer und Waldgebiete sowie durch Schutz und Pflege der landschaftsprägenden Kulturdenkmale (Bau- und Bodendenkmale) sollen sie gleichzeitig auch einen Beitrag zur Erhaltung und Pflege des historischen Kulturlandschaftsbildes der Region Ostwürttemberg leisten und so den Erholungswert der Landschaft erhalten. Dem Schutzzweck entgegenwirkende Vorhaben und Maßnahmen sollen in diesen Gebieten vermieden, die Erholungsnutzung soll auf eine schonende, die Natur nicht beeinträchtigende Art und Weise beschränkt werden.“

Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz, 3.2.2.1 (G):

„Die aufgrund ihrer natürlichen Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung und als Filter und Puffer sowie als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf geeigneten Böden und Flächen der Region, insbesondere die in der Raumnutzungskarte besonders gekennzeichneten schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft, sollen als natürliche Grundlage für eine verbrauchernahe Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Bewahrung und zur Entwicklung der ostwürttembergischen Kultur- und Erholungslandschaft erhalten werden. Hierbei sollen auch Bonitätsunterschiede innerhalb der schutzbedürftigen Bereiche berücksichtigt werden.“

Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft, 3.2.3.1 (G):

„Die in der Raumnutzungskarte als schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft dargestellten Waldflächen der Region sollen aus volkswirtschaftlichen, landeskulturellen, ökologischen und sozialen Gründen in ihrem derzeitigen Umfang erhalten werden.“

Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung, 3.2.4.1 (Z):

„Die in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen schutzbedürftigen Bereiche für die Erholung stellen Landschaftsräume dar, die sich aufgrund ihrer landschaftlichen Eigenart und Vielfalt sowie ihrer natürlichen Schönheit und des Bestandes an herausragenden Kulturdenkmälern (Bau- und Bodendenkmale) für die naturnahe Erholung besonders eignen. Diese Landschaftsräume sind im Einklang mit den Erfordernissen der Land- und Forstwirtschaft sowie anderer landschaftlicher Funktionen wie des Denkmalschutzes, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie des Biotopschutzes für die landschaftsbezogene, ruhige Erholung zu sichern. Eingriffe, z.B. durch Siedlungsbau und Infrastrukturmaßnahmen, welche die Erholungseignung der Landschaft beeinträchtigen, sind zu vermeiden.“

Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen, PS 3.5.2 (Z):

„In den in der Raumnutzungskarte festgelegten Vorranggebieten zur Sicherung von Rohstoffvorkommen sind alle Nutzungen, die einem späteren Rohstoffabbau entgegenstehen, ausgeschlossen. Dies gilt zunächst grundsätzlich auch für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen selbst. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, wenn am Abbaustandort keine zumutbaren Alternativen in den zugehörigen Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mehr vorhanden sind. Die Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen sind in Tabelle 1 und in der Raumnutzungskarte festgelegt.“

Nordwestlich des Teilorts Hofen befindet sich ein Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen "Suevit-Vorkommen bei Hofen" nach PS 3.5.2 (Z) der Teilfortschreibung Rohstoffsicherung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg.

PS 4.3.4.1 (G):

„In allen Teilen der Region ist bei bestehender Bebauung für einen ausreichenden Schutz gegen Hochwasser zu sorgen. Überschwemmungsgebiete sind von jeglicher Bebauung freizuhalten, insbesondere ist eine weitere Einengung der Flußtalquerschnitte zu vermeiden. Einer weiteren Versiegelung von Flächen ist zur Vermeidung von Hochwasser entgegenzuwirken.“

2 Erfordernis der Fortschreibung des Flächennutzungsplans

Da es aufgrund der vorherrschenden Flächenknappheit geboten ist, die Entwicklungsziele bedarfsgerecht und flächensparend zu gestalten, stellt eine Ermittlung des voraussichtlich erforderlichen Baulandbedarfs eine sinnvolle und notwendige Planungsgrundlage dar.

2.1 Flächenbedarf Wohnbauflächen

Die Gemeinde Dischingen konnte in den letzten Jahren die zahlenmäßige Entwicklung ihrer Einwohner stabilisieren.

Ein wesentlicher Baustein auf diesem Weg ist die Weiterentwicklung der kommunalen Bauleitplanung. Den vorbereitenden Rahmen hierfür bildet der Flächennutzungsplan. Aus dem Flächennutzungsplan werden die Bebauungspläne entwickelt.

2.1.1 Methodik

Nach dem „Hinweispapier“ des Landes Baden-Württemberg¹ beruht der Maßstab der Prüfung auf den Vorgaben des Baugesetzbuches, insbesondere:

- § 1 Abs. 4 BauGB – Anpassungspflicht der Planung an die Ziele der Raumordnung, insbesondere Plansatz 3.1.9 (Z)² Landesentwicklungsplan (LEP) 2002
- § 1 Abs. 5 BauGB – Planungsleitlinien sollen u.a. die nachhaltige städtebauliche Entwicklung in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, die Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen einschließlich der Verantwortung für Klimaschutz und Klimaanpassung sein. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.
- § 1a Abs. 2 BauGB (Bodenschutzklausel) – sparsamer Umgang mit Grund und Boden: vor zusätzlicher Flächeninanspruchnahme von Flächen für eine bauliche Nutzung ist Maßnahmen der Innenentwicklung, wie Nachverdichtung und Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Vorrang zu geben. Eine besondere Begründungspflicht besteht für die Umwandlung von landwirtschaftlich oder als Wald genutzten Flächen. Der Begründung sollen dabei Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.

Die oben genannten rechtlichen Vorgaben werden erfüllt. Die Berechnung des Bedarfs erfolgt nach dem Hinweispapier für das Gesamtgebiet des Geltungsbereichs.

Allerdings wird die Bedarfsberechnung um die örtlichen Besonderheiten in den Teilorten ergänzt.

¹ „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs. 2 BauGB, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, 15.02.2017

² PS 3.1.9 (Z): Die Siedlungsentwicklung ist vorrangig am Bestand auszurichten. Dazu sind Möglichkeiten der Verdichtung und Arrondierung zu nutzen, Baulücken und Baulandreserven zu berücksichtigen sowie Brach-, Konversions- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zuzuführen. Die Inanspruchnahme von Böden mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und die Landwirtschaft ist auf das Unvermeidbare zu beschränken.

2.1.2 Struktur

2.1.2.1 Einwohnerzahl, Belegungsdichte

Die Gemeinde Dischingen hat derzeit 4.332 Einwohner (EW). Im Verlauf der Jahre 2004 bis 2009 ist die Einwohnerzahl zunächst kontinuierlich auf ca. 4.307 EW gesunken. Ab diesem Tiefpunkt ist festzustellen, dass die Einwohnerzahl im Rahmen eines gewissen Schwankungsbereiches konstant ist.

<u>Jahr³</u>	<u>Einwohnerzahl</u>	<u>Veränderung</u>	<u>Veränderung prozentual</u>
2004	4.565		
2005	4.548	-17	-0,37
2006	4.484	-64	-1,41
2007	4.509	25	0,56
2008	4.471	-38	-0,84
2009	4.307	-164	-3,67
2010	4.377	70	1,6
2011	4.337	-40	-0,91
2012	4.351	14	0,32
2013	4.367	16	0,37
2014	4.341	-26	-0,60
2015	4.334	-7	-0,16
2016	4.344	10	0,23
2017	4.299	-35	-0,81
2018 ⁴	4.332	33	0,77

Nach Darstellung des Statistischen Landesamts (StaLA) lag die Einwohnerzahl Ende 2018 bei 4.355 EW und weicht damit geringfügig von den Zahlen des Einwohnermeldeamtes ab.

³ Jeweils zum zum 31.12. des Jahres

⁴ Zum 30.06.2018

Nach der Vorausrechnung des StaLA wurde für die Zahl von 4.323 EW vorausgesagt. Die tatsächliche Entwicklung ist also etwas positiver, als die Vorausrechnung.

Jahr	Insgesamt
2017 ¹⁾	4.316
2018	4.323
2019	4.326
2020	4.341
2021	4.341
2022	4.345
2023	4.349
2024	4.358
2025	4.359
2026	4.347
2027	4.360
2028	4.360
2029	4.373
2030	4.368
2031	4.367
2032	4.369
2033	4.374
2034	4.366
2035	4.365

Die Belegungsdichte der Wohnungen beträgt nach Angaben des Statistischen Landesamts 2,2 Einwohner / Wohneinheit für 2017 und ist somit seit dem Jahr 2004 von damals 2,4 kontinuierlich gesunken.

Im Vergleich dazu hat die Belegungsdichte im Land Baden-Württemberg zwischen 2,2 im Jahr 2004 und 2,1 im Jahr 2018 wesentlich weniger stark abgenommen.

2.1.2.2 Raumkategorie, Entwicklungsachsen, Raumplanerische Festlegungen

Die Gemeinde gehört gemäß Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (LEP) 2002 zum ländlichen Raum im engeren Sinne. Die Gemeinde ist im Regionalplan 2010 als Kleinzentrum ausgewiesen. Im Zuge der Gesamtfortschreibung zum Regionalplan ist ein Festhalten an dieser Einordnung geplant.

Gem. PS. 2.3.2 (G) des Regionalplans 2010 der Region Ostwürttemberg ist anzustreben:

- „eine gezielte Zunahme der Bevölkerung durch Binnen- und soweit erforderlich durch Außenwanderungsgewinne,
- eine gezielte Vermehrung der Arbeitsplätze durch Neuansiedlung und Erweiterung,
- ein gezielter Ausbau der zentralörtlichen Einrichtungen im Versorgungskern des zentralen Ortes.“.

Der Regionalplan weist als Siedlungsbereiche unter anderem „Siedlungsbereiche außerhalb der Entwicklungsachsen“ aus. Hierunter fällt auch das Kleinzentrum Dischingen als Versorgungskern. Weitere Siedlungsbereiche in den Teilorten sind in diesem Fall nicht zugeordnet (vgl. PS. 2.3.2 (Z)).

2.1.2.3 ÖPNV

Die Gemeinde wird vom Regiobus Stuttgart an das öffentliche Nahverkehrsnetz angeschlossen. Über die dort betriebene Buslinie besteht ein Anschluss an die Bahnlinie Ulm – Aalen (Brenzbahn).

2.1.2.4 Erwartete Einwohnerzahl

Das Statistische Landesamt hat für alle Kommunen des Landes Baden-Württemberg Prognosen bis zum Jahr 2035 aufgestellt. Entwicklungskorridore werden nicht mehr dargestellt.

Es muss auch in Betracht gezogen werden, dass einer ungünstigen demographischen Entwicklung bis zu einem gewissen Grad entgegengewirkt werden konnte, vor allem indem die Lage auf dem örtlichen Arbeitsmarkt durch die Erweiterungen der Firmen [REDACTED] und [REDACTED] positiv zu sehen ist.

Zudem wurde der Schulstandort gesichert. An der Dischinger Egauschule als Gemeinschaftsschule sind Grundschule, Hauptschule, Realschule und Werkrealschule angesiedelt. Mögliche Abschlüsse sind der Hauptschulabschluss nach Klasse 9 oder 10 oder der Realschulabschluss nach Klasse 10. Ebenso möglich ist nach Klasse 10 der Wechsel an das Gymnasium; ein eigener Zug mit erweitertem Niveau führt zum Abitur hin. Das breite schulische Angebot ist ein Standortfaktor, der vor allem für junge Familien einiges Gewicht hat.

Ein Indikator für die zukünftige Zunahme sind die Wanderungsgewinne der letzten Jahre; Nachdem der Saldo in den letzten Jahren einen negativen Wert aufwies, konnte zwischen 2012 und 2017 ein Zuwachs verzeichnet werden.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, dass die „Bauherren-Generation“ im Alter zwischen 25 und 40 Jahren seit 2012 zunimmt, was u.a. mit eine Ursache für den Bedarf nach Bauplätzen ist. Diese Altersgruppe ist in Dischingen mit ca. 17 % vertreten.

Dischingen (Kreis Heidenheim)							
Jahr ¹⁾	Insgesamt	Davon in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren					
		unter 15	15-18	18-25	25-40	40-65	65 u.mehr
2012	4.370	608	165	401	700	1.632	864
2013	4.386	614	160	384	709	1.638	881
2014 ²⁾	4.361	609	149	372	699	1.641	891
2015	4.352	582	146	371	732	1.614	907
2016	4.362	598	176	340	722	1.606	920
2017	4.316	584	162	323	738	1.570	939

Tabelle: Entwicklung der Altersgruppen seit 2012

2.2 Flächenbilanz Wohnbauflächen

2.2.1 Zahlenbasis

Die Darstellung der Flächenpotenziale für die Wohnbebauung erfolgt auf der Grundlage gemeindeeigener Erhebungen. Hierfür wurde die Verkaufsbereitschaft der privaten Eigentümer direkt abgefragt. Ebenso wurde die Zahl der Einpendler in die jeweiligen Betriebe bei den Unternehmen direkt erhoben. Darüber hinaus erfolgte eine differenzierte Auswertung der Potenziale der gemeindeeigenen Flächen.

2.2.2 Flächenpotenziale Innenentwicklung

Da die potenziellen Bauflächen im Innenbereich jedoch bei weitem nicht vollständig zur Verfügung stehen, können sie auch nicht ohne Abstriche für die Berechnung zum Ansatz gebracht werden. Darüber hinaus gibt es Bereiche, für die aus unterschiedlichen Gründen keine Nachfrage besteht.

Sowohl innerhalb des Hauptortes Dischingen, als auch im Siedlungsareal der Teilorte liegen zahlreiche Baulücken. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Areale innerhalb der angestrebten Geltungsdauer des rechtsgültigen Flächennutzungsplanes vollständig zur Verfügung stehen werden. Ein Haupthinderungsgrund ist die derzeit mangelnde Verkaufsbereitschaft der Eigentümer. Gerade im ländlichen Raum werden oft innerörtliche Grundstücke oder Grundstücksteile für die eigenen Kinder vorgehalten. Dies bedeutet dann nicht, dass die Flächen für immer blockiert sind, es ist aber andererseits bis zum Zieljahr des Flächennutzungsplans ebenso nicht damit zu rechnen, dass die Lücken geschlossen werden. Andererseits tauchen diese Kinder voraussichtlich nicht in den Listen der Bauplatzbewerber auf, da sie ja bereits über einen Bauplatz verfügen.

Ein weiterer Grund für die schlechte Verfügbarkeit kann auch im niedrigen Zinssatz gesehen werden. Derzeit ist die Bereitschaft, ein Grundstück mit erheblichem Wertsteigerungspotenzial zu verkaufen auch deshalb sehr gering, weil die Anlage des Verkaufserlöses wenig bis gar keine Rendite verspricht.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass ein Teil des Wohnungsbedarfs in gemischten Bauflächen gedeckt werden kann. Da diese Areale jedoch auch andere Nutzungen, wie z.B. Landwirtschaft, Gewerbe- oder Einzelhandelsbetriebe beherbergen, wird die ermittelte Fläche über einen generalisierten Ansatz nur zu 50 % gerechnet.

Der Umfang des Potenzials ist den nachfolgenden Kapiteln zu entnehmen.

2.2.3 Strategien zur Mobilisierung der Potenziale und aktuelle Projekte

Die Gemeinde hat in den letzten Jahren auf mehreren Ebenen Anstrengungen zur Mobilisierung der Innenpotenziale unternommen. Die einzelnen Projekte dienen der Schaffung von verdichteter Wohnbebauung in bestehenden oder neu gebauten Gebäuden. Beispiele hierfür gehen aus der folgenden Aufstellung hervor.

2.2.3.1 Gemeindeentwicklungskonzept

Dischingen verfügt über ein Gemeindeentwicklungskonzept⁵. In diesem Rahmen wurden in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung Ziele formuliert, die auch den Bereich „Raumstruktur, Siedlungsentwicklung und Wohnen“ umfassen. Folgende Leitziele wurden formuliert:

- Priorisierung der Innenentwicklung
- Steuerung einer Angebots- und Preisdifferenzierung auf dem Wohnungsmarkt unter Berücksichtigung alternativer Energien
- Sensibilisierung der Eigentümer von Baulücken
- Wohnbaustrategie für alle Ortsteile zur Förderung Preis- und Angebotsdifferenzierter Wohnbaupolitik

2.2.3.2 Einzelprojekte und sonstige Aktivierungsaktivitäten

- Verlagerung Kindergarten, Schaffung von Wohnungen:
Innerhalb von Dischingen wurde der Kindergarten an einen anderen Standort innerhalb des Ortes verlegt. Dadurch wurde die Möglichkeit für die Schaffung von barrierefreien Wohnungen geschaffen. Das Projekt wurde mittlerweile umgesetzt.
- Wohn- und Geschäftshaus Dischingen:
Diese in privater Trägerschaft geplante Maßnahme in der Nähe des Friedhofs soll zur weiteren Stärkung der Ortsmitte des Hauptortes Dischingen beitragen.
- Freimachung Zentrum Eglingen zur Wohnbebauung:
Im Zuge der Sanierung mit Anbau an die Halle in Eglingen wird das ehemalige Verwaltungsgebäude ohne Funktion sein. In der Ortsmitte bietet sich daher eine neue Nutzung insbesondere als Wohnraum an. In einem ersten Schritt soll das entsprechende Areal freigemacht werden.
- Umnutzung ehemalige Gaststätte:
In Dischingen wurde eine ehemalige Gaststätte aufgegeben. Das Gebäude wurde mit einer Umnutzung dem Wohnungsmarkt zugeführt.
- Anschreiben der Grundstückseigentümer:
Von der Gemeinde wurden alle privaten Grundstückseigentümer angeschrieben, um über die Verkaufsbereitschaft die Verfügbarkeit der Grundstücke abzufragen. Gleichzeitig können diese Unterlagen bei der Aktivierung von Flächen eine wichtige Hilfe sein.
Die Ortsvorsteher haben die Unterlagen zum großen Teil im persönlichen Kontakt erhoben.
- Bauzwang:
Die Wohngrundstücke werden nur mit der Auflage verkauft, dass sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums auch tatsächlich bebaut werden.

⁵ Gemeindeentwicklungskonzept, Gemeindeentwicklung Dischingen 2030, Reschl Stadtentwicklung, Stuttgart 2017

2.2.4 Flächenpotenziale Außenentwicklung

Innerhalb der geplanten Bauflächen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans bestehen noch folgende Potenziale für die Wohnflächenentwicklung.

Außenreserven Wohnbauflächen	12,6 ha
<u>Außenreserven Mischbauflächen (50 %)</u>	<u>4,4 ha</u>
Summe	17,0 ha

Die Summe der verfügbaren Flächen beträgt demnach ca. **17,0** ha. Dies ist das derzeitige Außenentwicklungspotenzial des Gesamtgebiets für eine Wohnbaunutzung. Für die weitere Planung wurde dann untersucht, wie viel davon in der FNP-Fortschreibung beibehalten werden kann.

2.3 Bedarf für Wohnbauflächen

2.3.1 Fiktiver Einwohnerzuwachs (EZ1)

Der Bedarf für Wohnbauflächen errechnet sich nach dem Hinweispapier des Landes.

1. Ermittlung des fiktiven Einwohnerzuwachses (EZ1) durch Belegungsdichterückgang auf der Basis der Einwohnerzahl zum Zeitpunkt der Planaufstellung (0,3 % / Jahr).

Als Planungszeitraum wird der Zeitpunkt der zugrunde gelegten Zahlenbasis für die voraussichtliche Laufzeit des Flächennutzungsplans = **15 Jahre** angenommen. Die Berechnungen stützen sich durchweg auf die Zahlen des StaLA. Die derzeit neueste verfügbare Einwohnerzahl des StaLA ist für das Quartalsende 02/2019 verfügbar deshalb wird der Zeitraum von 2019 bis 2034 herangezogen.

Danach kann der fiktive Einwohnerzuwachs wie folgt berechnet werden:

$$EZ1 = EW \times 0,003 \times 15$$

$$EZ1 = 4.326 \text{ EW} \times 0,003 \times 15 = \mathbf{195 \text{ EW}}$$

2.3.2 Bruttomindestwohndichte

Gemäß Regionalplan der Region Ostwürttemberg wird der Gemeinde Dischingen eine Mindestdichte von 45 EW/ha zugewiesen.

Dischingen ist eine sehr ländlich geprägte Gemeinde. Vor allem in den zahlreichen Teilorten, aber auch in Dischingen selbst sind die Ortslagen von Dorfgebieten (im Sinne der BauNVO) geprägt. In diesen Gebieten herrscht eine erheblich geringere Bruttodichte, als in allgemeinen oder reinen Wohngebieten, weil neben dem Wohnen auch landwirtschaftliche Gebäude auf der Fläche untergebracht werden. Darüber hinaus finden sich in Dorfgebieten üblicherweise auch viele Freiflächen, die beispielsweise als Zufahrten für landwirtschaftliche Gespanne, hofnahe Lagerflächen oder kleinteilige stallnahe Weiden genutzt werden. Hieraus ergibt sich ein spezifisches Ortsbild, das aus städtebaulichen Gründen auch in Wohngebieten als Vorbild dienen sollte. Zudem besteht in ländlichen Gebieten auch in Wohnbereichen eine größere Notwendigkeit zur Unterbringung von Gerätschaften und Haustieren oder Nutzgärten, als in der Stadt. Die dezentrale Infrastruktur erfordert zudem vielerorts Flächen für die Entsorgung des Niederschlagswassers auf dem jeweiligen Grundstück, um die Kanalsysteme zu entlasten.

2.3.3 Besonderheiten der Teilorte, akuter Wohnraumbedarf

Dischingen hat eine dezentrale Siedlungsstruktur mit vielen kleinen Teilorten. Dennoch sind diese Teilorte von einer lebendigen dörflichen Gemeinschaft und einer hohen Eigenständigkeit geprägt. Obwohl der Schwerpunkt der wohnbaulichen Entwicklung auf dem Hauptort liegt, gibt es auch in den Teilorten einen erheblichen Bedarf an Wohnbauflächen. Dies rührt unter anderem daher, dass in fast jedem Teilort auch Gewerbebetriebe mit teilweise erheblicher Größe angesiedelt sind. Deren Bedarf an Arbeitskräften kann durch die Beschäftigten am Arbeitsort (in diesem Fall der Ortsteile) bei weitem nicht gedeckt werden. Überwiegend kommen die Beschäftigten von außerhalb der Gemeinde Dischingen.

Für einen Teil dieser Einpendler besteht der Wunsch, an den Arbeitsort zu ziehen. Dies würde für die Betroffenen Arbeitskräfte bzw. deren Familien eine erhebliche Entlastung bedeuten. Die täglich zurückgelegte Pendelstrecke würde sich auf ein Minimum reduzieren. Es wäre mehr Zeit übrig für Familie, Ehrenamt oder sonstige Freizeit. Gleichzeitig senkt dies die Belastung für das Klima und die Umwelt im Allgemeinen durch die eingesparte Energie.

Die Ermöglichung eines Zuzugs von Arbeitskräften zur Stärkung der Gewerbebetriebe im ländlichen Raum ist als **akuter Wohnraumbedarf** zu betrachten.

Der Zuzug von Menschen, die bereits durch die Arbeit gewissermaßen verwurzelt sind, stärkt zudem die dörfliche Gemeinschaft der kleinen Teilorte.

Deshalb ist es zielführend, beim Maß der Ausweisung an geplanten Wohnbauflächen die Einpendler zu berücksichtigen. Um ein Bild von der Zahl der betroffenen Personen zu erhalten, wurde die Zahl der Einpendler bei den Betrieben abgefragt (Stand September 2018):

Ortsteil	Einwohner Ortsteil	Mitarbeiter/-innen	Einpendler/-innen
Ballmertshofen	399	21	10
Demmingen	432	28	5
Dischingen	1770	1219	559
Dunstelkingen	495	78	54
Eglingen	591	214	177
Frickingen mit Katzenstein	480	165	155
Trugenhofen	165	26	6
Dischingen gesamt	4332	1751	966

Einwohnerzahlen laut Auskunft der Gemeindeverwaltung Dischingen am 08.11.2018

Das statistische Landesamt weist für Dischingen folgende Entwicklung der Einpendlerzahlen aus (Einpendler über die Gemeindegrenzen):

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018 (Jahr)
704	750	796	836	926	993	1037	1061 (Einpendler)

Die Zahlen des statistischen Landesamts sind etwas höher als die der Gemeinde Dischingen, weil dort auch Beschäftigte in nicht erfassten Betrieben enthalten sind (z.B. Kleinstbetriebe, Landwirtschaft). Außerdem haben sich nicht alle Betriebe an der Abfrage beteiligt.

Vergleicht man die Entwicklung der Auspendler/innen, so hat deren Zahl wesentlich geringer zugenommen, nämlich seit 2011 von 1.202 auf 1282 im Jahr 2018.

Geht man davon aus, dass während der Laufzeit der Flächennutzungsplanung etwa 20 % der Einpendler an ihren Arbeitsort ziehen, ergeben sich folgende Zahlen, dabei wird damit gerechnet, dass teilweise auch ganze Familien zuziehen, im Durchschnitt wird mit einem Zuwachs von 2 EW/Wohnung gerechnet. Der Ansatz für die Belegungsdichte unterschreitet (im Sinne eines vorsichtigen Ansatzes) den Durchschnittswert für Dischingen etwas.

In der ortsteilbezogenen weiteren Betrachtung werden statt der Werte EZ₂ nach Hinweispapier die Werte aus der unten stehenden Tabelle eingesetzt.

Ortsteil	Einwohner Ortsteil	Einpendler/- innen	Bedarf an Wohnungen	Bedarf an Wohnbaufläche (ha)
Ballmertshofen	399	10	2	0,09
Demmingen	432	5	1	0,04
Dischingen	1770	559	112	4,98
Dunstelkingen	495	54	11	0,49
Eglingen	591	177	35	1,56
Frickingen mit Katzenstein	480	155	31	1,38
Trugenhofen	165	6	1	0,04
Dischingen gesamt	4332	966	193	8,58

Tabelle: Wohnbauflächenbedarf durch Einpendler
(Bedarf an Wohnbaufläche =

Zahl der Einpendler x 0,2 = Bedarf an Wohneinheiten * 2 EW je WE / 45 EW je ha)

Zum hier ermittelten Bedarf von 8,58 ha ist der Wert EZ₁ zu addieren. Es ergibt sich ein relativer Bedarf von 12,92 ha. Hiervon sind die Innenpotenziale noch abzuziehen. Die Aufstellung der auf Privatgrundstücken zur Verfügung stehenden Flächen sind der Tabelle Wohnbauflächenbedarf gesamt zu entnehmen (1,44 ha).

Der Abzug für die zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale auf privaten Grundstücken beruht auf einer Umfrage unter den Grundstücksbesitzern.

Das gemeindeeigene Flächenpotenzial geht aus folgender Aufstellung hervor:

Gemeindeeigene Flächen Dischingen					
Ort	Flst-Nr.	Fläche (m ²)	Verfügbar (m ²)	Nutzung FNP 2030	Erläuterung
Dischingen	1010/7	6344	3172	W	Ansatz zur Hälfte wegen Immissionsproblemen aufgrund der benachbarten Gewerbefläche
Dischingen	56/6	657	0	M	Bauplatz in der Ortsmitte Flst-Nr. 56/5 und 56 wurden 2019 verkauft, Fläche vergeben
Dischingen	956	2682	0	W	wurde 2019 verkauft
Ballmertshofen	205/8	624	624	W	Baugebiet „Herlsbühl“
Demmingen	590	11183	0	W	Baugebiet „Hülenfeld II“, Erschließung nicht gesichert, Fläche unverkäuflich
Demmingen	590/5	1155	0	W	Baugebiet „Hülenfeld II“, Erschließung nicht gesichert, Fläche unverkäuflich
Dunstelkingen	642	877	877	W	Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten – westlicher Teil“ Bauplatz
Dunstelkingen	641	710	710	W	Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten – westlicher Teil“ Bauplatz
Dunstelkingen	640	1080	1080	W	Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten – westlicher Teil“ Bauplatz
Dunstelkingen	644/2	795	795	MD	Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten – südlicher Teil“
Dunstelkingen	644/4	1011	0	MD	Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten – südlicher Teil“, reserviert
Frickingen	73	5354	0	M	Baugebiet „Kappelesäcker“
Frickingen	127/37	764	764	W	Baugebiet „In den Hofwiesen II“
Frickingen	127/32	786	786	W	Baugebiet „In den Hofwiesen II“
Summe Wohnbaufläche		26205	8013		
Summe Mischbaufläche		7817	795		
Summe der Fläche für das Wohnen (Wohnbaufläche + Hälfte der Mischbaufläche) m²		30114	8411		
SUMME ha		3,01	0,84		

In Zusammenschau ergibt sich folgendes Bild:

Ortsteil	Einwohner (EW)	fiktiver Einwohner- zuwachs (EZ ₁) in ha	Bedarf durch Eipendler (EZ ₂) in ha	Zahl der Baulücken	abzüglich zur Verfügung stehende priv. Fläche (0,08 ha je Baulücke)	abzüglich Potenziale im Eigentum der Gemeinde	Gesamt- bedarf in ha
Ballmertshofen	399	0,40	0,09	5	-0,40	-0,06	0,03
Demmingen	432	0,43	0,04	1	-0,08	0,00	0,39
Dischingen	1770	1,77	4,98	5	-0,40	-0,32	6,03
Dunstelkingen	495	0,50	0,49	0	0,00	-0,30	0,69
Eglingen	591	0,59	1,56	0	0,00	0,00	2,15
Frickingen mit Katzenstein	480	0,48	1,38	7	-0,56	-0,16	1,15
Trugenhofen	165	0,17	0,04	0	0,00	0,00	0,21
Dischingen gesamt	4332	4,34	8,58	18	-1,44	-0,84	10,65

Tabelle: Wohnbauflächenbedarf insgesamt
(fiktiver Einwohnerzuwachs $EZ_1 = EW \cdot 0,003 \cdot 15 / 45$ EW/ha)

Die angestrebte Wohndichte von 45 EW/ha lässt sich folgendermaßen auf die Fläche je Grundstück umrechnen. Dies sind im Ergebnis dann etwa die eingesetzten 800 m² pro Grundstück. Dies gilt unter folgenden Annahmen:

- 40 EW/10.000 m² entspr. 250 m² je EW⁶
- 1,5 Wohneinheiten (WE) je Grundstück
- Belegungsdichte bei Neubau: 2,2 EW/WE

Es ergibt sich folgender Rechengang: $250 \text{ m}^2/\text{EW} \times 2,2 \text{ EW/WE} \times 1,5 \text{ WE} = 825 \text{ m}^2$.

Es sei angemerkt, dass von der Berechnungsvorgabe des Hinweispapiers für den fiktiven Einwohnerzuwachs nicht abgewichen wird, obwohl sich der Belegungsdichterückgang im Ort in den letzten Jahren doppelt so schnell vollzogen hat, wie im Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg. Würde man statt dem Faktor 0,003 einen Wert von 0,004 einsetzen, ergäbe sich ein Gesamtbedarf EZ_1 von 5,78 ha.

⁶ Der Dichtewert wird auf 40 EW/ha reduziert, weil bei den zur Verfügung stehenden Baulücken im Gegensatz zu den sonstigen Betrachtungen naturgemäß keine sonstigen Flächen wie Verkehrs- oder Grünflächen enthalten sind.

2.4 Flächenbedarf Gewerbe

2.4.1 Aktuelle Situation und allgemeine Ziele

Der größte Arbeitgeber ist der Batteriehersteller [REDACTED] in Dischingen mit ca. 550 Arbeitsplätzen. Die Firma [REDACTED] GmbH & Co. KG ist ein Unternehmen der [REDACTED] Gruppe (USA) und gilt in Deutschland als führender Batterie-Hersteller. Am Standort Dischingen unterhält die [REDACTED] mit [REDACTED] das europaweit einzige Werk für Alkali-Batterien. (Ein weiteres Werk für Alkali Batterien unterhält das Unternehmen nur noch in Fennimore / USA.)

Danach folgen der Türenhersteller [REDACTED] in Katzenstein (ca. 180 Arbeitsplätze), die Modulraum- und Containerfirma [REDACTED] in Eglingen (ca. 200 Arbeitsplätze), die Fa. [REDACTED] mit ca. 70, die Fa. [REDACTED] Bau & Fertigteile GmbH sowie die Fa. [REDACTED] GmbH & Co. KG mit zusammen rund 55 Mitarbeitern und die Firma [REDACTED] mit ca. 35 Mitarbeitern. Letztere hat als größter Abfüller alkoholfreier Getränke in der Region⁷ einen erhöhten Flächenbedarf. Außerdem prägen die Gemeinde Dischingen zahlreiche Klein- und mittelständische Firmen, die letztendlich auch vorwiegend die Arbeitgeber für die Einwohnerschaft sind. Das Spektrum der Branchen ist breit gefächert: vom Dienstleistungsgewerbe, über Handels-, Bau- und den traditionellen Handwerksbetrieben.

Die Gemeinde Dischingen hat in den letzten Jahrzehnten viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Ziel dieser Planung ist es, bedarfsgerecht wohnortnahe Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Der Schwerpunkt dieser Entwicklung ist der Hauptort Dischingen. In das Gewerbegebiet von Dischingen sollen neben den im Ort ansässigen Firmen auch Aussiedlungen aus immissionsschutzfachlich problematischen Gemengelagen gelenkt werden. Gewerbliche Bauflächen in den Teilorten dienen ausschließlich der Sicherung und Expansion bestehender Betriebe.

Bei der Ansiedlung von Betrieben in der Gemeinde sind die Vorgaben des Grundwasserschutzes besonders zu beachten. Es sollten Betriebe angesiedelt werden, die keine oder nur geringe Mengen wassergefährdender Stoffe im Produktionsprozess verwenden.

Berechnungen für einen Gewerbeflächenbedarf sind erfahrungsgemäß mit sehr großen Unsicherheiten behaftet. Eine rein flächenmäßige summarische Aussage kann den sehr unterschiedlichen Flächenansprüchen bestehender und zukünftiger Betriebe nicht gerecht werden. Es muss auch bedacht werden, dass den bestehenden Firmen eine zukünftige Erweiterung nicht durch ein unbedachtes Auffüllen von Baulücken langfristig verbaut wird, zumal die vorhandenen innerörtlichen Erweiterungsmöglichkeiten sowohl in gewerblichen als auch in gemischten Bauflächen mit derzeit ca. 0,3 ha. ohnehin nur gering sind. Dies liegt vor allem an einer geringen Verkaufsbereitschaft der betreffenden Grundstückseigentümer.

2.4.2 Rückblick über die Entwicklung der letzten 10 Jahre

Dennoch sollte zur Vermeidung einer ungeordneten städtebaulichen Entwicklung eine Prognose vorgenommen werden. Hierfür wurde zunächst das Bautagebuch der Gemeinde ausgewertet. In der folgenden Tabelle kann damit die differenzierte gewerbliche Entwicklung der letzten zehn Jahre nachvollzogen werden:

⁷ Heidenheimer Zeitung vom 20.09.2013

Zusammenstellung gewerblicher Vorhaben im Zeitraum 2008-2019 nach dem Bautagebuch der Gemeinde Dischingen

x = flächenneutral (Abbruch mit Neubau, Umbau), bzw. unerhebliche Entwicklung

Datum (Bau- antrag)	Gewerbliche Entwicklung, Einzelnachweis	Fläche in m² (ca.)
08.02.08	Katzenstein Abbruch best. Wohnhaus mit Nebengebäude, Einbau Aufzug in best., Neubau Eingangsgeb. u. Parkflächen	1200
12.11.10	Nutzungsänd. f. den abgetrennten Teil der Lager- und Versandhalle als Garage	x
11.05.16	Nutzungserweiterung der bestehenden LKW Verladehalle, zusätzlich nun LKW Garage, Katzenstein	x
06.06.16	Neubau von Parkpl. für Mitarbeiter, Besucher und Vertreter	500
06.06.16	Neubau einer Großgarage für PKW und Transporter, Kompressor und Leisten	100
06.06.16	Erweiterung der best. Schreinerei, Katzenstein	170
13.02.17	Erw. der bestehenden Schlosserei mit Tiefgarage, Neubau Hackschnitzzellager, Nutzungsänd. bestehende Halle, Neubau Parkplätze	1300
18.10.18	Umsetzen der best. Betriebsstankstelle und Neubau einer Abfüllfläche	100
11.07.08	Ballmertshofen Anbau an vorh. Werkstatt	600
24.03.14	Neubau einer Lagerhalle	1750
22.07.08	Dischingen Anbau einer Werkstatt , überdachte Abstellfläche, Neubau von vier Fertiggaragen 29.07.2010	190
30.07.08	Abbruch Schlammbeet und Neubau einer Anlage zur Sauerstoffversorgung der bestehenden Ozonanlage	x
19.11.14	Umbau der best. Maschinenhalle zur Änderung des Trinkwasserenthärtungsverfahrens, Egauwasserwerk, Ballmertshofen	50
16.06.09	Errichtung einer Holzkohlegewinnungsanlage in Eglingen	x
07.01.13	Errichtung einer zeitlich begrenzten Versuchsanlage zur meilergestützten Erzeugung von Pflanzenkohle aus Biomasse	x
16.03.09	Trugenhofen Motorradwerkstatt	220
04.05.09	Demmingen Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage	3500
21.07.09	Heidenheim Umbau Geschäftsstelle in Dischingen	x
30.11.09	Eglingen Neubau einer Lagerhalle mit Bürogebäude	830
16.02.15	Neubau einer Lagerhalle mit Büroräumen, Erw. des Lagerplatzes	5800
28.01.10	Eglingen Heilpraktiker-Praxis Nutzungsänderung der Bühne zur Praxis (Behandlungsraum)	x
15.02.11	Ausbau der best. Praxis für Naturheilkunde	330
18.03.10	Katzenstein Anbau einer Getränkeausgabe	x
01.08.16	Errichtung Kassengebäude, Parkplatz, Zugang	2000
17.05.10	Dischingen Überdachung für Baugeräte und Stahlcontainer	800
18.10.10	Neubau Lagerhalle	3000
01.03.13	Anbau Lager und Einbau Büro	100
26.11.18	Anbau einer überdachten Lagerfläche und Errichtung einer Trafostation mit Technikmodul, Dischingen	400
12.07.10	Schemmerhofen Neubau Seniorenanlage aus Pflegeheim mit 31 Pflegeplätzen und betreutes Wohnen mit 14 Wohneinheiten	3100
12.07.10	Dischingen Neubau Getränkemarkt mit Getränkelager, Teilfläche	1800
27.07.10	Ballmertshofen Lager- und Ausstellungsplatz für Anhänger einschließlich Werbeanlagen	1250
19.11.10	Dischingen Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Garagen und Carport Taxi-Bus-Mietwagen und Erstellung von zwei Lagercontainern mit angebautem Carport	2100
09.03.11	Ballmertshofen Hallenneubau mit Werkstatt, Lager, Garagen und Sozialräumen in Ballmertshofen	2000
12.08.14	Lagerhallenneubau, Ballmertshofen	1500
16.03.11	Dunstelkingen Anbau einer Lagerhalle an ein best. Gebäude und Umbau des best. Gebäudes	250

30.03.11	Ballmertshofen Neub.einer Lagerhalle mit PV-Anlage, lagemäßige Veränd. eines best. Schuppens und Aufbau einer Gaube	2000
07.07.11	Erweiterung/Umbau Anlieferungsrampe, Dischingen	x
19.08.13	Nutzungsänderung eines Einkaufsmarktes Antrag Werbeanlagen	x
21.07.11	Dischingen Neubau von 4 Garagenstellplätzen, Errichtung mehrerer Container	700
26.09.11	Dunstelk. Neubau einer Kaltlagerhalle für Voll- und Leergut	5000
02.10.14	Eglingen Erw. Bürogebäude in Modulbauweise	420
27.02.12	Aufstockung eines bestehenden Bürogebäudes in Modulbauweise	x
07.01.15	Errichtung eines Lagerplatzes mit Kranbahn, 10.07.2015 Errichtung eines Lagerzeltes	21700
18.01.19	Aufstellung eines Stickstoffbehälters	x
16.01.12	Frickingen Err. Lagerschuppen mit Offenstallung und Dunglege, Err. Reitplatzes, Erw. der bestehenden Offenstallung, Errichtung von drei Geräteschuppen	8500
14.06.12	Umverleg. eines best. Versorgungs-/Aufenthaltsgebäudes und Err. v. Stellplätzen für Linienbusse und PKW/Fahrpersonal	2000
05.11.12	Nutzungsänd.g Geräte- und Abstellraum in Gastraum sowie Außenwirtschaft in Osterhofen, (Gemarkung Eglingen)	700
07.02.13	Eglingen Erricht. Gaststätte mit Biergarten (Renovierung des Gastraumes sowie sanitäre und elektrische Neuinstallation von Küche und Toiletten) und Umbau eines Abstell-/Lagertraumes zu Wohnraum.	1200
24.09.14	Umnutzung der best. Rappenmühle zur Gastronomie	3400
25.11.14	Einbau einer Kaffeebar in die vorhandenen Verkaufsräume mit barrierefreiem Zugang, Dischingen	x
05.03.15	Dischingen Betriebserweiterung Druckerei	770
24.07.15	Dischingen Nutzungsänderung Stall mit Tenne und Scheuer in Lager	450
27.08.15	Katzenstein Erweiterung der KFZ-Werkstatt	110
27.08.15	Frickingen Bauernh.-Cafe	400
11.05.16	Erweiterung des Gastronomiebereiches, Dischingen	1200
21.07.16	Dischingen Nutzungsänderung Geb. 3.2 - Pressraum zu Fertigung, Geb. 3.3 - Rohwaren-Lager zu Produktion; Aufstellung einer Filteranlage als Dachgerät auf dem Gebäude Nr. 3 (Gebäudeteil 3.2); Geb. 3.1: Umbau Werkzeuglager	x
20.04.17	Erweiterung Produktion	6000
21.06.18	Temporäre Erweiterung Sozialräume in Containerbauweise	90
20.10.16	Umbau eines Hausteils zur Podologiepraxis, Frickingen	x
20.01.17	Nutzungsänd., Im Erdgesch. 2 Zi. zu einem Cafe, incl. 2 WC und im Sommer einen Teil des Gartens, Dischingen	x
24.07.17	Konditorei und Backstube mit Verkaufsraum, Frickingen	40
31.07.17	Erweiterung Kiosk Härtsfeldsee, sowie Sanierung best. WC-Anlagen und Abbruch eines best. Freisitzes, Dischingen	850
26.10.17	Nutzungsänd. Wohngeb. zu Beherbergungsstätte mit 2 Wohneinh, Teilabbruch und Erweiterung des Gebäudes, Demmingen	250
02.07.18	Aufbau einer Gaube, Erstellung von Parkplätzen, Nutzungsänd: Wohnhaus in Bürogeb., Verkaufsladen in Bürogeb., Flst. Nr. 1678/4, Dischingen	250
SUMME		90970
		Gesamt

In der Summe betrug der Umfang der Entwicklungen also ca. 9 ha. Hochgerechnet auf die kommenden 15 Jahre betrüge der Flächenbedarf ca. 13,5 ha.

Eine Hochrechnung der Entwicklung der Vergangenheit kann jedoch allenfalls eine grobe Richtung vorgeben. Dennoch ist diese Betrachtungsweise eine Hilfe, um die Ansprüche an die Flächenressourcen durch die gewerbliche Entwicklung in ihrer Größenordnung einschätzen zu können.

2.4.3 konkreter Flächenbedarf der Gewerbebetriebe

Hilfreich ist hier vielmehr die Betrachtung, welcher Bedarf in Zukunft bei den Arbeitgebern des Ortes entstehen wird. Hieraus lässt sich dann der Gesamtbedarf für die Gemeinde bedarfsgerecht ableiten.

Für folgende Firmen besteht für die weitere Zukunft wegen geplanter Betriebserweiterungen weiterhin ein erheblicher Flächenbedarf, der sich wie folgt auf die geplanten Gewerbeflächen verteilt:

Dischingen D4:

Das Gebiet ist den im unmittelbar anschließenden bestehenden Gewerbegebiet ansässigen Firmen vorbehalten. In diesem Bereich soll auch das neue Dischinger Feuerwehrmagazin sowie der neue Bauhof angesiedelt werden.

Fa. [REDACTED] (z.Zt. ca. 70 Mitarbeiter (MA))	ca. 1,5 ha
[REDACTED] (Batterien)	
(z.Zt. ca. 550 MA, zuletzt um 80 MA gewachsen)	ca. 3,5 ha
Fa. [REDACTED] (Baufirma, z.Zt. ca. 45 MA)	ca. 1,0 ha
Fa. [REDACTED] (Gipserfirma, z.Zt. ca. 3 MA)	
alternativ: geplante Tankstelle mit Waschanlage	ca. 1,0 ha
derzeit nicht absehbarer Bedarf sonstiger in Dischingen ansässiger Firmen	ca. 1,0 ha
Feuerwehrmagazin	ca. 0,5 ha
<u>Bauhof</u>	<u>ca. 1,0 ha</u>
Summe	ca. 9,5 ha

Ballmertshofen D3

Das kleine Areal dient als Betriebsfläche für die Firma [REDACTED] (Reifenhandel und PKW-Anhänger).

Fa. [REDACTED] ca. 0,2 ha

Eglingen E3

In Eglingen wird die Fläche im Süden des Teilortes durch die bereits dort ansässige Baufirma [REDACTED] beansprucht. Der Bebauungsplan ist mittlerweile rechtskräftig.

Fa. [REDACTED] (z.Zt. ca. 15 Mitarbeiter) ca. 3,1 ha

Eglingen E5B

Im Nordwesten von Eglingen dient die geplante gewerbliche Baufläche der Firma [REDACTED] GmbH mit der Fa. [REDACTED] GmbH & Co KG

Fa. [REDACTED] (z.Zt. ca. 200 Mitarbeiter) ca. 1,7 ha

Katzenstein K2

Dieser Bereich ist der Fa. [REDACTED] (Türenhersteller) vorbehalten

Fa. [REDACTED] (z.Zt. ca. 180 Mitarbeiter) ca. 1,4 ha

Gesamtbedarf zur Deckung konkreter Firmenentwicklungen: ca. 15,9 ha

Damit übersteigt der konkrete Flächenbedarf den hochgerechneten Bedarf aus den letzten 10 Jahren geringfügig. In der Größenordnung jedoch ist der Unterschied marginal.

Es wird davon ausgegangen, dass der Bedarf der sonstigen in Dischingen ansässigen Firmen im Bestand abgedeckt werden kann. Damit bleiben Ansiedlungswünsche von außen derzeit unberücksichtigt.

Brach-, Konversions- oder Altlastenflächen, die einer gewerblichen Nachnutzung zugeführt werden können, sind in der Gemeinde nicht vorhanden.

2.4.4 Innerörtliche Potenzialflächen

Der oben angeführte konkrete Bedarf wird aufgrund des nur kleinflächig vorhandenen innerörtlichen Potenzials nur über jetzige Außenbereichsflächen zu decken sein.

Laut den Erhebungen des Regionalverbands Raumplus 2017 verfügt die Gemeinde über Innenpotenziale von ca. 0,5 ha (Privatbesitz) und über vier Baulücken in einer Gesamtgröße von 0,4 ha (ebenfalls Privatbesitz). Für letztere besteht keine Nachfrage. Überdies sind die Flächen nicht mit den dargestellten Außenerweiterungen vergleichbar. Der oben angeführte konkrete Gewerbeflächenbedarf bedarf zudem der Ausweisung echter Gewerbeflächen. Die Ansiedlung in Mischflächen ist aus Gründen des Gebietscharakters (Unverträglichkeit mit Wohnnutzungen) nicht möglich.

Dagegen wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Flächenpotenziale den Bedarf der oben nicht genannten in Dischingen ansässigen Firmen im Bestand abdecken können.

Brach-, Konversions- oder Altlastenflächen, die einer gewerblichen Nachnutzung zugeführt werden können, sind in der Gemeinde nicht vorhanden.

2.5 Reflektion des Ergebnisses der Bedarfsberechnungen und Schlussfolgerungen für die Planung

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan wurden für die Gemeinde Dischingen Wohnbauflächen im Umfang von 22,1 ha dargestellt.

Nach den derzeitigen Bedarfsermittlungen reicht diese Fläche auch nach der Inanspruchnahme eines Teils der Gebiete aus, um den örtlichen Bedarf bis zum Zieljahr 2030 zu decken. Daher erscheint es nicht erforderlich, alle im rechtskräftigen Flächennutzungsplan noch enthaltenen geplanten Wohnbauflächen beizubehalten.

Diese Vorausschau zeigt, dass die bereitgestellten Areale sowohl für eine Wohnbebauung in der Summe und ungeachtet kleinerer Flächenverschiebungen zur Zeit keiner Erweiterung bedürfen.

Bei dieser Berechnung darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Berechnungsparameter im Wandel begriffen sind.

Die Werte für die Belegungsdichte werden in den kommenden Jahren weiter abnehmen (weniger Einwohner je Wohnung), diese Abnahme wird sich aber voraussichtlich verlangsamen. Gleichzeitig wird sich die Wohnfläche je Wohneinheit weiter vergrößern. Es ist anzunehmen, dass sich dieser Trend auch in der Gemeinde Dischingen fortsetzen wird.

Was sich bereits jetzt abzeichnet ist, dass Dischingen bei stabiler Einwohnerentwicklung einen akuten Bedarf an Wohnbaufläche hat. Dies liegt in erster Linie an der verhältnismäßig hohen Zahl der Einpendler, die in den letzten Jahren spürbar zugelegt hat.

Zusammen mit dem Auflockerungsbedarf und unter Berechnung der nach Teilorten ermittelten Baulücken ergibt sich ein Bedarf für das Wohnen von 10,6 ha.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Wohnbauflächen ist eine rechnerische Bedarfsermittlung für die gewerblichen Flächen nicht sinnvoll möglich. Daher orientiert sich der Umfang der bereit gestellten Areale hier an dem Bedarf der ostansässigen Firmen. Es musste festgestellt werden, dass insbesondere die Hauptarbeitgeber in Dischingen und in den Teilorten

zukünftig einen erheblichen Flächenbedarf haben werden. Die geplante bauliche Entwicklung lehnt sich deshalb an die Ansprüche dieser Firmen an. Im Gegensatz zu den Wohnbauflächen war gegenüber dem rechtsgültigen Plan eine Vergrößerung der geplanten Gewerbeareale erforderlich.

Insgesamt konnte mit der vorgelegten Berechnung die Grundlage dafür gelegt werden, dass der Umfang der Ausweisungen des Flächennutzungsplanes bedarfsgerecht vorgenommen wird.

2.6 Anpassung an bestehende Entwicklungen

Seit dem Inkrafttreten des Flächennutzungsplans sind Planungsvorhaben der Gemeinde notwendig geworden, die nicht im Flächennutzungsplan enthalten waren. Der Flächennutzungsplan wird um diese Vorhaben, für die ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt wurde, ergänzt und berichtigt.

Für einige Teilflächen hat sich gezeigt, dass ausgewiesene Areale nicht entwickelbar sind. Auf diese Flächen soll im Zuge der Fortschreibung verzichtet werden. Auf der anderen Seite haben sich Flächenbedarfe insbesondere von gewerblichen Bauflächen durch Betriebserweiterungen ergeben, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des rechtskräftigen Flächennutzungsplans nicht erkennbar waren.

2.7 Flächen für die Windenergie

Des Weiteren sollen mit dieser Flächennutzungsplanfortschreibung Flächen für eine geordnete, städtebaulich und sozial verträgliche Windkraftnutzung ausgewiesen werden.

Die Landesregierung hat bereits Maßnahmen ergriffen, den Ausbau der Nutzung der Windenergie in Baden-Württemberg zu beschleunigen. Nach der bisherigen Gesetzeslage im Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg wurden auf der Ebene der Regionalverbände Vorranggebiete für die Errichtung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen im Regionalplan ausgewiesen. Diese Ausweisung führte gleichzeitig zu einem Ausschluss außerhalb dieser Vorranggebiete.

Durch die Änderung zum Landesplanungsgesetz wurde diese sogenannte „Schwarz-Weiß-Regelung“ auf regionaler Ebene zum 01.01.2013 abgeschafft, indem zu diesem Stichtag die regionalen Vorranggebiete für Windkraftanlagen aufgehoben wurden und damit die mit den Vorranggebieten verbundene Ausschlusswirkung entfiel. Die Regionalverbände können in den Regionalplänen seit diesem Zeitpunkt nur noch Vorranggebiete zur Windkraftnutzung ausweisen, die jedoch keinen Ausschluss außerhalb dieser Flächen herbeiführen.

Die Regelung in der vorbereitenden Bauleitplanung ist erforderlich, da durch den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesplanungsgesetz die Ausschlusswirkung in den Regionalplänen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gegeben ist. Damit greift die Privilegierung von Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB. Das heißt, dass seit dem im Gesetz festgelegten Stichtag die Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich überall grundsätzlich möglich ist, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen und die Erschließung gesichert ist. Kommunen können dabei in der Regel nur öffentliche Belange geltend machen, wenn auf der Ebene des Flächennutzungsplans (FNP) Regelungen zur Steuerung der Windkraft getroffen wurden.

Dazu haben die Kommunen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB über die Flächennutzungsplanung die Möglichkeit, durch die substanzielle Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen (Konzentrationszone für die Errichtung von Windkraftanlagen) an allen anderen Stellen im Gemeindegebiet die Errichtung dieser Anlagen in der Regel auszuschließen. Damit kann auf kommunaler Ebene die Steuerung der Windkraftnutzung erreicht werden.

2.8 Geltungsbereich und Planjahr

Das Plangebiet umfasst die Gemeinde Dischingen mit den Teilorten Dischingen, Trugenhofen, Ballmertshofen, Dunstelkingen, Eglingen, Frickingen und Demmingen. Die Gesamtfläche beträgt 7.806 ha.

Die Nachbargemeinden sind Nattheim, Neresheim, Forheim, Amerdingen, Finningen, Mödingen, Ziertheim, Bachhagel und Zöschingen.

Als Planjahr für den rechtsgültigen Flächennutzungsplan ist das Jahr 2020 gewählt. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes erweitert das Zieljahr um zehn Jahre auf das Jahr 2030.

3 Änderung der Planflächen

3.1 Gesamtbilanz

Nachfolgende Flächen werden aufgrund der Entwicklung seit der Rechtskraft des Flächennutzungsplans 2006 als Bauflächen nicht mehr oder nicht mehr vollständig benötigt, bzw. werden neu dargestellt:

Nr.	Teilort	Baugebiets-Name	gepl. Nutzung	Größe (ha)
A. ganz oder teilweise entfallende Planflächen (im rechtskr. FNP als geplant)				
B1	Ballmertshofen	Herlsbühl	Wohnbaufläche	-0,3
D1	Dischingen	Spitziger Berg (nördl. Teil)	Wohnbaufläche	-1,3
D2	Dischingen	Rosenbach	Wohnbaufläche	-1,4
E2	Eglingen	westlicher Ortsrand	Wohnbaufläche	-0,1
E3	Eglingen	Blasenfeld	Wohnbaufläche	-1,8
E4	Eglingen	Schrai, 2. Erweiterung Süd	Gewerbliche Baufläche	-0,8
F1	Frickingen	Hofwiesen westlicher Teil	Wohnbaufläche	-1,5
F1	Frickingen	Hofwiesen östlicher Teil	Wohnbaufläche	-0,7
K4	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	-0,4
K5	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	-0,8
K3B	Katzenstein	Katzenstein	Gewerbliche Baufläche	-1,5
B. ganz oder teilweise entfallende Flächen (im rechtskr. FNP als Bestand)				
K3A	Katzenstein	Katzenstein	Gewerbliche Baufläche	-1,0
C. zusätzliche Flächen mit abgeschl. Verfahren (im FNP als Bestand)				
B4	Ballmertshofen	Erg.Satzung "Bei der Brücke"	Gemischte Baufläche	0,2
D3	Dischingen	Dischingen, MI "Kindergart."	Gemischte Baufläche	0,4
DE2	Demmingen	Satzung Brühl Demmingen	Gemischte Baufläche	0,1
DU2	Dunstelkingen	Hofener Straße	Gewerbliche Baufläche	2,5
DU4	Dunstelkingen	Satzung Brühl Dunstelkingen	Gemischte Baufläche	0,3
E3	Eglingen	Blasenfeld	Gewerbliche Baufläche	3,1
E5A	Eglingen	Schrai - Erweiterung (südl. E5)	Gewerbliche Baufläche	3,4
F2	Frickingen	Kappelesäcker	Gemischte Baufläche	1,1
D. zusätzliche Flächen (im FNP als geplant)				
D2	Dischingen	Rosenbach	Wohnbaufläche	1,6
B1B	Ballmertshofen	Herlsbühl	Wohnbaufläche	0,8
B3	Ballmertshofen	Am Bergweg	Gewerbliche Baufläche	0,2
E5B	Eglingen	Schrai - Erweiterung Nord	Gewerbliche Baufläche	1,7
DU3	Dunstelkingen	Östlich Hofener Straße	Gemischte Baufläche	0,2
DU5	Dunstelkingen		Gemischte Baufläche	0,2
K1	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,1
K3A	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,2
K4	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,1
K6	Katzenstein	Katzenstein	Gemischte Baufläche	1,3
E. zusätzliche Flächen außerhalb der Bilanzierung				
SO	Demmingen	Lehner	Sonderbaufläche	0,3
SO	Frickingen	Butzfeld	Sonderbaufläche	0,8
		Friedwald	Wald	57,0
SO1	Katzenstein	Härtsfeldsee	Sonderbaufläche	3,6
E4	Eglingen	Schrai, Erweiterung Süd	Sonderbaufläche	0,8
E6	Eglingen	Sporthalle	Grünfläche	-1,4
E6	Eglingen	Dorfgemeinschaftshaus	Gemeinbedarfsfläche	1,4
D3	Dischingen	MI "Kindergart."	Gemeinbedarfsfläche	-0,4
	Dischingen	Egauschule	Gemeinbedarfsfläche	1,5
		Waldkindergarten	Wald	0,7
Veränderung gegenüber dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan				
Wohnbauflächen + 50 % der Gemischten Bauflächen				-3,2
Gewerbliche Bauflächen +50 % der Gemischten Bauflächen				9,1

Tabelle: Änderung der Flächennutzungen gegenüber dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan

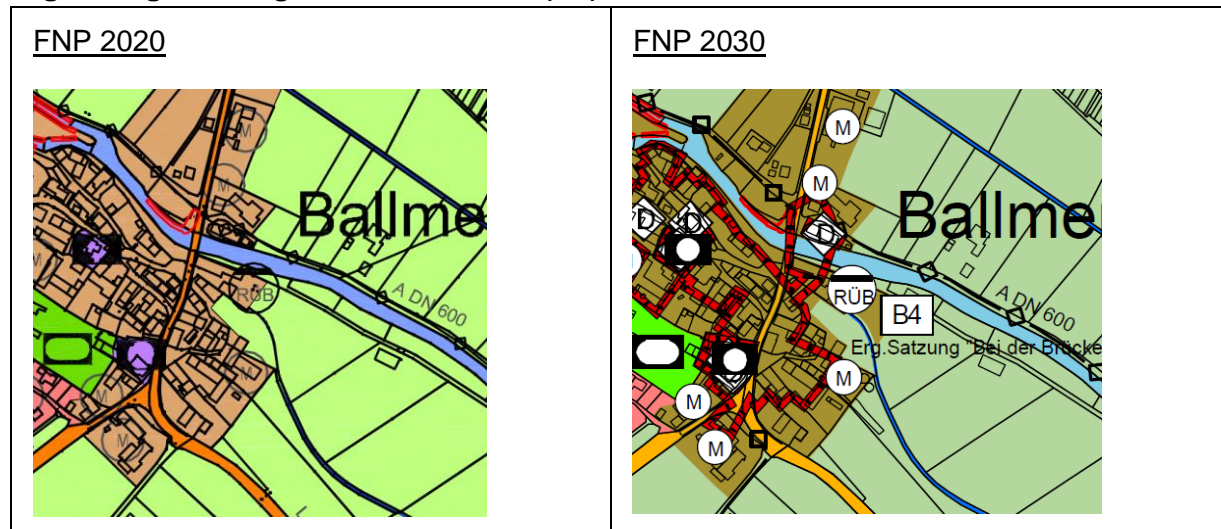
Für die entfallenden Flächen wurden zum Teil geeignetere Flächen in die Planung aufgenommen. Die Flächen sind in Kap. 3.3 beschrieben. Teilweise liegen auch geplante Nutzungsänderungen zugrunde; dies ist in den Folgekapiteln dokumentiert.

3.2 Neue Planflächen mit abgeschlossenem Bauleitplanverfahren

Seit Rechtskraft des Flächennutzungsplans wurden Flächen mit einem Bebauungsplan oder einer städtebaulichen Satzung überplant. Bei diesen, mindestens bis zum Satzungsbeschluss gediehenen Verfahren wird eine Anpassung des Flächennutzungsplans notwendig. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde eine Alternativenprüfung vorgenommen und die Verträglichkeit der Vorhaben in Bezug auf ihre raumordnerischen Auswirkungen überprüft. Sonderbauflächen wurden in der Bilanzierung nicht berücksichtigt.

Ballmertshofen

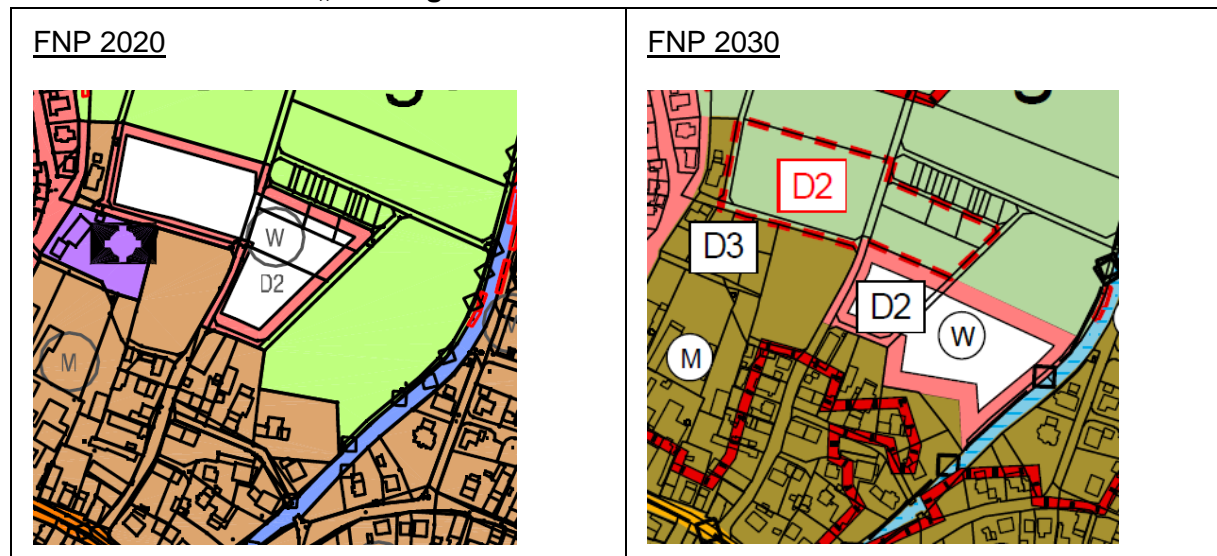
Ergänzungssatzung „Bei der Brücke“ (B4)



Auf dieser Fläche wurde durch eine Ergänzungssatzung die Grundlage zum Bau eines Wohnhauses und einer Reitanlage geschaffen. Der Gewässerrandstreifen ist einzuhalten, die Errichtung baulicher Anlagen innerhalb des Gewässerrandstreifens ist verboten (Nach § 29 Abs. 1 und 3 Wassergesetz). Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), ist jedoch bereits Bestand.

Dischingen

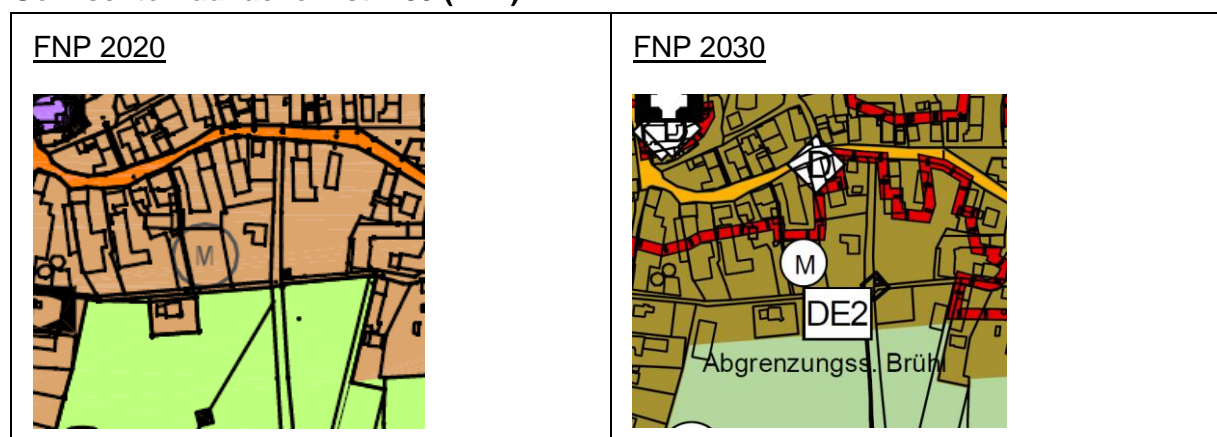
Gemischte Baufläche „Kindergarten“



Die ehemalige Gemeinbedarfsfläche wird in eine Gemischte Baufläche umgewandelt. Zusätzliche Fläche wird hierbei nicht beansprucht. Die Fläche befindet sich westlich des Gebiets D2 „Rosenbach“.

Demmingen

Gemischte Baufläche Flst. 259 (DE2)



Südlich des Weges Flst. 34 wurde eine Baulückenschließung vorgenommen. Die Abgrenzungssatzung „Brühl“ ist rechtskräftig. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), ist jedoch bereits Bestand.

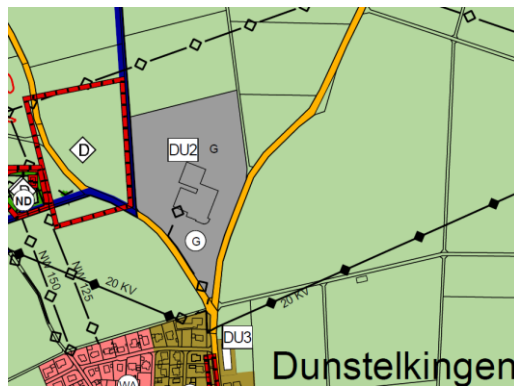
Dunstelkingen

G „Hofener Straße“ (DU2)

FNP 2020



FNP 2030



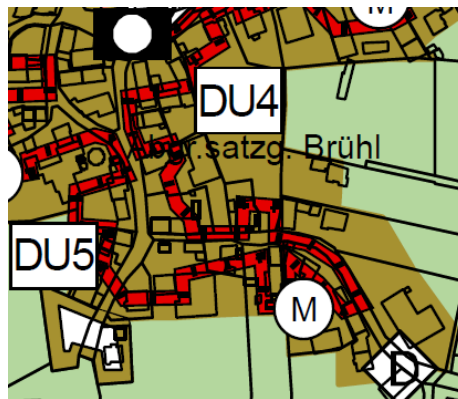
Für das Gebiet liegt bereits ein. Bebauungsplanentwurf „Gewerbegebiet Hofener Straße“ vor. Dieser wurde aufgestellt, um die Betriebserweiterung der dort ansässigen Brauerei abzusichern. Der Satzungsbeschluss wurde 2013 gefasst.

Abgrenzungssatzung Dunstelkingen „Brühl“ (DU4)

FNP 2020



FNP 2030

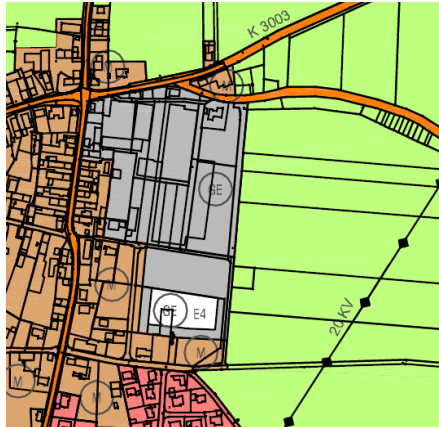


Südlich der Buchbergstraße wurde eine Baulückenschließung vorgenommen. Die Satzung ist rechtskräftig.

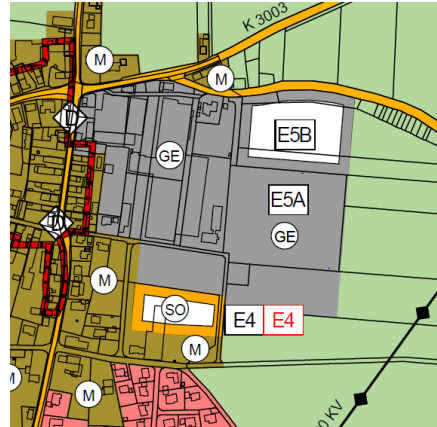
Eglingen

GE „Schrai - Erweiterung“ – 3,4 ha (E5A)

FNP 2020



FNP 2030

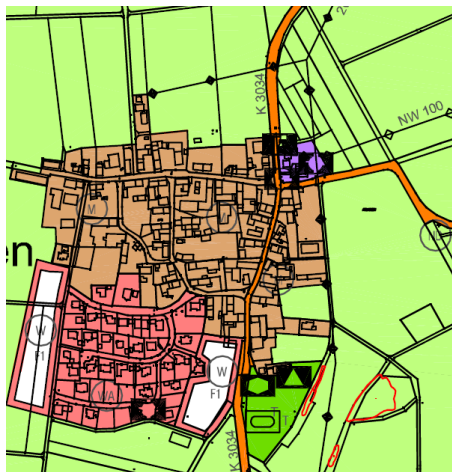


Das bestehende Gewerbegebiet benötigt Erweiterungsflächen für die Produktion und Lagerung. Daher wurde 2012 für das als Bestandsfläche dargestellte Areal ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet, das eine Fläche von 3,4 ha überplant. Der Satzungsbeschluss wurde am 08.04.2018 gefasst.

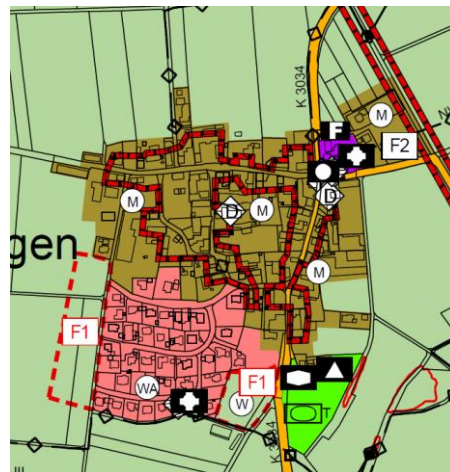
Frickingen

WA „Kappelesäcker“ (F2) – ca. 1,05 ha

FNP 2020



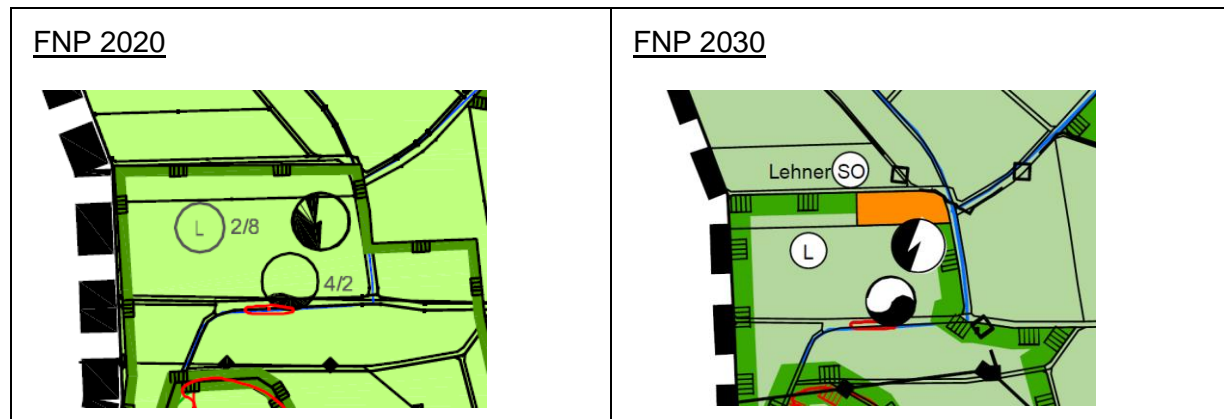
FNP 2030



Die östlich des Ortskerns gelegenen Flächen (F1) entfallen als Wohnbauflächen. Dafür wurde flächengleich das Gebiet „Kappelesäcker“ als gemischte Baufläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Der Satzungsbeschluss wurde 2013 gefasst. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), ist jedoch bereits Bestand.

Demmingen

SO „Lehner“



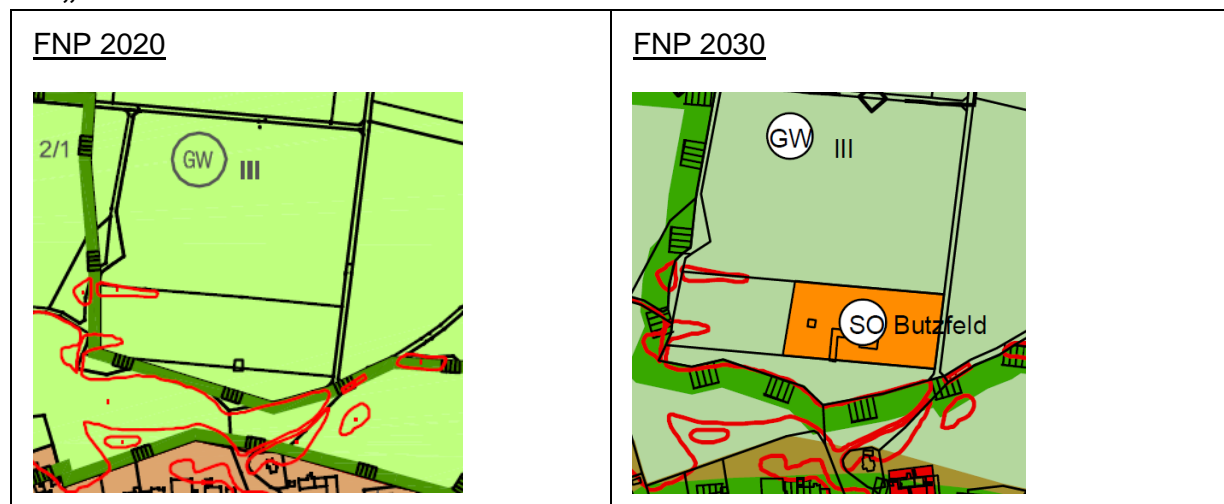
Eine Fläche von 0,3 ha, südwestlich von Demmingen gelegen, wurde 2009 überplant, um darauf eine Photovoltaik-Freiflächenanlage errichten zu können.

Das Landratsamt Heidenheim hatte mit Schreiben vom 04.08.2015 mitgeteilt:

„Die Planfläche „SO Lehner“ in Demmingen liegt in der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone II für den Brunnen Demmingen. In der WSZ II von ausgewiesenen Wasserschutzgebieten besteht üblicherweise ein Bauverbot. Auch Abgrabungen über einen Meter Tiefe wären nicht zulässig. Dem Plangebiet zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der bislang lediglich fachtechnisch abgegrenzten WSZ II kann zugestimmt werden. Im Rahmen des konkreten Baugesuchs werden die erforderlichen Auflagen festgelegt.“

Frickingen

SO „Butzfeld“



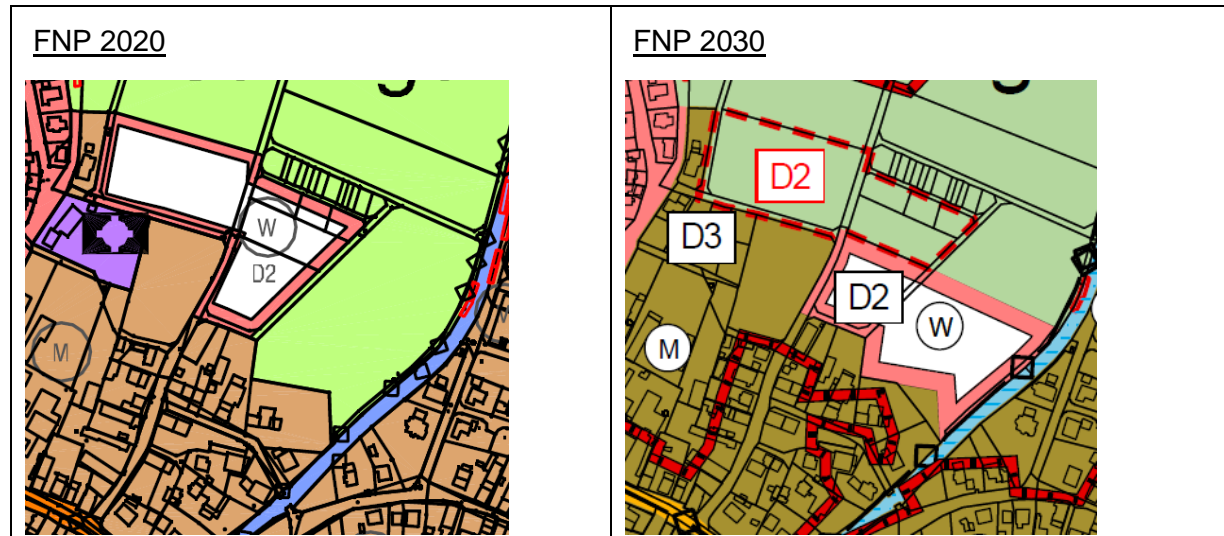
Eine Fläche von 0,75 ha, südwestlich von Frickingen gelegen, wurde 2011 überplant, um darauf Pferdehaltung zu betreiben

3.3 Neue Planflächen

Nachfolgend sind die neuen geplanten Flächen aufgelistet. Die Sonderbauflächen werden aufgrund ihrer Nutzung in der Bilanzierung nicht berücksichtigt.

Dischingen

W „Rosenbach“ (D2)



Die nördlich gelegenen Flurstücke 1800, 1915, 1916, 1917 und 1918 entfallen. Dafür sollen etwa flächengleich das Flurstück 1919 und Teil von 1920 und 1921 als Wohnbaufläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Mit dieser Fläche wird eine Bucht am nördlichen Ortsrand geschlossen. Die neue Abgrenzung greift weniger stark in den Außenbereich ein und ist aus städtebaulicher Sicht verträglicher.

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplans ist besonders auf die grünordnerische Ausgestaltung des nördlichen Ortsrandes zu achten. Des Weiteren sind landwirtschaftliche Betriebe in der Nachbarschaft. Gegebenenfalls ist zur Zeit einer Planaufstellung auf einen hinlänglichen Immissionsschutz zu achten.

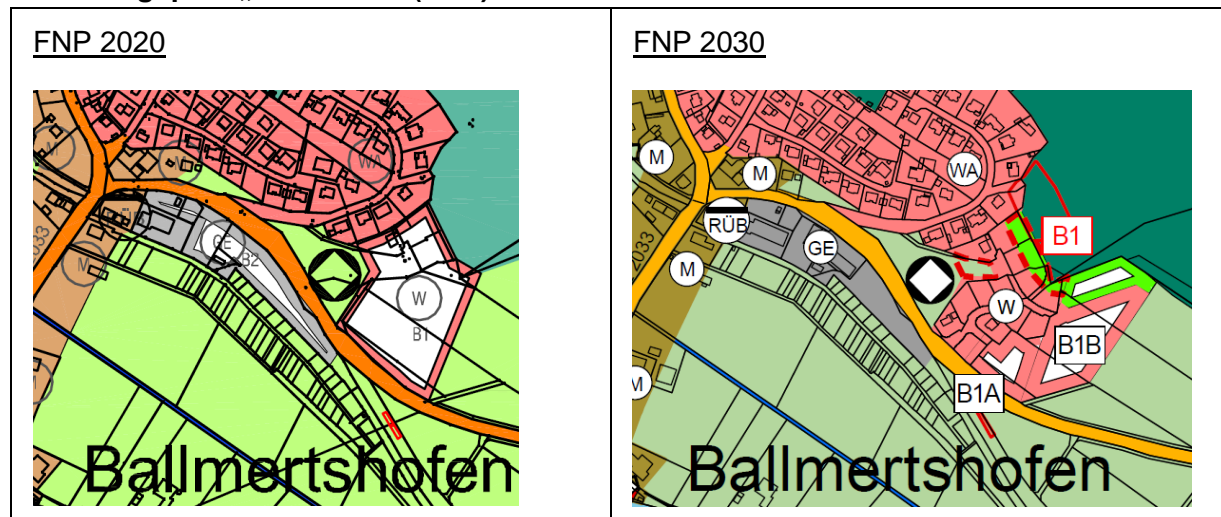
Die Vorbelastung sollte ggf. in Form einer Geruchsimmissionsprognose bestimmt werden.

Die Fläche ist durch Hochwasserschutzmaßnahmen bei einem HQ100 nicht gefährdet, liegt aber zu einem großen Teil im Bereich eines Extremhochwassers. Eine hochwassersichere Bauweise ist anzuraten. Der Gewässerrandstreifen ist einzuhalten, die Errichtung baulicher Anlagen innerhalb des Gewässerrandstreifens ist verboten (Nach § 29 Abs. 1 und 3 Wassergesetz).

Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte) und liegt im schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 des Regionalplans 2010). Die Fläche wird dennoch in Anspruch genommen, weil der Baukörper des Hauptortes so kompakter gehalten wird, als mit der ursprünglichen Ausweisung, die ebenfalls Flächen der Vorrangflur II und des schutzbedürftigen Bereiches für die Landwirtschaft beansprucht hat.

Ballmertshofen

Bebauungsplan „Herlsbühl“ (B1B)

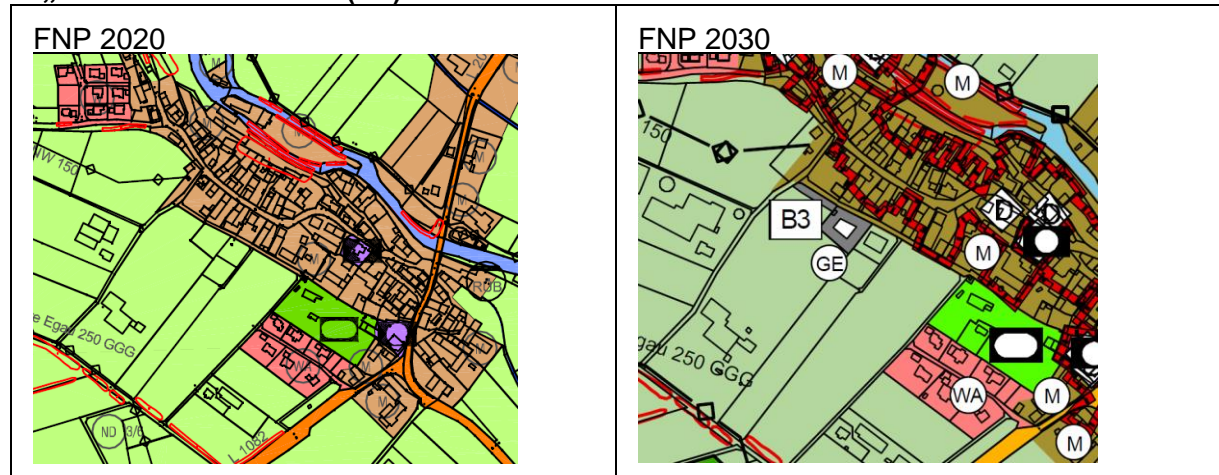


Für die Fläche B1 (ausgenommen B1A) existiert bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan „Herlsbühl“. Zusätzlich soll die Fläche B1B einer Wohnbebauung vorgehalten werden. Die nordöstliche an den Wald angrenzende Fläche wird in eine bestehende Grünfläche umgewandelt (Waldabstand), ein Teil des Gebiets (ca. ein Baugrundstück) im nordwestlichen Bereich wird herausgenommen und damit wieder Fläche für die Landwirtschaft.

Nördlich der geplanten Fläche B1B wird zur Einhaltung des Waldabstands eine geplante Grünfläche eingefügt. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte) sowie in einem schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 des Regionalplans 2010). Die Fläche wird dennoch in Anspruch genommen, weil bereits bestehende Erschließungssysteme genutzt werden können. Dadurch verringert sich die Notwendigkeit des Baus von neuen Zuwegungen. Ballmertshofen ist zudem umgeben von Vorrangfluren II, bzw. schutzbedürftigen Bereichen für Landwirtschaft und Bodenschutz, bzw. für die Forstwirtschaft.

Eine Beteiligung der Forstverwaltung ist weiterhin erforderlich (Stellungnahme d. Regierungspräsidiums Freiburg, Forstdirektion mit Schreiben vom 12.03.2020).

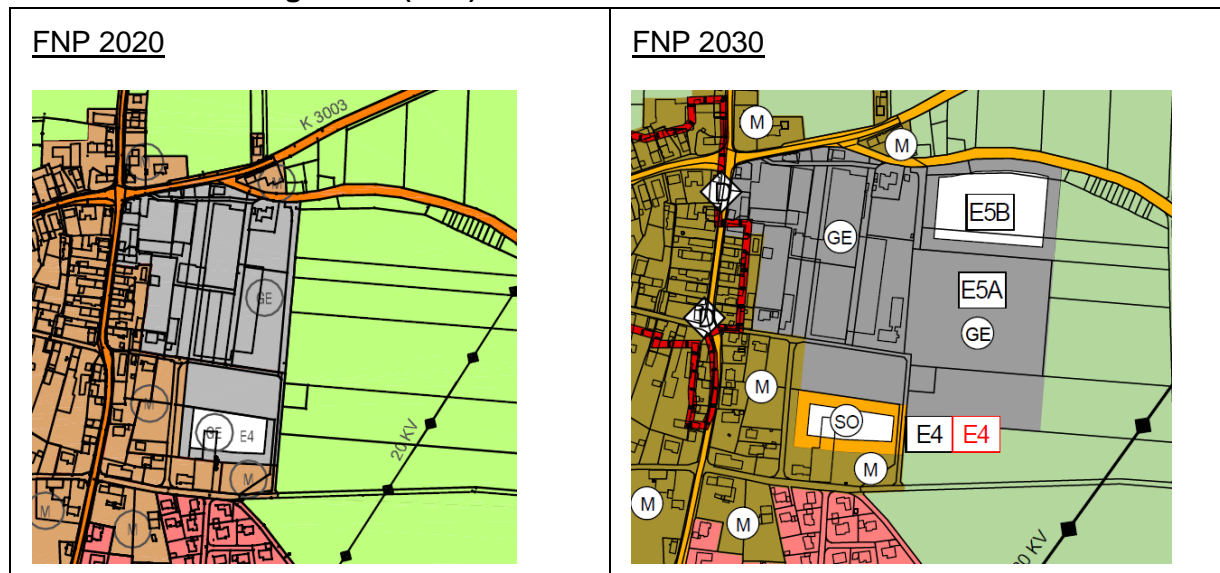
G „Südlicher Ortsrand“ (B3)



Südwestlich des bestehenden Ortskernes besteht eine gewerbliche Nutzung, die aus einem Hof hervorgegangen ist. Um die Entwicklung dieser Betriebsstätten zu sichern, werden Erweiterungsflächen für den künftigen Bedarf vorgesehen. Eine aktive Neuansiedlung ist nicht vorgesehen.

Laut Hinweis des Regionalverbands ist hier ein schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz berührt. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte). An der Ausweisung wird dennoch festgehalten, weil die bereits vorhandene Erschließung den Flächenbedarf minimiert und weil ein örtlich konkreter Bedarf besteht.

Schrai – Erweiterung Nord“ (E5B)



Obwohl kürzlich der Bebauungsplan Schrai – Erweiterung rechtskräftig wurde, zeichnet sich mittelfristig die Notwendigkeit der Ausweisung einer weiteren Fläche ab. Aus städtebaulichen Gesichtspunkten bietet sich hier die dargestellte Fläche im Nordosten der Ortschaft an. Hier kann einerseits eine „fingerartige“ Ausdehnung nach Osten in Richtung Hofen vermieden werden. Andererseits liegt die Fläche weit genug von den Gemischten und insbesondere von den Wohnbauflächen entfernt, um dort im Vorfeld schädliche Immissionen vermeiden zu können. Das Landratsamt regt für die nördliche Erweiterung an, die Schallimmissionsprognose des TÜV Süd vom 02.04.2013 im Hinblick auf zusätzliche Emissionen und ggf. neue maßgebliche Immissionsorte fortzuschreiben.

Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte) sowie in einem schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (Regionalplan). Der Ortsteil Eglingen ist von den genannten Flächen umringt, sodass eine Flächenausweisung an einer Stelle ohne Betroffenheit der Belange nicht möglich ist. Des Weiteren ist eine Erweiterung der bestehenden Gewerbefläche aus o.g. Gründen städtebaulich sinnvoll.

Der Fachbereich 32 des Landratsamts Heidenheim hat zum Gebiet mitgeteilt:

„Die Emissionen aus diesem Gebiet sind in der Schallimmissionsprognose des TÜV Süd vom 02.04.2013 (Bericht Nr. S1443) noch nicht enthalten. Die Prognose ist diesbezüglich und im Hinblick auf ggfs. neue maßgebliche Immissionsorte nördlich fortzuschreiben. Die Ergebnisse dieser Prognose sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen.“

Laut Hinweis des Regionalverbands ist hier ein schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz berührt. An der Ausweisung wird dennoch festgehalten, weil die Fläche der Erweiterung eines ortsansässigen Gewerbebetriebs dient. Neue Standorte würden erhebliche größere Beeinträchtigungen mit sich bringen.

Das Landesamt für Rohstoffe, Geologie und Bergbau teilt zu den Neuausweisungen im Nordosten Eglingens mit:

„Das Gewerbegebiet „Schrai“ am Ostrand von Eglingen liegt auf einem nachgewiesenen Rohstoffvorkommen von Suevit.“

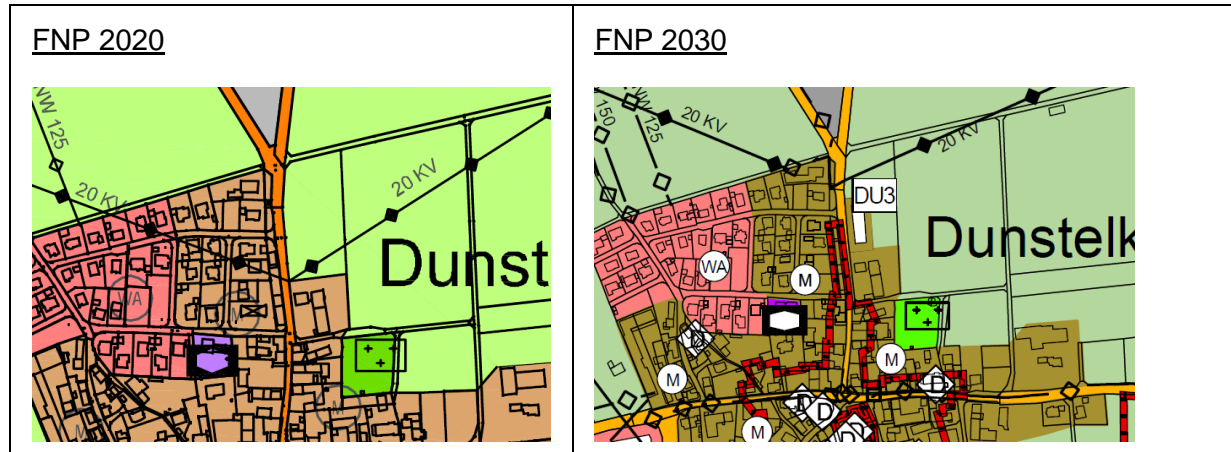
Dieses Gestein wird in der Region Ostwürttemberg als Rohstoff zur Herstellung von Portlandpuzzolanzement (Traßzement) eingesetzt.

Dieses Rohstoffvorkommen ist auf der vom LGRB bearbeiteten Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg, Blatt L 7326/L 7328 Heidenheim an der Brenz/Höchstädt an der Donau, und in der dazugehörigen Vorkommensbeschreibung rohstoffgeologisch beschrieben (Vorkommens-Nr. L 7326/L 7328-32).

Sofern bei Bauvorhaben im Gewerbegebiet Suevit in größeren Mengen als Aushubmaterial anfällt, sollte das Gestein einer Verwendung als Zementrohstoff zugeführt werden.“

Dunstelkingen

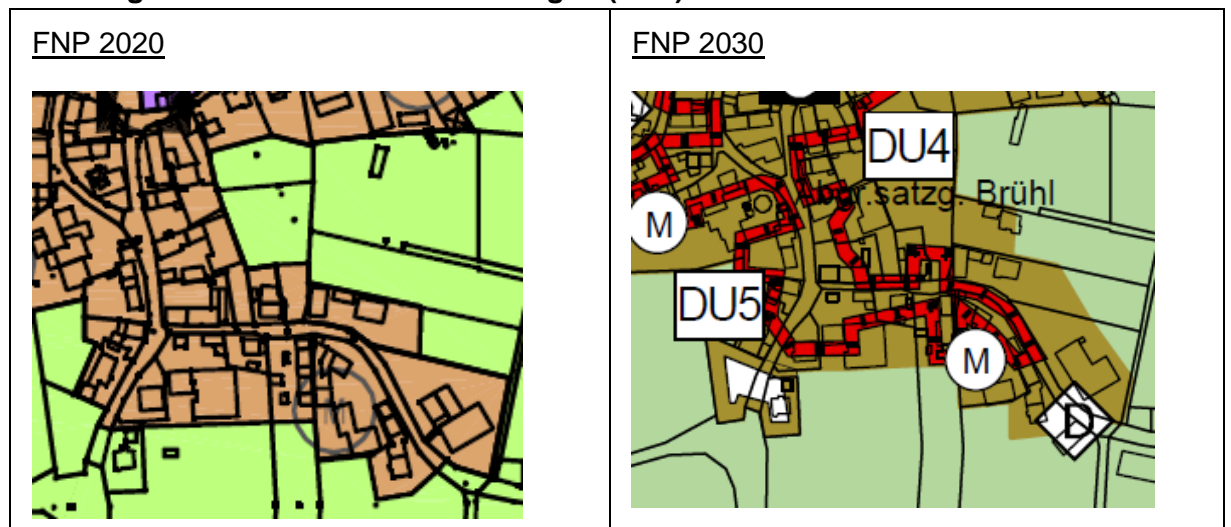
M „Östlich Hofener Straße“ (DU3)



Östlich der einseitig bebauten Hofener Straße soll der Anbau von zwei Wohnhäusern ermöglicht werden. Die Erschließung ist gesichert.

Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte). Die kleine Fläche wird dennoch in Anspruch genommen, weil bereits bestehende Erschließungssysteme genutzt werden können. Dadurch verringert sich die Notwendigkeit des Baus von neuen Zuwegungen.

M Mischgebiet südwestlich Dunstelkingen (DU5)

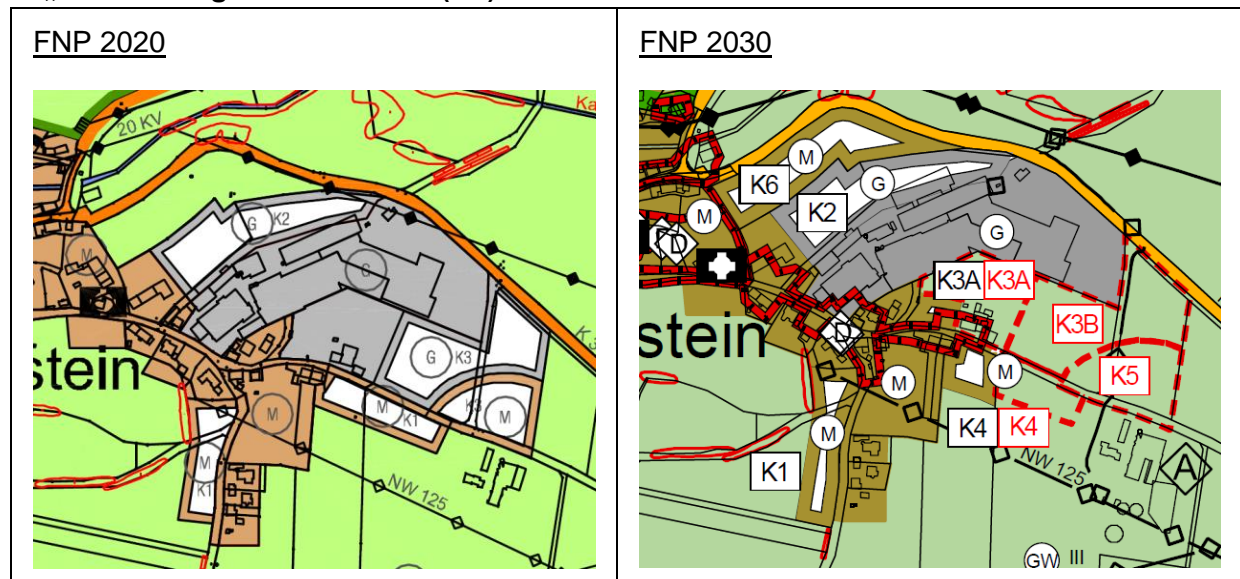


Südwestlich der der Ortschaft wird die bestehende Straße zur Erschließung einer geringfügigen Ortserweiterung genutzt. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte). Die Fläche wird dennoch in Anspruch genommen, weil bereits bestehende Erschließungssysteme genutzt werden können.

Dadurch verringert sich die Notwendigkeit des Baus von neuen Zuwegungen. Eine Lage im landwirtschaftlichen Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft liegt dagegen nicht vor.

Katzenstein

M „Erweiterung Gastronomie“ (K6)



Im Teilort Katzenstein besteht für die Burggastronomie ein erheblicher Flächenbedarf. Ein Bebauungsplan ist in Aufstellung.

Die Planfläche grenzt unmittelbar an die ausgewiesenen Kulturdenkmale „Burg Katzenstein“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 2M) und „Urnenfelderzeitliche und vorgeschichtliche Siedlung(en)“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 11) (Abt. Denkmalflege, RP Stuttgart). Diese Belange sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu klären, bzw. sind bereits geklärt worden.

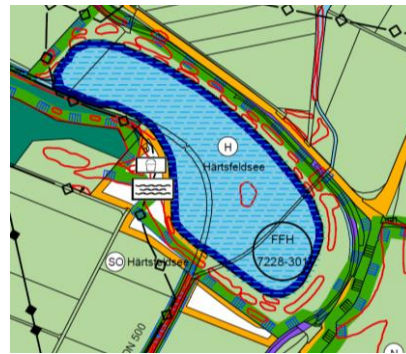
Für die Beschreibung der Flächen K1, K3A und K4 wird auf Kap. 3.5 verwiesen.

Sonderbaufläche SO Härtsfeldsee

FNP 2020



FNP 2030



Das südliche Ufer des Härtsfeldsees ist bereits jetzt von Freizeitnutzungen geprägt. Hier befinden sich u.a. ein Strand und eine Kioskanlage. Da die Nutzungen zur Stärkung des Tourismus intensiviert werden sollen, wird dies hier planungsrechtlich abgesichert.

Durch die geplante Sonderbaufläche verläuft ein Hauptabfuhrweg für Holzabfuhr mittels LKW. Die Nutzung des Weges für die Holzabfuhr wird weiterhin möglich sein.

Der Gewässerrandstreifen ist einzuhalten, die Errichtung baulicher Anlagen innerhalb des Gewässerrandstreifens ist verboten (Nach § 29 Abs. 1 und 3 Wassergesetz).

Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), sowie in einem schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (Regionalplan 2010). Außerdem befindet sich das Plangebiet in einem schutzbedürftigen Bereich für die Erholung (Regionalplan 2010), ein Konflikt besteht jedoch nicht, da die Ausweisung der Sonderbaufläche ebenfalls der Erholung dient.

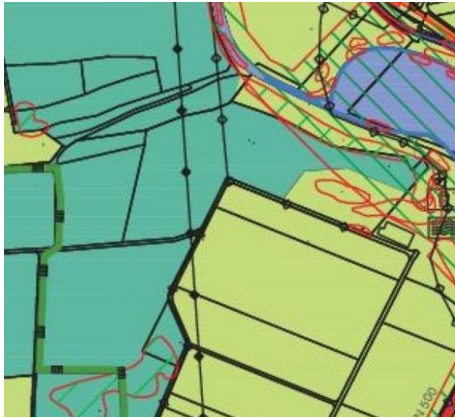
Das Landratsamt Heidenheim FB Wald und Naturschutz, teilte im Schreiben vom 18.02.2020 zur Intensivierung des Tourismus mit:

„Dies ist insofern problematisch, als dass sich hier geschützte Bereiche (geschützte Biotope, FFH-Gebiet, Landschaftsschutzgebiet) befinden, die bei der Planung von Vorhaben berücksichtigt werden müssen. Im Rahmen der Bauverfahren können bestimmte Auflagen von der unteren Naturschutzbehörde erlassen werden, die beispielsweise eine Erweiterung von Parkplätzen lediglich außerhalb des FFH-Gebiets ermöglichen. Des Weiteren muss die Funktion des Sees als bedeutendes Brut- und Rasthabitat für zahlreiche Wasservögel besondere Beachtung finden.“

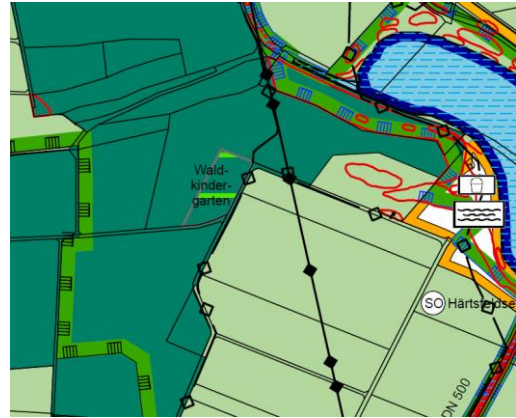
Eine Beteiligung der Forstverwaltung ist weiterhin erforderlich (Stellungnahme d. Regierungspräsidiums Freiburg, Forstdirektion mit Schreiben vom 12.03.2020).

„Waldkindergarten“

FNP 2020



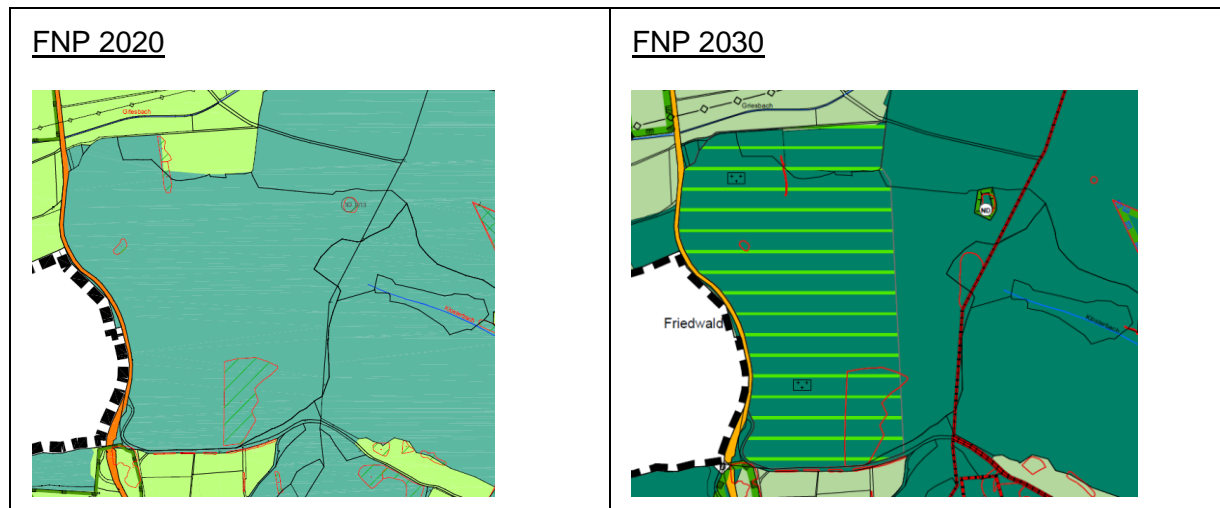
FNP 2030



Im Waldgebiet westlich des Härtsfeldsees ist auf dem Flurstück 1853 ein Waldkindergarten geplant. Die Planung wird als überlagernde Nutzung dargestellt. Die Nutzung der Fläche als Wald bleibt dort bestehen, die Errichtung von Gebäuden oder befestigten Zuwegungen/Plätzen ist dazu nicht notwendig und auch nicht geplant. Einzelbäume müssen für die Anlage nicht gefällt werden.

Demmingen

Friedwald



Die in obiger Zeichnung mit einer waagerechten, grünen Schraffur gekennzeichnete Fläche (ca. 57 ha, Waldfläche des Forstbetriebs Ebnat GmbH) bleibt in Bezug auf den bestimmenden Charakter als Wald bestehen. Innerhalb des Geltungsbereichs des Friedwaldes sind auf Teilflächen verteilt ca. 19,1 ha als Bestattungsfläche vorgesehen. Des Weiteren ist ein unbefestigter Andachtsplatz mit ebenfalls unbefestigter Zuwegung, sowie Hinweistafeln und eine mobile Tauschtoilette (im Bereich des Parkplatzes Duttonstein) geplant. Zusätzliche befestigte Wege oder ein Parkplatz werden nicht benötigt. Die Begehrbarkeit und die Sicherheit der Wege werden kontrolliert und gewährleistet. Weitere Informationen sind der Genehmigung des Friedwaldes vom 28.05.2020 zu entnehmen.

Der Friedwald liegt in einem schutzbedürftigen Bereich für die Forstwirtschaft (Regionalplan 2010). Im Sinne einer überlagernden Nutzung wird die Möglichkeit geschaffen, Bestattungen in Form eines „Friedwaldes“ vornehmen zu können. Wegen der Nutzungsüberlagerung ergibt sich kein Konflikt mit der Regionalplanung.

Der Fachbereich Wald und Naturschutz des Landratsamts Heidenheim teilte im Schreiben vom 18.02.2020 zum Thema Artenschutz mit:

„Das als Friedwald geplante Gebiet umfasst Flächen des Artenschutzprogramms für das national streng geschützte und in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Wald-Wiesenvögelchen, die zu berücksichtigen sind und ggf. naturschutzrechtliche Auflagen notwendig werden lassen.“

Das Landratsamt, Abteilung Sicherheit und Ordnung hat mit Schreiben vom 04.08.2015 mitgeteilt:

„Friedhöfe dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde (Untere Verwaltungsbehörde nach § 31 BestattVO) oder auf Grund eines Bebauungsplans angelegt werden (§ 5 Abs. 1 BestattG). Für einen privaten Bestattungsplatz ist der Genehmigungsantrag über die Gemeinde einzureichen. (§ 1 BestattVO).“

Von Seiten des Regierungspräsidiums Tübingen, Landesbetrieb Forst BW ging mit Schreiben vom 06.07.2015 folgender Hinweis ein:

„Im Bereich des Friedwaldes dürfen keine Einschränkungen des Betretensrechtes erfolgen (z.B. Zaunbau) um die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes nicht wesentlich zu beeinträchtigen. Für ggf. nötige bauliche Anlagen ist eine Waldumwandlungsgenehmigung (nach § 9 LWaldG) erforderlich.“

Das Landratsamt, Abteilung Wasserschutz/Bodenschutz weist im Schreiben vom 05.07.2019 darauf hin, „dass nach der Verrottung der Urne durch die in der Kremationsasche enthaltenden Schadstoffe (Schwermetalle, ggf. Dioxine und Furane) eine schädliche

Bodenverunreinigung hervorgerufen werden könnte. Das Anlegen von Urnengräbern in Grund- und Stauwasserschichten ist deshalb zu vermeiden.

Die Vorsorgewerte für Böden nach Anhang 2 Nr. 4 BBodSchV sind zu berücksichtigen. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass die Schadstoffe über den Boden nicht ins Grundwasser gelangen. Daher sollte die Filter- und Sorptionsfähigkeit des Untergrundes bodengutachterlich bewertet werden. Um eine mögliche Beeinträchtigung von vornherein zu begrenzen bzw. auszuschließen, sollte eine Abschätzung erfolgen, wie viele Urnen ein Standort trägt. Eine Alternative wäre die Verwendung von Edelstahlurnen.“

Eine Beteiligung der Forstverwaltung ist weiterhin erforderlich (Stellungnahme d. Regierungspräsidiums Freiburg, Forstdirektion mit Schreiben vom 12.03.2020).

Das Regierungspräsidium, Landesbetrieb Forst BW gibt mit Schreiben vom 16.09.2019 außerdem folgenden Hinweis:

„Die höhere Forstbehörde weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass eine überlagernde Darstellung „Wald“ mit der Bestattungsform „Friedwald“ nur im Einklang mit dem LWaldG zu sehen ist, wenn auf jegliche Umfriedung verzichtet wird und keine zusätzlichen baulichen Anlagen oder Neubauten/Ausbauten bestehender Parkmöglichkeiten geplant sind. Ansonsten wäre nach § 9 LWaldG eine Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich.“

Hinweis des Regierungspräsidiums Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 24.06.2019):

„Urnensind im Boden auf mindestens 80 cm Tiefe beizusetzen, so dass sie anschließend mit mindestens 50 cm Bodenmaterial überdeckt werden können.

Die Böden im geplanten Friedwald erfüllen möglicherweise nicht überall diese Vorgabe.

In der Bodenkarte 1: 50.000 (BK50) sind dazu zwei vorwiegend flachgründige Kartiereinheiten ausgewiesen: o6 Rendzina aus Kalkstein und o9 Braune Rendzina, Braunerde- Rendzina, Rendzina und Terra fusca-Rendzina aus geringmächtiger lösslehmhaltiger Fließerde über Kalkstein.

Die beiden anderen Kartiereinheiten sind möglicherweise aufgrund ihres hohen Tongehaltes nur schwer grabbar: oSx1 Pelosol-Pseudogley aus geringmächtiger lösslehmhaltiger Fließerde auf tonigem Material der Bunten Breckie und oDx1 Pelosol, Pseudogley- Pelosol und Pseudogley-Braunerde-Pelosol aus toniger Fließerde über Gesteinsmaterial der Bunten Breckie.

Bei den beiden zuletzt genannten Kartiereinheiten kommt im Falle einer Pseudovergleyung eine erhöhte Gefahr des Windwurfes hinzu. Da sich aus den vorliegenden, und auf unserem Kartenviewer unter <http://maps.lgrb-bw.de/> frei zugänglichen Bodenkarten keine uneingeschränkte Eignung der vorgesehenen Friedhofsfläche für Urnenbestattungen ableiten lässt, wird die Einholung eines bodenkundlichen Friedhofsgutachtens von einem bodenkundlichen Fachbüro empfohlen.“

3.4 Korrekturen durch Bebauungspläne, die aus dem FNP entwickelt wurden

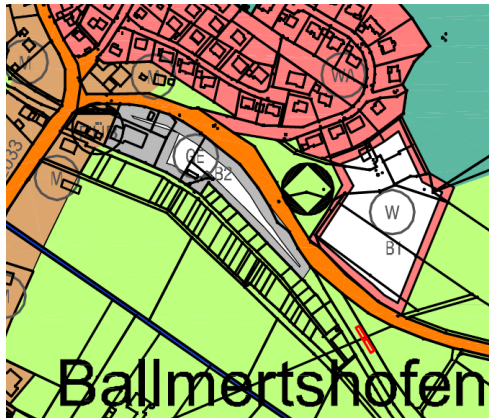
Seit der Rechtskraft des Flächennutzungsplans im Jahre 2002 wurden Bebauungspläne aus dem FNP entwickelt. Die Darstellungen dieser Flächennutzungspläne werden in der vorliegenden Fortschreibung als Bestand dargestellt. Da bei diesen Flächenentwicklungen keine zusätzlichen Flächen in Anspruch genommen wurden, werden diese Bereiche in der Bilanzierung nicht berücksichtigt.

Es handelt sich um folgende Bereiche:

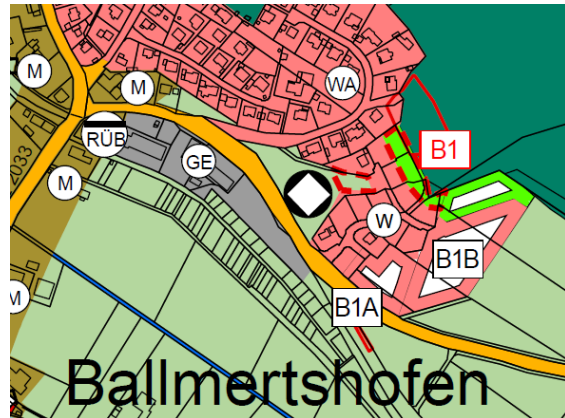
Ballmertshofen

Bebauungsplan „Herlsbühl“ (B1)

FNP 2020



FNP 2030

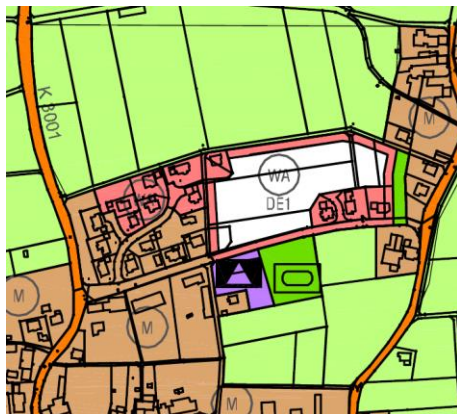


Für das Gebiet existiert ein rechtskräftiger Bebauungsplan. Die Flächen B1A und B1B sind dabei jedoch nicht enthalten und werden weiterhin bzw. zusätzlich als geplante Flächen dargestellt.

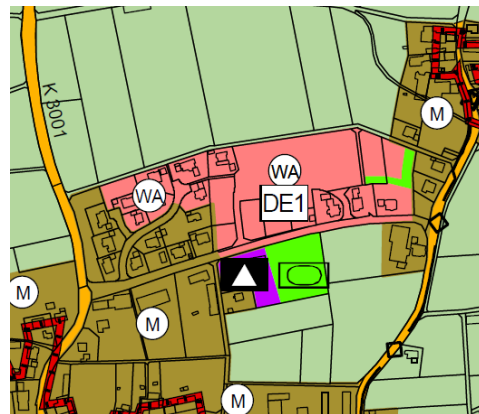
Demmingen

Bebauungspläne „Hülenfeld I bis III“ (DE 1)

FNP 2020



FNP 2030



Der Bebauungsplan wurde eingearbeitet. Allerdings erfolgte hier nur in kleinen Teilbereichen bislang eine Erschließung, soweit eine Nachfrage vorhanden war. Das Gebiet kann derzeit nicht verkauft werden, weil für die noch freien Flächen keinerlei Nachfrage besteht. Dazu kommt, dass die Entsorgung des Abwassers nur mit erheblichem finanziellem Aufwand sichergestellt werden kann, weil über die gebietsinternen Kanäle hinaus Leitungen größeren Umfangs verlegt werden müssten.

GE „West“



Im nordöstlichen Bereich der geplanten Gewerbefläche existiert bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan. Dieser wird derzeit u.a. hinsichtlich Lärmschutz (Kontingentierung des Gewerbelärms) geändert. Dies wird auch bei Aufstellung oder Änderung weiterer Bebauungspläne geprüft werden.

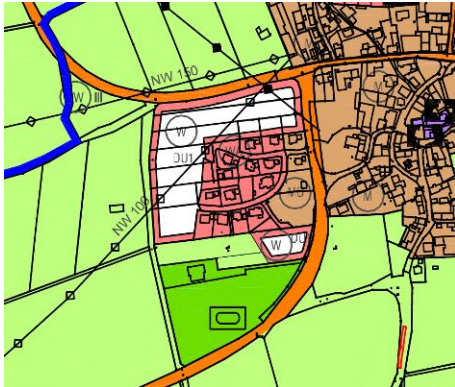
Konkrete aktive Schutzmaßnahmen werden ggf. im Rahmen zukünftiger Bebauungspläne in Betracht gezogen.

Der Bereich wurde entsprechend als Bestand dargestellt. Die übrige Fläche verbleibt weiterhin als geplante Gewerbefläche. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), entspricht aber in ihrer Ausdehnung den Darstellungen des Vorgängerplans

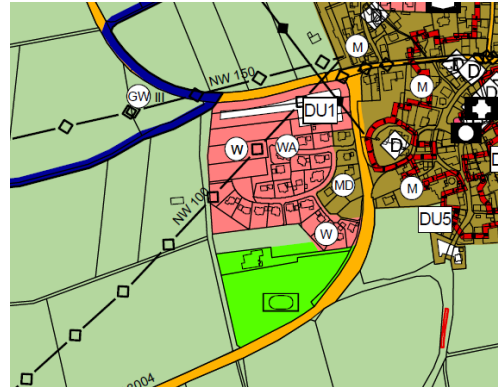
Dunstelkingen

Bebauungsplan „Hinter dem Schlossgarten – westlicher Teil“ (DU1) (ca. 1,3 ha)

FNP 2020



FNP 2030

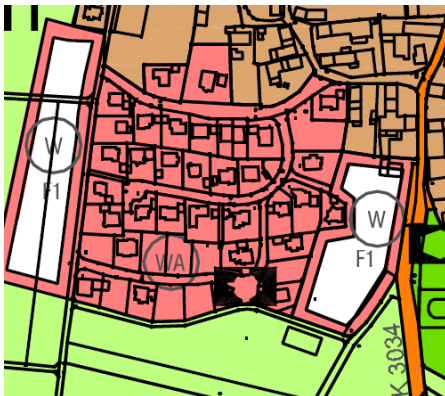


Auch hier wurde die bauliche Entwicklung bzw. die verbindliche Bauleitplanung eingearbeitet. Die Planungsfläche wurde reduziert auf den verbleibenden nördlichen Bereich DU1. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte).

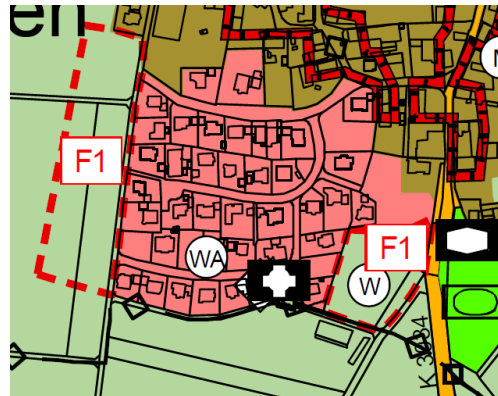
Frickingen

Hofwiesen

FNP 2020



FNP 2030



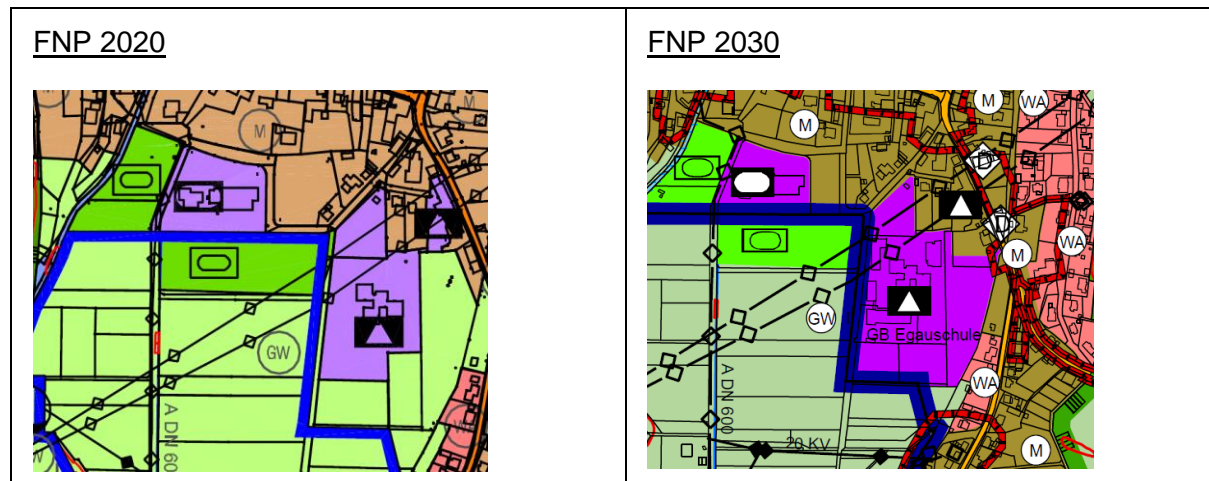
Für die östlich geplante Fläche F1 existiert im nördlichen Bereich bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan (Hofwiesen östlicher Teil). Da im Nordosten von Frickingen bereits ein weiteres Wohngebiet, welches nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wurde, vorhanden ist, wurden die übrigen Flächen F1 aus dem Plan herausgenommen.

3.5 sonstige Korrekturen

Die Korrekturen werden erforderlich, da bereits überplante Flächen eine Neuplanung erfahren haben oder durch eine Bebauung ohne Bauleitplanverfahren Verhältnisse geschaffen wurden, die eine Korrektur der bisherigen Darstellung erfordern. Hier werden auch Flächen dargestellt, die geringfügige Änderung hinsichtlich der flächigen Ausdehnung oder der Widmung erfahren haben.

Dischingen

„Egauschule“



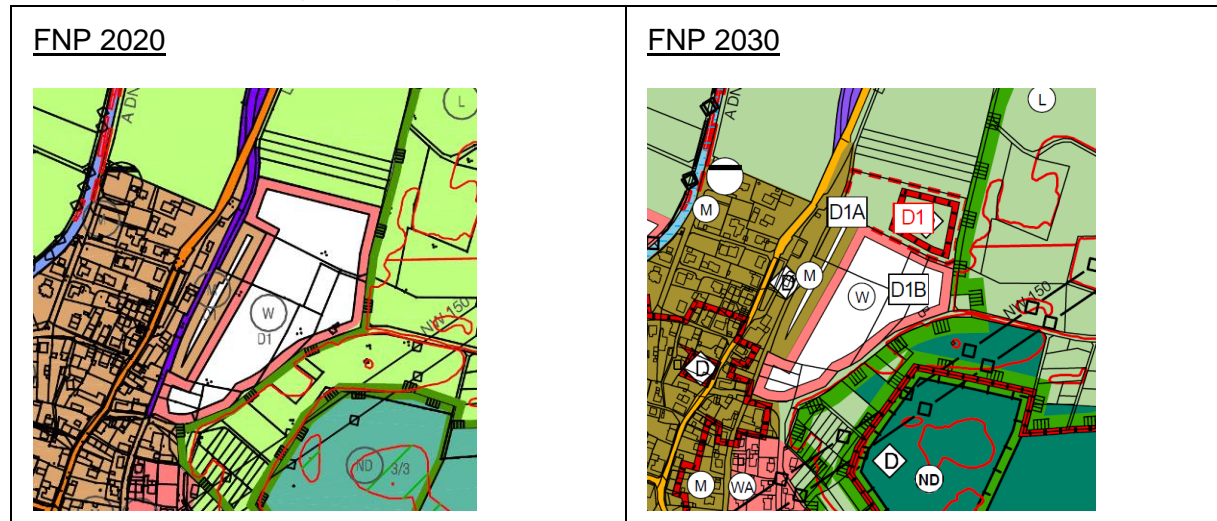
Die Egauschule wurde in den vergangenen Jahren um eine Mensa und einen Kindergarten erweitert. Daher wurde die Flächenarrondierung bezüglich dieser Gemeinbedarfsfläche neu vorgenommen.

Die Abteilung Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart teilt dazu im Schreiben vom 24.07.2019 mit:

„Die Gemeindebedarfsfläche umfasst Teile des Kulturdenkmals gem. § 2 DSchG „Siedlung vermutlich der römischen Kaiserzeit“. Luftbilder aus dem Jahr 1992 gaben einen ungefähr quadratischen Gebäudegrundriss zu erkennen, der durch die Schulneubauten der jüngeren Vergangenheit zerstört wurde. In seinem unmittelbaren Umfeld bleibt dennoch mit zugehörigen Siedlungsspuren zu rechnen. An dem Erhalt des archäologischen Kulturdenkmals besteht ein öffentliches Interesse.“

Verkleinerung der geplanten Wohnbaufläche „spitziger Berg“ (D1B)

von 4,4 ha auf 3,1 ha (-1,3 ha)

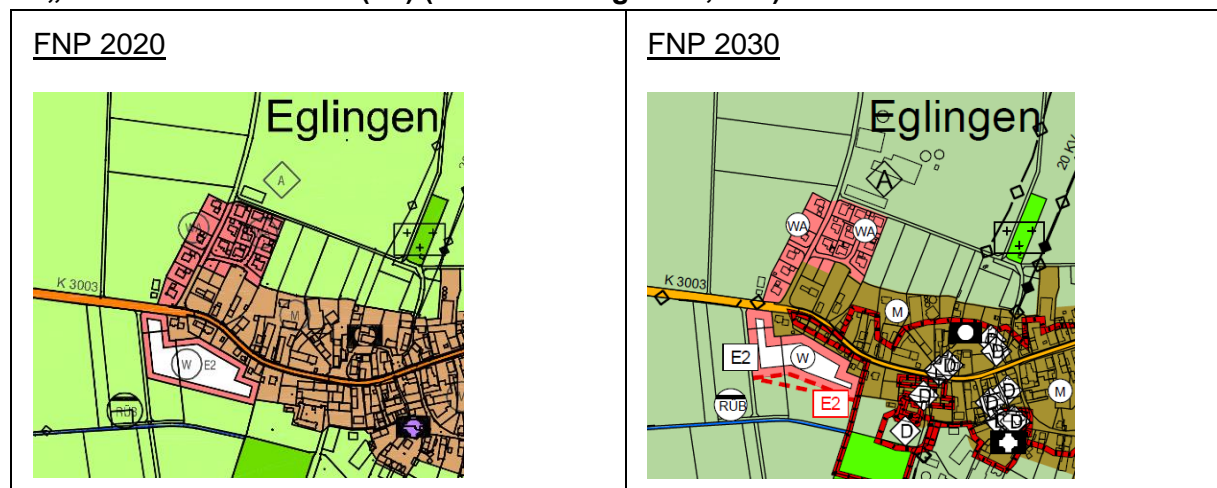


Die Fläche wird mangels Bedarfs aus der Planung verkleinert.

Die Mischbaufläche D1 (bzw. D1A) bleibt weiterhin als geplante Mischbaufläche enthalten.

Eglingen

W „westlicher Ortsrand“ (E2) (Verkleinerung um 0,1 ha)



Das Gebiet ist im rechtskräftigen Plan bereits enthalten und wird im Süden so weit reduziert, dass weiterhin eine wirtschaftliche Erschließung möglich bleibt. Für den westlichen Teil gilt, dass bereits Zuwegung und Abwasserkanal im angrenzenden Feldweg vorhanden sind. Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte).

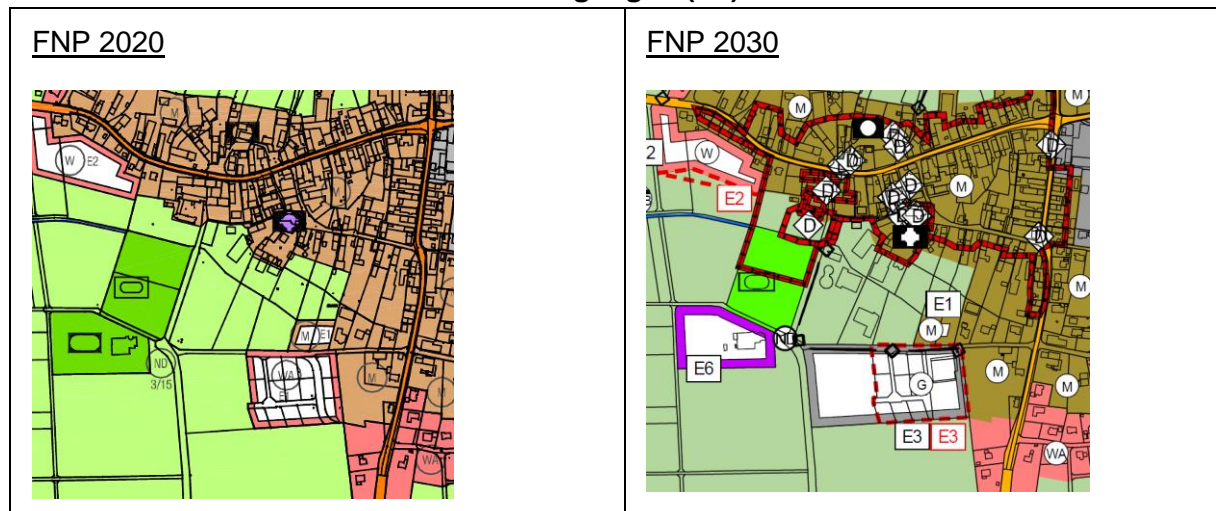
G „Blasenfeld“ E3

Die Fläche befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte). Die Verfahren sind abgeschlossen und die Pläne rechtsräftig, weshalb die Fläche im Zuge dieser Fortschreibung entsprechend des tatsächlichen Bestands als bestehende Gewerbefläche dargestellt wird.

Auch dieses Gebiet ist im rechtskräftigen Plan bereits als geplante Gewerbefläche enthalten. Durch die konkreten Planungsabsichten eines südlich angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebs wird es aber künftig den Sonderbauflächen zugeschlagen. In der Bilanzierung wird die Fläche von den Gewerbeflächen abgezogen und die neue Fläche fällt als Sonderbaufläche aus der Bilanzierung heraus.

Die Fläche befindet sich teilweise im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte).

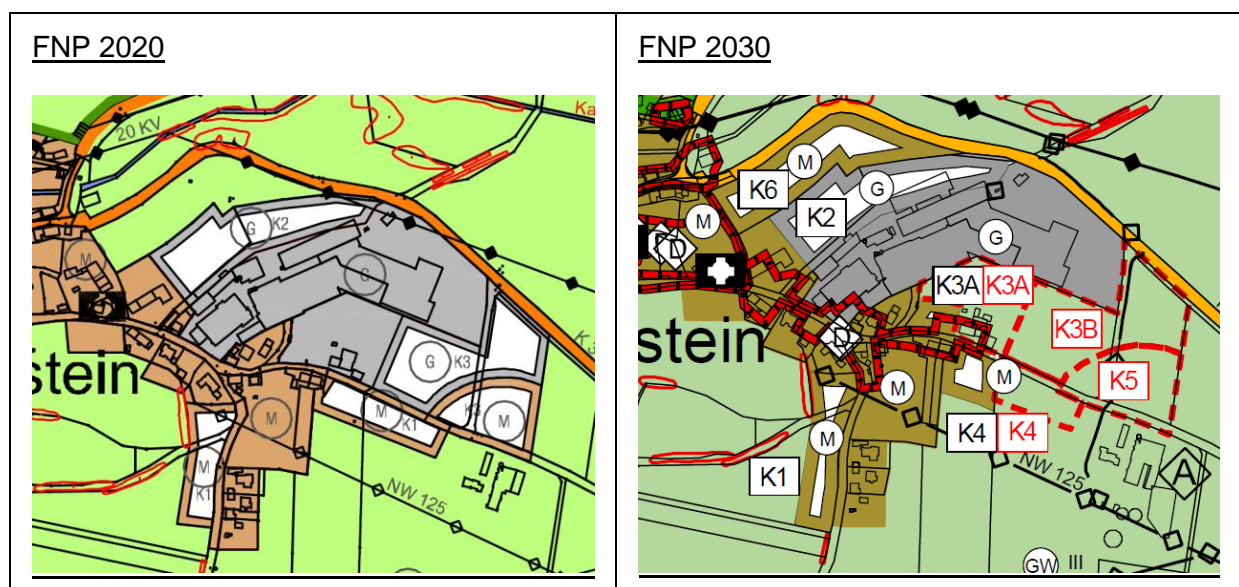
Gemeinbedarfsfläche südwestlich von Eglingen (E6)



Südlich des Sportplatzes befindet sich das Vereinsheim. Der Bereich wurde im Zuge von Sanierungsmaßnahmen für andere Zwecke geöffnet, so dass dieses Gebiet als Gemeinbedarfsfläche dargestellt wurde. Die Fläche befindet sich teilweise im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte), ist jedoch bereits bestehende Grünfläche.

Katzenstein

Änderungen der Flächen: K1, K3A, K4



Im östlichen Bereich Katzensteins ergaben sich mehrere Änderungen die einer Anpassung des Flächennutzungsplans bedürfen. Für den nördlichen Bereich liegt ein flächendeckender Bebauungsplan vor (noch im Verfahren).

Die geplante Gewerbefläche und Mischbaufläche im Anschluss an die bestehende Gewerbefläche wurden herausgenommen (siehe rote Linien (K3, K5), Abbildung rechts). Die Mischbaufläche südlich der Gewerbefläche (K4) wurde in der Form verändert, dabei wurde der westliche Teil entfernt und im Süden zugeschlagen. Die Fläche K4 befindet sich im Bereich einer Vorrangflur Stufe II der Flurbilanz (Wirtschaftsfunktionenkarte). Der südliche Bereich der bestehenden Gewerbefläche wurde in eine geplante Mischbaufläche (K3A)

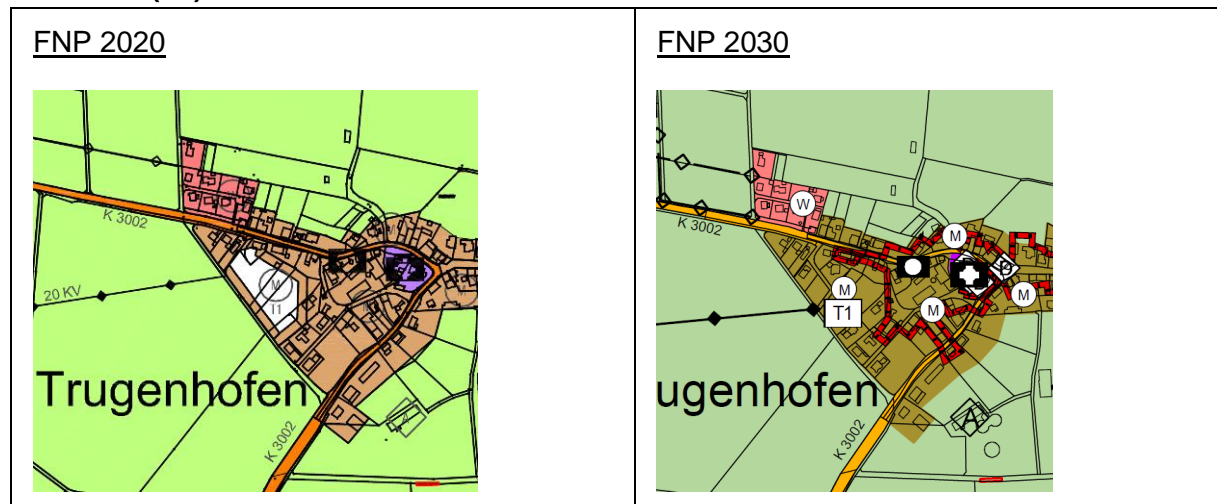
umgewidmet und wird damit an den Bestand angepasst. Dort befinden sich eine Autowerkstatt sowie ein Wohnhaus.

Die Mischbaufläche umfasst Teile der archäologischen Verdachtsfläche „Mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Burgweiler Katzenstein“ (Prüffall, 7M) (Abt. Denkmalpflege, RP Stuttgart).

Die Mischbaufläche im Süden (K1) wurde bis zur Straße ausgedehnt und damit an den im Verfahren befindlichen Bebauungsplan „Katzenstein“ angepasst. Die Fläche befindet sich in einem schutzbedürftigen Bereich für die Erholung (Regionalplan). Wie auch das Regierungspräsidium Stuttgart in seiner Stellungnahme zum Bebauungsplan vom 17.12.2019 mitteilt, ist aufgrund der geringen Flächengröße in diesem Einzelfall eine Beeinträchtigung des regionalplanerischen Ziels nicht zu befürchten.

Trugenhofen

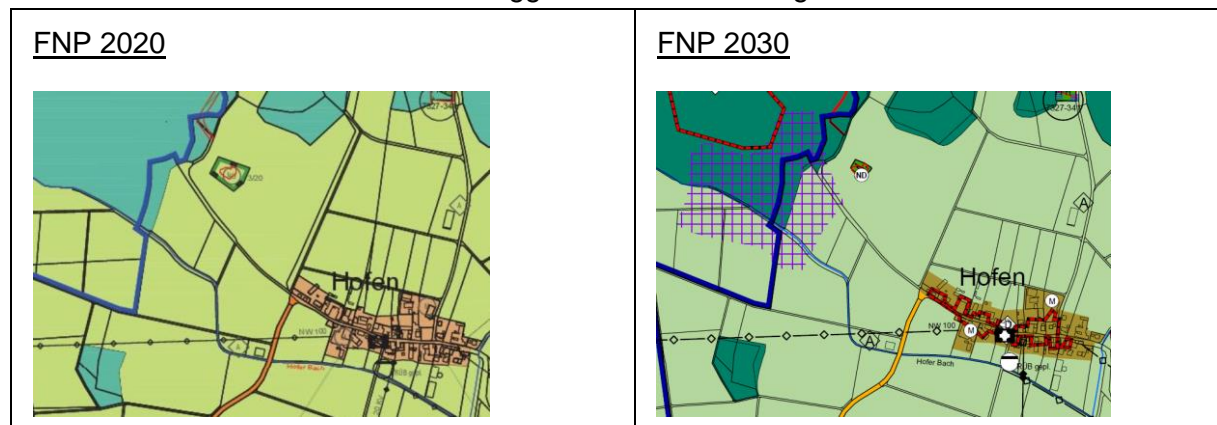
Baulücke (T1)



Die Baulücke (T1) am südwestlichen Ortsrand wurde aufgrund der baulichen Entwicklung als Bestand dargestellt. Die Änderung ist flächenneutral und wurde in der Bilanz nicht berücksichtigt.

Hofen

Nachrichtliche Übernahme des Vorranggebiets zur Sicherung von Rohstoffen:



Das Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen "Suevit-Vorkommen bei Hofen", wurde aus der Teilfortschreibung Rohstoffsicherung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg nachrichtlich übernommen. Die Darstellung erfolgt überlagernd.

3.6 Übersicht über die geplanten Bauflächen

Wohnbauflächen:

Übersicht über geplante Bauflächen Dischingen

Ortsteil	Nr.	Lage / Gewinn-Name	gepl. Nutzung	Fläche [ha]	Bedarf	Bilanz +Über- schuss -Defizit
Ballmertshofen	B 1A	Herlsbühl	Wohnbaufläche	0,40		
Ballmertshofen	B 1B	Herlsbühl	Wohnbaufläche	0,90		
Ballmertshofen			Gemischte Baufläche	0,00		
Gesamt				1,30	0,03	1,27
Demmingen			Wohnbaufläche	0,00		
Demmingen			Gemischte Baufläche	0,00		
Gesamt				0,00	0,39	-0,39
Dischingen	D 2	Rosenbach	Wohnbaufläche	1,60		
Dischingen	D 1B	Spitziger Berg	Wohnbaufläche	3,10		
Dischingen	D 1A	Spitziger Berg	Gemischte Baufläche	0,70		
Gesamt				5,05	6,03	-0,98
Dunstelkingen	DU 1	Hinter dem Schlossgarten	Wohnbaufläche	1,30		
Dunstelkingen	DU 3		Gemischte Baufläche	0,10		
Dunstelkingen	DU 5		Gemischte Baufläche	0,20		
Gesamt				1,60	0,69	0,91
Eglingen	E 2	westlicher Ortsrand	Wohnbaufläche	1,20		
Gesamt				1,20	2,15	-0,95
Frickingen/Iggen- hausen/Katzenst.			Wohnbaufläche	0,00		
Frickingen			Gemischte Baufläche	0,00		
Iggenhausen	I 1	Iggenhausen	Gemischte Baufläche	0,60		
Katzenstein	K 1	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,70		
Katzenstein	K 3A	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,20		
Katzenstein	K 4	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,40		
Katzenstein	K 6	Erweiterung Gastronomie	Gemischte Baufläche	1,30		
Gesamt				1,60	1,15	0,45
Trugenhofen			Wohnbaufläche	0,00		
Trugenhofen			Gemischte Baufläche	0,00		
Gesamt				0,00	0,21	-0,21
Summen						
Summe Wohnbauflächen alle Teilorte				8,50		
Summe Gemischte Bauflächen alle Teilorte				4,20		
Summe Wohnbauflächen + 50 % der Gemischten Bauflächen				10,60	10,65	-0,05

Gewerbeflächen:

Übersicht über geplante gewerbliche Bauflächen Dischingen

Ortsteil	Nr.	Lage / Gewinn-Name	gepl. Nutzung	Fläche in [ha]	Bedarf	Bilanz +Über-schuss -Defizit
Ballmertshofen	B 3	Am Bergweg	Gewerbliche Baufläche	0,20	0,2	0,00
<u>Gesamt</u>				0,20		
Dischingen	D 1A	Spitziger Berg	Gemischte Baufläche	0,70		
Dischingen	D 4	GE West	Gewerbliche Baufläche	9,50	9,5	0,00
<u>Gesamt</u>				9,85		
Dunstelkingen	DU3		Gemischte Baufläche	0,10		
Dunstelkingen	D 4		Gemischte Baufläche	0,20	9,5	-9,30
<u>Gesamt</u>				0,15		
¹ Eglingen	E 3	Blasenfeld	Gewerbliche Baufläche			
Eglingen	E 5B	Schrai - Erweiterung Nord	Gewerbliche Baufläche	1,70	1,7	0,00
<u>Gesamt</u>				1,70		
Iggenhausen	I 1	Iggenhausen	Gemischte Baufläche	0,60		
Katzenstein	K 1	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,70		
Katzenstein	K 3A	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,20		
Katzenstein	K 4	Katzenstein	Gemischte Baufläche	0,40		
Katzenstein	K 6	Erweiterung Gastronomie	Gemischte Baufläche	1,30		
Katzenstein	K 2	Katzenstein	Gewerbliche Baufläche	1,40	1,4	0,00
<u>Gesamt</u>				3,00		
Summen						
Summe Gemischte Bauflächen alle Teilorte				4,20		
Summe Gewerbliche Bauflächen alle Teilorte				12,80		
Summe Gew. Bauflächen +50 % der Gemischten Bauflächen				14,90		

¹Die Fläche E3 "Blasenfeld" (3,1 ha) wurde vor dem Feststellungsbeschluss der Flächennutzungsplanfortschreibung mit ortsüblicher Bekanntmachung des Bebauungsplans am 10.01.2020 rechtskräftig.

4 Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen

4.1 Ansatz und Planungsziel

Auf der Grundlage eines gesamträumlichen Konzepts werden zunächst die Potenziale zur Nutzung der Windenergie ermittelt. Auf dieser Basis werden dann Konzentrationszonen ausgewiesen, die den Ausschluss der Windenergie außerhalb der Konzentrationszonen mit sich bringen.

4.2 Planungskriterien

Für die Ermittlung der Potenzialflächen für die Windenergie wurde ein reduzierter Kriterienkatalog zum Ansatz gebracht. Folgende Kriterien wurden angesetzt:

- Siedlungsabstand
- Windhöufigkeit
- Naturschutzfachliche Schutzgebiete und Biotope
- Raumordnerische Vorgaben
- Wasserschutzgebiete
- Flugverkehr
- Mindestflächengröße

Die so ermittelten harten und weichen Tabuflächen lassen eine Auswahl an Arealen frei, die als Potenzialflächen bezeichnet werden. Diese Bereiche werden tabellarisch mit den konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt.

Die Auswahl und die Ausgestaltung der Kriterien orientieren sich am Windenergieerlass Baden-Württemberg. Dieser ist bereits außer Kraft getreten, das Umweltministerium hat jedoch mitgeteilt, dass die Inhalte des Windenergieerlasses weiterhin als Orientierungsgrundlagen in der Praxis herangezogen werden können, sofern sie nicht durch neue Rechtsvorschriften oder gerichtliche Entscheidungen überholt sind.

4.2.1 Siedlungsabstand

Für einen einzuhaltenden Abstand von bewohnten Arealen steht der Schutz der Menschen vor schädlichen Umwelteinflüssen im Vordergrund. Entscheidende Untergrenze eines anzunehmenden Vorsorgeabstands ist hier die TA Lärm, die nach Kap. 6.1 außerhalb von Gebäuden folgende Richtwerte für unterschiedliche Siedlungsnutzungen vorgibt:

	Gewerbegebiete	Mischflächen	Wohnbauflächen	reine Wohngebiete	Kurgeb.
Tags	65 dB(A)	60 dB(A)	55 dB(A)	50 dB(A)	45 dB(A)
Nachts	50 dB(A)	45 dB(A)	40 dB(A)	35 dB(A)	35 dB(A)

Unbestreitbar ist es erforderlich, die Wohn- und Mischbauflächen selbst als **harten** Tabubereich zu werten.

Aus den Werten der obigen Tabelle ist jedoch noch nicht unmittelbar ableitbar, welcher Mindestabstand zur Einhaltung der Werte einzuhalten ist. Hierzu bestehen zu viele nicht

generalisierbare Unwägbarkeiten (Geländemorphologie, Bewuchs, Hauptwindrichtung, Anlagentyp, usw.).

Dem Windenergieerlass (WEE) des Landes Baden-Württemberg ist hierzu folgender Wortlaut zu entnehmen:

„Für die Flächennutzungsplanung der Kommunen [...] wird ein Vorsorgeabstand von 700 m zu Wohngebieten empfohlen. Von diesem pauschalierten Vorsorgeabstand können die Kommunen im Einzelfall aufgrund einer eigenständigen gebietsbezogenen Bewertung abweichen. Bei einem geringeren Abstand als 700 m zu Wohngebieten muss belegt sein, dass die maßgeblichen Immissionsrichtwerte der TA Lärm in den angrenzenden Wohngebieten dennoch eingehalten werden können. Bei reinen Wohngebieten sind größere Abstände und insbesondere bei Misch-/Dorfgebieten und Gewerbegebieten sind kleinere Abstände zu erwägen.“

Bezüglich einer Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien für die Siedlungsabstände teilt das Regierungspräsidium Stuttgart mit Schreiben vom 02.12.2014 folgendes mit:

„Nach dem Schreiben des MLR vom 11.03.2014, Aktenzeichen 62-881.59, gehören Abstandsflächen, die aus Gründen des Immissionsschutzes zur Verhinderung unzulässiger Lärmimmissionen von Windenergieanlagen freigehalten werden müssen, zu den harten Tabuzonen. Nach dem Schreiben kann der Planung demnach ein Abstand von 700 m zu Wohngebieten als hartes Tabukriterium zugrunde gelegt werden. Für Mischgebiete, für die nach der TA Lärm ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 dB(A) vorgeschrieben ist, kann im Wege der Typisierung ein aus Gründen des Immissionsschutzes gebotener Abstand von rund 450 m angesetzt werden, welcher nach den oben genannten Erwägungen auch als hartes Tabukriterium zu Grund gelegt werden kann.“

Hinsichtlich des Abstands im Außenbereich wird in dem Schreiben des MLR vom 11.03.2014 dargestellt, dass in der TA Lärm für den Außenbereich keine konkreten Vorgaben enthalten sind. Vielmehr seien Außenbereichsnutzungen entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit zu beurteilen. Insbesondere sei auch insoweit die Funktion des Außenbereichs zur Aufnahme störender Nutzungen zu berücksichtigen. In vielen Fällen werde dem Außenbereich das Schutzniveau entsprechend der Misch- bzw. Dorfgebiete beigemessen, für die nachts ein Immissionsrichtwert von 45 dB(A) vorgeschrieben sei. Der zur Einhaltung dieses Richtwerts erforderliche Abstand lasse sich durch „Rückwärtsrechnen unter bestimmten Annahmen“ grob ermitteln. Ausgehend hiervon könne – vorbehaltlich der genannten Faktoren – ein Mindestabstand von rund 450 m zwischen den geplanten Windenergieanlagen und einer Außenbereichsbebauung empfohlen werden.“

Die oben zitierten Ausführungen basieren noch auf dem Stand der Technik aus dem Jahr 2014, die eine deutlich geringere Anlagehöhe zuließ, als dies heute der Fall ist. Mittlerweile sind Anlagen mit einer Gesamthöhe von ca. 260 m üblich. Vor 5-6 Jahren wiesen die größten verfügbaren Systeme Gesamthöhen von ca. 200 m auf. Die neu entwickelten Windräder sind für die Schwachwindstandorte, wie sie auf der Dischinger Gemarkung auftreten, optimiert. Die Entwicklung der letzten Jahre hat auch gezeigt, dass kleinere Anlagen eine geringere Wirtschaftlichkeit aufweisen, weshalb damit zu rechnen ist, dass die Anlagenbetreiber auf die größtmöglichen Anlagen setzen, um im Ausschreibungsverfahren eine Chance zu haben.

Gerade mit diesen großen Anlagen gehen aber auch weitere mögliche Beeinträchtigungen wie Schattenwurf und optische Beeinträchtigungen einher.

Über die oben dargestellten nicht scharf definierbaren Mindestabstände hinaus werden im Sinne eines **weichen** Kriteriums zur Bildung der Tabuflächen ein Abstand von mindestens

1.000 m

zu allen Siedlungsflächen im Sinne des Windenergieerlasses angesetzt. Dabei wurden für die Berechnung neben den bestehenden Siedlungsflächen auch die geplanten Wohn- und Mischbauflächen berücksichtigt. Dieser Abstand wird auch für bewohnte Gehöfte im

Außenbereich sowie für Erholungsflächen herangezogen. Letzteres wurde wegen des besonderen Ruhebedürfnisses für den geplanten Friedwald angewendet.

Auf eine Anwendung für übrige Erholungsflächen wurde verzichtet, diese fallen unter freizeitorientierte Erholungsflächen (z.B. sportliche Einrichtungen), von denen wiederum selbst erhebliche Lärmemissionen ausgehen können.

Damit kann gewährleistet werden, dass nicht nur eine Einhaltung, sondern eine Unterschreitung der geforderten Lärmwerte erreicht werden kann. Zudem kann voraussichtlich auf Abschaltzeiten wegen Schattenwurf in die Wohngebiete hinein ganz verzichtet werden.

Beides dient einer größtmöglichen Verträglichkeit mit den besiedelten Arealen.

Außerdem sind nach wie vor ausreichend bauliche Erweiterungsmöglichkeiten gegeben, ohne in Konflikt mit der neuen Nutzung zu geraten.

Für die Frage des „richtigen“ Siedlungsabstands ist nicht zuletzt die Frage relevant, ob nach der Anwendung dieses Kriteriums der Windkraft substanziell Raum geschaffen wird. Dies ist jedenfalls für Dischingen bei den gewählten 1.000 Metern zu bejahen, denn insbesondere auf dem Härtsfeld sind ausreichend siedlungsferne Gebiete vorhanden, die auch bei diesen Abständen genügend Raum für eine Nutzung der Windenergie übrig lassen.

Abschließend wird ein Vergleich mit den Vorgaben der Bundesländer hinsichtlich der einzuhaltenden Abstände dargestellt. Nachfolgend werden die Vorgaben hinsichtlich „allgemeine und reine Wohngebiete“ sowie für „Einzelwohngebiete und Splittersiedlungen“ dargestellt⁸. Zwar hat auch dieser Vergleich keinerlei bindende Wirkung, kann aber hier dennoch zumindest als Orientierungshilfe dienen.

Bundesland	Allgemeine und reine Wohngebiete	Einzelwohngebäude und Splittersiedlungen
Baden-Württemberg	Einzelfall	Einzelfall
Bayern	10H-Regelung ⁹	10H-Regelung ⁹
Brandenburg	Empfehlung: 1.000m	Empfehlung: 1.000m
Bremen	420 bis 620m	250 m
Hamburg	500m	300 m
Hessen	1.000m	1000m (Einzelfall weniger)
Mecklenburg-Vorpommern	1.000m	800m
Niedersachsen	2H (400m)	2h (400m)
Nordrhein-Westfalen	1.500m	Einzelfall
Rheinland-Pfalz	1.000m (WEA>200m: 1.100m)	500m
Saarland	Einzelfall	Einzelfall
Sachsen-Anhalt	1.000m	Einzelfall
Schleswig-Holstein	800m	400m
Thüringen	WEA<150m: 750m WEA>150m: 1.000m	600m

⁸ Fachagentur Windenergie an Land, Überblick zu den Abstandsempfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Bundesländern, Stand Februar 2020

⁹ Der Mindestabstand der 10-fachen Anlagenhöhe (Höhe = Nabenhöhe zzgl. Rotorradius) gilt für Anlagen im Außenbereich gemäß § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB. Ein abweichender Abstand ist im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung möglich oder wenn die Anlage ein (sonstiges privilegiertes) Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB darstellt, also z.B. der Eigenversorgung eines landwirtschaftlichen Betriebes dient.

Aus dieser Zusammenstellung wird deutlich, dass vor allem die Flächenstaaten größere Abstände vorschreiben. Stadtstaaten wie Bremen oder Hamburg gehen hier an die unterste Grenze. In dieser Hinsicht bewegt sich die Gemeinde Dischingen mit ihrer Lage im ländlichen Raum im Rahmen der weniger dicht besiedelten Bundesländer wie zum Beispiel Brandenburg, Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern. Der vorgeschriebene Abstand bleibt weit unter der strikten Vorgabe des unmittelbar benachbarten Freistaats Bayern mit seiner 10H-Regel (s.o.).

Harte Tabuflächen werden aufgrund der Siedlungsabstände nicht ausgewiesen, weil der notwendige Abstand im Wesentlichen von Lärmwerten und möglichem Schattenwurf abhängt. Aus diesen Werten kann kein generell verlässlicher Tabubereich hergeleitet werden.

4.2.2 Windhöffigkeit

Eine ausreichende Windhöffigkeit ist unabdingbare Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen.

Zweck der Planung ist eine größtmögliche Konzentration der Windkraftnutzung. Die kann schon dadurch erreicht werden, dass große Anlagen vorausgesetzt werden, die technisch speziell für Schwachwindstandorte konzipiert wurden. Zurzeit weisen diese Art Windräder eine Nabenhöhe von ca. 160 m Höhe auf und besitzen Rotoren mit einem Durchmesser um ca. 130 m.

Aus diesem Grund ist es sinnvoll, eine Mindestwindhöffigkeit bei 160 m zu definieren. Im Windenergieerlass ist als Untergrenze für eine wirtschaftliche Nutzung eine Windhöffigkeit von 5,3 m/s bei 100 m Höhe angegeben. Dies entspricht der Windhöffigkeitsklasse des aktuellen Windatlasses von 5,25 bis 5,5 m/s. Bei 160 m Höhe muss dieser Mindestwert allerdings angehoben werden, da die größeren und erheblich teureren Anlagen nur bei einer höheren Windhöffigkeit wirtschaftlich betrieben werden können.

Bei diesem Vorgehen wäre jedoch eine Mindestwindgeschwindigkeit von ca. 6 m/s plausibel gewesen. Da der Windatlas 2019 jedoch in Dischingen keine Flächen mit dieser Windhöffigkeit mehr ausweist, wird in der Folge eine Mindestwindhöffigkeit von 5,50 bis 5,75 m/s in einer Höhe von 160 m über Grund definiert. Dies sind in Dischingen die Flächen mit der besten Windausbeute.

Als Grundlagendaten für die Berechnungen dienen die Daten des „Windatlas Baden-Württemberg 2019“. Dieser wurde im Mai 2019 durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft veröffentlicht und ersetzt den Windatlas aus dem Jahr 2011.

Da für das Kriterium Windhöffigkeit eine Untergrenze rechtlich nicht zu definieren ist, muss der angegebene Wert im Sinne eines **weichen** Kriteriums zu sehen sein.

4.2.3 naturschutzfachliche Schutzgebiete und Biotope

Im Windenergieerlass werden nicht alle Schutzgebietskategorien als harter Tabubereich definiert. Als **harte** Tabuflächen sind zu betrachten:

- Naturschutzgebiete

In allen anderen Gebietskategorien ist eine Windkraftnutzung nicht von vornherein ausgeschlossen. Dennoch sind die Hürden für eine Inanspruchnahme von Schutzgebieten aus naturschutzfachlicher Sicht voraussichtlich deutlich höher als außerhalb. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung von Verbotstatbeständen deutlich erhöht ist. Da dies nicht der Ermittlung von verträglichen Standorten dient, werden im Rahmen dieser Planung auch keine Konzentrationszonen in sonstigen Schutzgebieten ausgewiesen (**weiches** Tabukriterium). Unter die weichen Kriterien fällt auch der Abstand von 200 m zu den ausgewiesenen Naturschutzgebieten.

Die Biotope des Gebiets sind von einer direkten Überbauung ausgenommen. Kleinere Biotopflächen können zwar auch innerhalb einer Konzentrationszone neben den Windenergieanlagen erhalten werden. Jedoch gibt es in Dischingen einige größerflächige, nach §33 NatSchG geschützte Areale bzw. Gebietsagglomerationen, in denen sich die Errichtung von Windenergieanlagen verbietet. Die Biotope sind im Flächennutzungsplan eingezeichnet. Dieser Belang wurde einzelfallweise betrachtet.

4.2.4 Raumordnerische Vorgaben

4.2.4.1 Landesentwicklungsplan LEP 2002

Nach der Karte 3 des LEP liegt das Gebiet nicht an einer Landesentwicklungsachse.

Folgende Ziele (Z) und Grundsätze (G) des Landesentwicklungsplanes Baden-Württemberg sind zu berücksichtigen:

PS 4.2.2 (Z) Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung ist auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad hinzuwirken. Eine umweltverträgliche Energiegewinnung, eine preisgünstige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung und die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sind sicherzustellen.

PS 4.2.5 (G) Für die Stromerzeugung sollen verstärkt regenerierbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, Biomasse, Biogas und Holz sowie die Erdwärme genutzt werden. Der Einsatz moderner, leistungsstarker Technologien zur Nutzung regenerierbarer Energien soll gefördert werden.

PS 4.2.7 (G) Bei der Standortwahl für Windkraftanlagen ist insbesondere Rücksicht auf benachbarte Siedlungen, den Luftverkehr, das Landschaftsbild und ökologische Belange zu nehmen.

PS 5.1.2 (Z) Als Bestandteile zur Entwicklung eines ökologisch wirksamen großräumigen Freiraumverbunds werden folgende überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume festgelegt:

- Gebiete, die Teil des künftigen europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes "NATURA 2000" sind,
- Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen und die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung eines ökologisch wirksamen Freiraumverbunds und im Hinblick auf die Kohärenz des europäischen Schutzgebietsnetzes besitzen,

- unzerschnittene Räume mit hohem Wald- und Biotopanteil und einer Größe über 100 km²,
- Gewässer mit besonderer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz, die bereits lange natürliche und naturnahe Fließstrecken und Auen aufweisen.

PS 5.1.2.1 Abs. 1 (Z) In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen ist die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern. Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, sollen unterbleiben oder, soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.

PS 5.1.2.2 Abs. 2 (Z) Die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume sollen möglichst unzerschnitten in ihrem landschaftlichen Zusammenhang erhalten und untereinander vernetzt werden. In großen unzerschnittenen Räumen sind Eingriffe mit Trennwirkung auf das Unvermeidbare zu beschränken. Unabweisbare linienförmige Infrastruktureinrichtungen sind nach Möglichkeit mit bestehenden zu bündeln. Überregional bedeutsame Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden.

PS 5.3.2 (Z) Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren.

Laut der Karte Freiraumstruktur des LEP 2002 sind Gebiete, die Teil des künftigen europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ ausgewiesen. Trotz der Definition als Ziel des LEP ergibt sich hier jedoch kein genereller Ausschluss. Dem Belang ist durch die Formulierung der FFH- und Vogelschutzgebiete als Tabubereich ausreichend Rechnung getragen worden. Die oben aufgeführten Plansätze sind zudem durch die Formulierung „sollen“ nicht als harter Tabubereich zu werten.

4.2.4.2 Regionalplan der Region Ostwürttemberg 2010

Für die Gemeinde Dischingen sind insbesondere folgende raumordnerischen Ziele zu berücksichtigen:

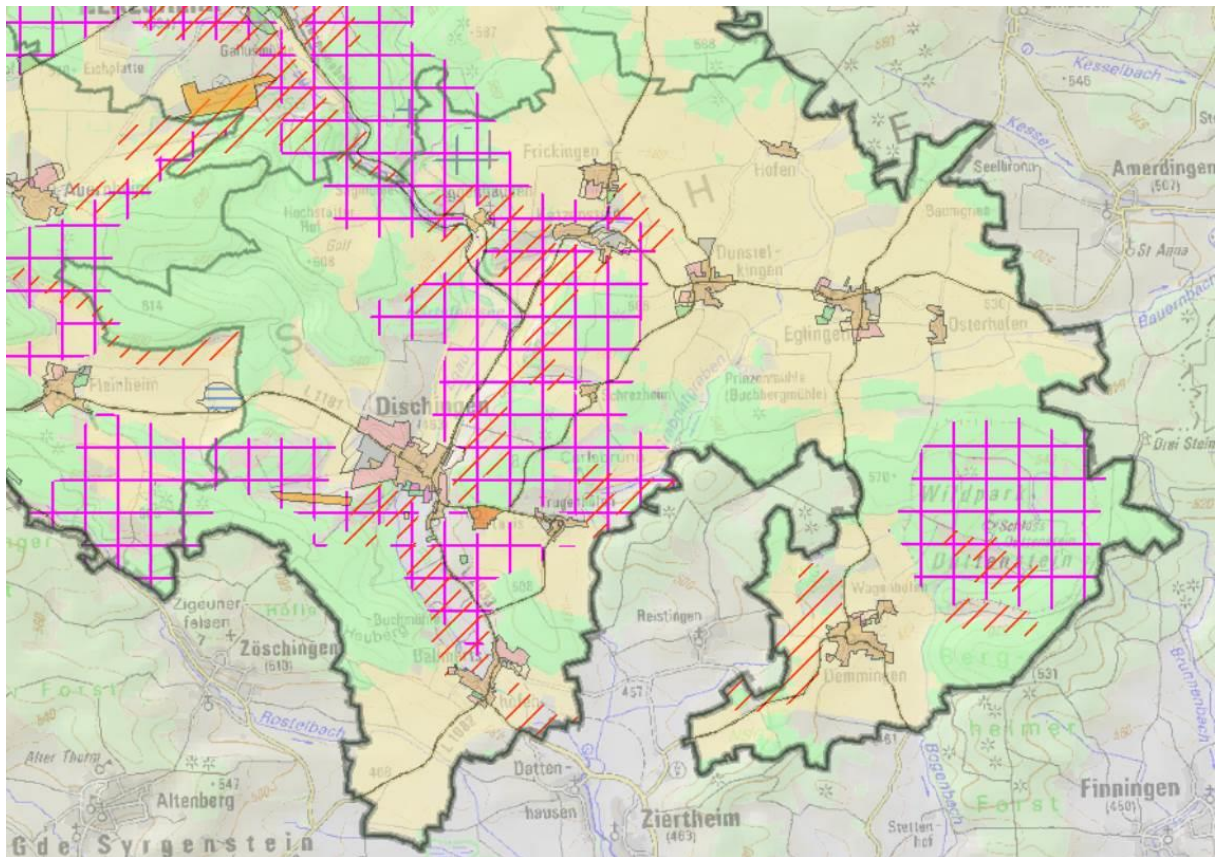
- Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung (PS 3.2.4 (Z))
- Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege (PS 3.2.1 (Z))

Diese Ziele widersprechen einer Nutzung durch Windenergieanlagen zunächst und werden trotz der hohen Hürden bei der Überwindung als **weiche** Tabuflächen gewertet.

Daneben sind bei der Umsetzung folgende Grundsätze zu beachten:

- Schutzbedürftiger Bereich für die Forstwirtschaft (PS 3.2.3 (G))
- Schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft (PS 3.2.2.1 (G))

Diese Bereiche stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen, die Belange der Land- und Forstwirtschaft sind aber auch aus raumordnerischer Sicht in die Abwägung einzustellen.



Auszug aus dem Raumordnungskataster im Geoportal Baden-Württemberg, unmaßstäblich
 (schutzbedürftiger Bereich für die Erholung = magentafarbene Karos, schutzbedürftiger Bereich für
 Naturschutz und Landschaftspflege = rote Schrägschraffur, schutzbedürftiger Bereich für die
 Forstwirtschaft = grüne Hinterlegung, schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz =
 gelbe Hinterlegung)

4.2.4.3 Regionalplan der Region Ostwürttemberg 2010, Teilfortschreibung erneuerbare Energien

Der Regionalverband Ostwürttemberg hat eine Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans 2010 vorgenommen. Die Planung ist seit September 2014 rechtsverbindlich.

Im Rahmen dieser Planung wurde auf dem Gebiet der Gemeinde Dischingen ein Vorranggebiet für den Bau und Betrieb von raumbedeutsamen Windenergieanlagen festgesetzt:

Name:	Dischingen
Nummer im Planungsverfahren:	23
Flächengröße:	ca. 67 ha
Lage:	südöstlich Auernheim, nordwestlich Dischingen, nordöstlich Fleinheim

Es ist zu beachten, dass bei der Aufstellung eines Bauleitplans die „Ziele der Raumplanung“ gem. § 1 Abs. 4 BauGB zu beachten sind. Dies bedeutet, dass die Ausweisung eines Vorranggebiets für die Nutzung der Windenergie im Regionalplan bei Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Flächennutzungsplans vorrangig umzusetzen sind.

4.2.5 Wasserschutzgebiete

Laut WEE ist in der Schutzzone I die Nutzung der Windenergie generell nicht zulässig. In der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten kommt nach dem WEE eine Befreiung von diesem Verbot gem. § 52 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Betracht, wenn eine Einzelfallprüfung der Wasserbehörde zum Ergebnis führt, dass das Vorhaben den Schutzzweck der Gebietsfestsetzung nicht gefährdet.

In den Rechtsverordnungen ist die „*Errichtung sonstiger baulicher Anlagen*“ jedoch verboten. Der Bau von WEA bringt erhebliche Eingriffe in das Bodengefüge und zumindest während der Bauphase einen Abtrag der Grundwasser schützenden Deckschichten mit sich. Der Umfang dieses Abtrags kann wegen der beanspruchten Flächen für Stellflächen und Zufahrten erheblich sein. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass das Gebiet im Süden im Karstgebiet liegt, in dessen Klüften eventuelle Schadstoffe beinahe ungefiltert in das Grundwasser gelangen können. Außerdem gehört das Trinkwasser mit zu den wichtigsten Schutzgütern. Trinkwasserschutz dient dem unmittelbaren Schutz der Menschen.

Deshalb kann in den betreffenden Gebieten keine Windenergienutzung stattfinden. Die Schutzzonen I und II werden für die vorliegende Flächennutzungsplanung deshalb als Tabubereiche übernommen. Dabei ist nur die Schutzzone II den **weichen** Tabukriterien zuzuordnen.

Dagegen ist laut WEE unter der Voraussetzung der Vereinbarkeit mit den Schutzzielen der Betrieb einer Windkraftanlage in der Wasserschutzgebietszone III allgemein zulässig. Dennoch müssen auch hier die einschlägigen Vorgaben (Lagerung von Treib- und Schmierstoffen, potenzielle Eingriffe in Grundwasserhorizonte, s. Umweltbericht) beachtet werden.

4.2.6 Flugverkehr

Für die veröffentlichten Platzrunden der Flugplätze wurde im Sinne eines **weichen** Tabukriteriums ein Sicherheitsabstand von 850 m definiert, der von einer Windenergienutzung freizuhalten ist.

Inwiefern der Startplatz für Hängegleiter von Windenergieanlagen betroffen sein könnte, wäre von einer Einzelfalluntersuchung abhängig zu machen.

4.2.7 Mindestflächengröße, Bündelungs- und Konzentrationswirkung

Der Zweck der vorliegenden Planung ist die Konzentration von Windenergieanlagen. Einer „Verspargelung“ durch Einzelanlagen soll entgegengewirkt werden.

Die Ausweisung einer „Konzentrationszone“ mit zu geringen Dimensionen läuft jedoch der Grundintention der Planung zuwider. In GATZ 2013¹⁰ ist hierzu zu lesen:

„Sinn des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ist es, Windenergieanlagen in Konzentrationszonen zu bündeln und den übrigen Außenbereich von ihnen freizuhalten. Von einer Bündelung lässt sich freilich nur sprechen, wenn mehrere Anlagen zusammengefasst werden. Singlestandorte können keine Konzentrationszone ausmachen. Dem Anliegen des Gesetzes entspricht es, wenn eine Konzentrationszone so bemessen sein muss, dass sie sich zur Aufnahme eines Windparks eignet. Eine gesetzliche Definition des Begriffes des Windparks gibt es zwar nicht, in Nr. 1.6 des Anhangs zur BImSchV a.F. fanden sich aber der synonyme Begriff der Windfarm und die Anordnung, dass die Errichtung und der Betrieb einer Windfarm mit Anlagen in einer Höhe von jeweils mehr als 35 m oder einer Leistung von jeweils mehr als 10 kW bei 20 oder mehr Windkraftanlagen obligatorisch UVP-pflichtig sowie bei sechs oder weniger als 20 Windkraftanlagen einer allgemeinen und bei drei bis weniger als sechs Windkraftanlagen einer standortbezogenen Vorprüfung zu unterziehen sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat aus dieser Regelung den zutreffenden Schluss gezogen, dass eine Windfarm die Existenz von mindestens drei Windenergieanlagen voraussetzt. Ein als Konzentrationszone dargestellter Bereich schafft also der Windenergie nicht in substantieller Weise Raum, wenn sie unter Beachtung des Abstands, den die Anlagen voneinander halten müssen, nicht wenigstens drei Windenergieanlagen aufnehmen kann.“

In GATZ 2013 wird weiter ausgeführt, dass dieser Ansatz nur der Ausgangspunkt für weitere Überlegungen sein kann. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass eine technische Entwicklung hin zu immer leistungsfähigeren Anlagen erfolgt, so dass heute bereits Anlagen auf dem Markt sind, welche die Leistung eines Windparks erreichen, wie er zur „zum Zeitpunkt der Aufnahme des § 35 Abs. 3 Satz 3 in das BauGB“ vorstellbar war.

Dies kann jedoch nicht bedeuten, dass Standorte für einzelne Windräder per se der Konzentration der Windenergie dienen. Hier muss vielmehr auch bedacht werden, dass mit der Leistung der Anlagen auch die Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien gestiegen sind. Der zunehmend spürbare Klimawandel erfordert weiterhin einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Darüber hinaus ist die Einzelanlage als Teil eines Windparks in einer konzentrierten Fläche in der Regel deutlich wirtschaftlicher, als eine isoliert stehende Einzelanlage: Die Aufwendungen für die Verkabelung mit dem öffentlichen Stromnetz oder auch die Planungskosten können so auf mehrere Anlagen verteilt werden.

Auch erfolgt der Abtransport des Stromes einer Einzelanlage im Allgemeinen über das Mittelspannungsnetz, da für eine Einspeisung in eine Hochspannungsleitung ein aufwändiges Umspannwerk erforderlich ist, das sich für eine oder zwei Anlagen allein nicht lohnt. In der Summe kann das dazu führen, dass das Mittelspannungsnetz mit einer Vielzahl isoliert stehender Einzelanlagen schnell überlastet ist und so den Ausbau der Windenergie

¹⁰ Gatz, Stephan, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2. Auflage, Verlag VHW – Dienstleistung GmbH, Bonn 2013, S. 48

erschwert. Der gemeinsame Anschluss mehrerer konzentrierter Anlagen an die allgemein aufnahmefähigeren Hochspannungsleitungen ist aus diesen Gründen auch aus volkswirtschaftlicher Sicht günstiger.

Das Flächenpotenzial des Gemeindegebiets geht trotz einer kleinteiligen Siedlungsstruktur über den Raum zur Ansiedlung einer oder weniger Einzelanlagen hinaus (s. hierzu Kap. 4.5). Im Sinne einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und der Minimierung der Umweltauswirkungen ist daher die Konzentration der Anlagen geboten. Die bisherige Analyse der Windenergiepotenziale hat gezeigt, dass durchaus ausreichend große Areale vorhanden sind. Flächenausweisungen, die Platz für weniger als drei WEA bieten, sind nicht erforderlich und auch nicht erstrebenswert, da sie in der Summe Mensch und Umwelt wesentlich stärker belasten.

Kriterium für die Aufnahme als Potenzialfläche ist deshalb die Möglichkeit zur Aufnahme von mindestens drei Anlagen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Anlagen aktueller Bauart Verwendung finden.

Um zu vermeiden, dass die Anlagen sich gegenseitig Wind wegnehmen, wenn sie zu eng stehen, ist ein Mindestabstand der WEA untereinander vorauszusetzen. Dieser wird nach Angaben des Bundesverbands Windenergie (BWE) mit folgenden Mindestwerten angegeben:

mind. 3-facher Rotordurchmesser quer zur Hauptwindrichtung

mind. 5-facher Rotordurchmesser in Hauptwindrichtung

Nimmt man einen Rotor mit 130 m Durchmesser an, ergibt sich daraus eine Ellipse von 390 x 650 Metern, was einer Fläche von ca. 20 ha entspricht. Da nicht die ganze Ellipse innerhalb der Konzentrationszone liegen muss, kann der tatsächliche Flächenbedarf jedoch deutlich geringer ausfallen und hängt von der örtlichen Topographie, der Form des Gebiets, der Erstreckung zur Hauptwindrichtung und anderen Faktoren ab.

Unter optimalen Bedingungen heißt das, dass in die etwa 20 ha große Ellipse zwei Anlagen passen. Bei entsprechender Ausgestaltung unter Änderung der Geometrie der Ellipse zu anderen Formen sind max. drei Anlagen denkbar.

4.2.8 Sonstige Belange

Ob sonstige Belange betroffen sind, wird im Zuge des weiteren Verfahrens überprüft. Diese Prüfung erstreckt sich insbesondere über die nach obigen Vorgaben ermittelten Potenzialflächen. Die Einstufung erfolgt nach folgendem Schema:

Bedeutung Farben, Konflikt mit konkurrierender Nutzung:		
gering	mäßig	hoch

4.3 Potenzialflächen

Aufgrund der neuen Ergebnisse der Windgeschwindigkeiten im Windatlas Baden-Württemberg 2019 ergibt sich für die Gemeinde Dischingen lediglich eine Potenzialfläche (P1) die ungeachtet der Mindestflächengröße, Bündelungs- und Konzentrationswirkung als Fläche ein Potenzial für die Errichtung von Windenergieanlagen aufweist. Die Fläche besteht aus 2 Teilflächen (0,5 ha und 10,6) und besitzt daher aufgrund der geringen Konzentrationswirkung nur ein schwaches Potenzial. Die Vorrangfläche für die Windenergie wird ebenfalls mit als Potenzialfläche betrachtet. Sie ist aus planungsrechtlichen Gründen vorrangig zu entwickeln.

4.3.1 Flächenvergleich

Kriterium \ Nr. Potenzialfläche	Konzentrationszone, Anlagen bereits in Betrieb ca. 51 ha	P1, ca. 11 ha
Siedlungsbelastung durch Umzingelung	gering	gering
Betroffene Infrastruktur Verkehr	Forstwege	landw. Wege/ Forstwege
Betroffene Infrastruktur Versorgung	Keine Konflikte bekannt	Keine Konflikte bekannt
Mögliche Konzentrationswirkung	hoch	sehr gering
Freiraumschutz LEP/Regionalplanung	Vorranggebiet Windenergie, (schutzbed. Bereich Forstwirtschaft*)	schutzbed. Bereich Forstwirtschaft
Naturschutz /Artenschutz	Artenschutzgutachten: Keine Verbotstatbestände	Waldbiotope teilw. betroffen, Lage im Wildtierkorridor (internationale Bedeutung)
Landschaftsschutz / Erholung	Mäßiger Eingriff	Mäßiger Eingriff
Forstwirtschaft	Mäßiger Eingriff	Mäßiger Eingriff
Landwirtschaft	Nicht betroffen	Nicht betroffen
Wasserschutz	WSG Zone III	WSG Zone III
Kulturgüter	Kulturdenkmal betroffen/ tangiert	Kulturdenkmal betroffen/ tangiert
Rohstoffabbau	nicht betroffen	nicht unmittelbar betroffen, Vorrang- gebiet zur Sicherung von Rohstoffen "Suevit-Vorkommen bei Hofen" in der Nähe
Windhöufigkeit in 160m Höhe (Windatlas 2019)	unter 5,25 m/s	5,50 - 5,75 m/s
Windhöufigkeit in 140m Höhe (Windatlas 2011)	5,75 – 6,25 m/s	5,75 - 6,00 m/s
Gesamteignung	hoch	gering

* Der Belang wurde im Rahmen der Fortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans bereits zugunsten der Windenergie abgewogen.

4.3.2 Flächenauswahl

4.3.2.1 Windhöfliche Flächen außerhalb der Potenzialgebiete

Die Windhöflichkeiten, die sich aus den aktualisierten Daten des Windatlas Baden-Württemberg 2019 ergeben, haben sich im Gemeindegebiet im Vergleich zu den Daten von 2011 deutlich verändert.

Mittlere Windgeschwindigkeiten von 5,5 – 5,75 m/s in 160 m sind lediglich im Norden des Gemeindegebiets vorhanden, dort befindet sich auch die Potenzialfläche P1.

4.3.2.2 Konzentrationszone

Im Bereich der Konzentrationszone befinden sich bereits 5 Anlagen und sind in Betrieb.

Der Bereich des regionalplanerischen Vorranggebiets ist in der Bauleitplanung als Konzentrationsfläche auszuweisen. Der Bereich tangiert Teile eines Kulturdenkmals (gem. § 2 DSchG, Nr.3), außerdem ist im Bereich des Waldes „Ohrberg“ historischer Bergbau nachgewiesen. Bei weiteren Planungen ist daher mit archäologischen Funden und Befunden zu rechnen.

Das regionalplanerische Vorranggebiet befindet sich zusätzlich in einem „Schutzbedürftigen Bereich für die Forstwirtschaft“. Ein tatsächlicher Konflikt ist jedoch nicht zu befürchten, da diese Thematik bereits durch die „Teilfortschreibung Windenergie 2002“ des Regionalplans abgearbeitet wurde.

4.3.2.3 Potenzialfläche P1

Von den in der Tabelle bewerteten Flächen ist das Potenzialgebiet Nr. 1 das Areal mit der höchsten Windhöflichkeit. Es weist jedoch Restriktionen auf und befindet sich im Bereich eines Wildtierkorridors des Generalwildwegeplans von internationaler Bedeutung. Des Weiteren ist es unter Beachtung der übrigen Planungskriterien in seiner Fläche auf ca. 11 ha begrenzt. Durch die damit verbundene mangelnde Bündelungs- und Konzentrationswirkung ergibt sich insgesamt ein geringes Potenzial zur Errichtung von Windenergieanlagen.

4.4 Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen

Das Vorranggebiet Nr. 23 der Teilfortschreibung erneuerbare Energien des Regionalplans 2010 ist zu beachten; das Gebiet wurde flächengleich als „Konzentrationszone für Windkraftanlagen – überlagernd mit der Nutzung „Wald“ - im Flächennutzungsplan übernommen.

Es ist davon auszugehen, dass hier die relevanten öffentlichen Belange bereits in ausreichender Tiefe überprüft wurden, bzw. dass der Nutzung der Windenergie der Vorrang gegenüber weiteren Belangen eingeräumt wurde. Zudem liegt dem Landratsamt hier bereits ein Antrag auf Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Der Antragsteller hat hier seinerseits geprüft, ob öffentliche Belange tangiert sind.

4.5 Fazit, substantielle Ausweisung

Für das gesamte Gebiet der Gemeinde Dischingen wurde im Rahmen der Flächennutzungsplanfortschreibung untersucht, wo entsprechende Konzentrationszonen ausgewiesen werden können. Die Betrachtung der maßgeblichen Belange und deren Abwägung untereinander ergaben, dass die ausgewiesene Konzentrationszone den wenigsten Restriktionen unterliegt.

Für ein weiteres Gebiet liegen mehr konkurrierende Nutzungen vor, als für das ausgewählte Areal.

Innerhalb der dargestellten Konzentrationszone bietet sich Platz im Umfang von ca. 51 ha. Es wird davon ausgegangen, dass von einer mittel- bis langfristigen Zahl von insgesamt ca. fünf Anlagen ausgegangen werden kann. Bei einer Nennleistung von ca. 2,5 Megawatt / Anlage entspräche dies dann einer Leistung von ca. 12,5 MW.

Die angestrebte Konzentrationswirkung wird zu einer Entlastung der übrigen Gebiete führen.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass als Beitrag zur Energiewende bis zum Jahr 2020 10 % des Bedarfs an elektrischer Energie durch Windkraft produziert werden sollen. Laut Windenergieerlass heißt dies, dass 1200 neue Anlagen mit einer Nennleistung von je 3 MW zusammen mit den bereits bestehenden Anlagen rund 7 TWh elektrischer Energie / Jahr produzieren. Baden-Württemberg hat eine Fläche von 35.751,46 km² oder **3.575.146 ha**. Dies bedeutet, dass eine Anlagendichte von ca. 0,034 Anlagen je km² (WEA/km²) angestrebt wird. Tatsächlich lag der Gesamtbestand der Windenergieanlagen zum 31.12.2018 bei lediglich 720¹¹. Dies entspricht einer durchschnittlichen Dichte von 0,020 Anlagen/km². Die tatsächliche Strombereitstellung betrug im Jahr 2018 lediglich 2 TWh.

Im Vergleich dazu erreicht das Gemeindegebiet Dischingen eine Anlagendichte von voraussichtlich 0,06 WEA/km².

¹¹ <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/energie/erneuerbare-energien/windenergie/entwicklung-des-windenergieausbaus/> (15.03.2019)

Kennwert	Gde. Dischingen	Ziel Region Ostwürttemberg	Ziel Land Baden- Württemberg	erreicht Land Baden- Württemberg
Gebietsgröße (km²)	78	2.139	35.751	35.751
Fläche Konzentrationszonen im Gebiet (km²)	0,51	32,5	216	k.A.
Flächenanteil Konzentrationszonen im Gebiet (%)	0,65	1,52	0,60	k.A.
Zahl der WEA im Gebiet	5	220	1200	720
WEA / km²	0,06	0,10	0,03	0,02
Nennleistung im Gebiet (MW)	12,5 (15)	550,00 (660)	3600,00	1554,00
Nennleistung / Fläche (MW/km²)	0,16 (0,19)	0,26 (0,31)	0,10	0,04
zugrunde gelegte / errechnete Anlagen- Nennleistung (MW)	2,50 (3,00)	2,50 (3,0)	3,00	2,16
zugrunde gelegter / errechneter jährlicher Energieertrag je Anlage (mio kWh)	5,00 (5,83)	4,50 (5,83)	5,83	2,79
jährliche Energiemenge im Gebiet (mio kWh)	25 (29)	1000 (1283)	7000,00	2010,00
jährliche Energiemenge (mio kWh/km²)	0,32 (0,37)	0,47 (0,60)	0,20	0,06

Tabelle: Vergleich der Ziele für die Windenergie Gemeinde Dischingen, Region Ostwürttemberg, Land Baden-Württemberg (Werte in Klammern: Übertragung der Annahmen aus dem Windenergieerlass)

Laut obiger Tabelle wird noch einmal klargestellt, dass mit den dargestellten Flächen deutlich mehr Energie aus Wind produziert werden kann, als der von der Landesregierung vorgegebene landesweite Durchschnittswert. Hierbei ist allerdings auch in Erwägung zu ziehen, dass die Region und damit auch das Gebiet über mehr windhöfliche Flächen verfügt, als der Durchschnitt des Landes. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt leistet die Gemeinde einen ausreichenden Beitrag zur Energiewende, da die Durchschnittswerte nicht nur knapp, sondern deutlich übertroffen wurden.

Über die dargestellten Zahlen hinaus ist die aktive Rolle der Gemeinde bei der Verwirklichung des Windparks als positiver Beitrag zur Energiewende zu werten. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der Windpark auf dem Ohrberg bereits seit mehreren Jahren in Betrieb ist.

Der Forderung der Rechtsprechung nach einer substantiellen Ausweisung ist damit Genüge getan, auch weil die am besten geeigneten Teile der nachvollziehbar ermittelten Gebietspotenziale als Konzentrationszonen ausgewiesen wurden.

5 Belange der Landwirtschaft

5.1 Fläche für die Landwirtschaft

Die Entwicklungen finden zum Großteil auf derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen statt. Die früher im Gebiet dominierende Landwirtschaft auf Acker-/ Grünlandflächen wird immer mehr durch Siedlung und Verkehr zurückgedrängt. Gute Flächen (z.T. gute Böden in ebener Lage) liegen nur noch in begrenztem Umfang vor.

Die Folgen dieses Strukturwandels machen es für die Landwirtschaft zunehmend schwieriger, die *„gesellschaftlichen Anforderungen in Form ihrer multifunktionalen Aufgaben (Schutz der natürlichen Ressourcen durch gesetzlich vorgegebene gute fachliche Praxis = Nachhaltigkeit, regionale Produktion hochwertiger Lebensmittel, Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft,...) flächendeckend zu erfüllen.“*¹²

Die Erfüllung dieser Aufgaben setzt das Vorhandensein von landwirtschaftlich gut nutzbaren und ertragsfähigen Böden sowie zukunftsfähige Flur- und Betriebsstrukturen voraus.

*„Nur so kann die Landwirtschaft zur Erhaltung der Landeskultur einschließlich der Kulturlandschaft nachhaltig beitragen. Letztendlich sind auch Naturschutz und Landschaftspflege, die einen breiten Raum einnehmen, ohne eine intakte Land- und Forstwirtschaft nicht leist- und vor allem nicht finanzierbar.“*¹³

Im Landkreis Heidenheim sind für die Landwirtschaft neben guten Bodenqualitäten auch gute agrarstrukturelle Bedingungen gegeben. Dies spiegelt sich in der Flurbilanz wider. Gute Böden und agrarstrukturelle Bedingungen bilden die wirtschaftliche Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebe und sind für deren Sicherung entscheidend.

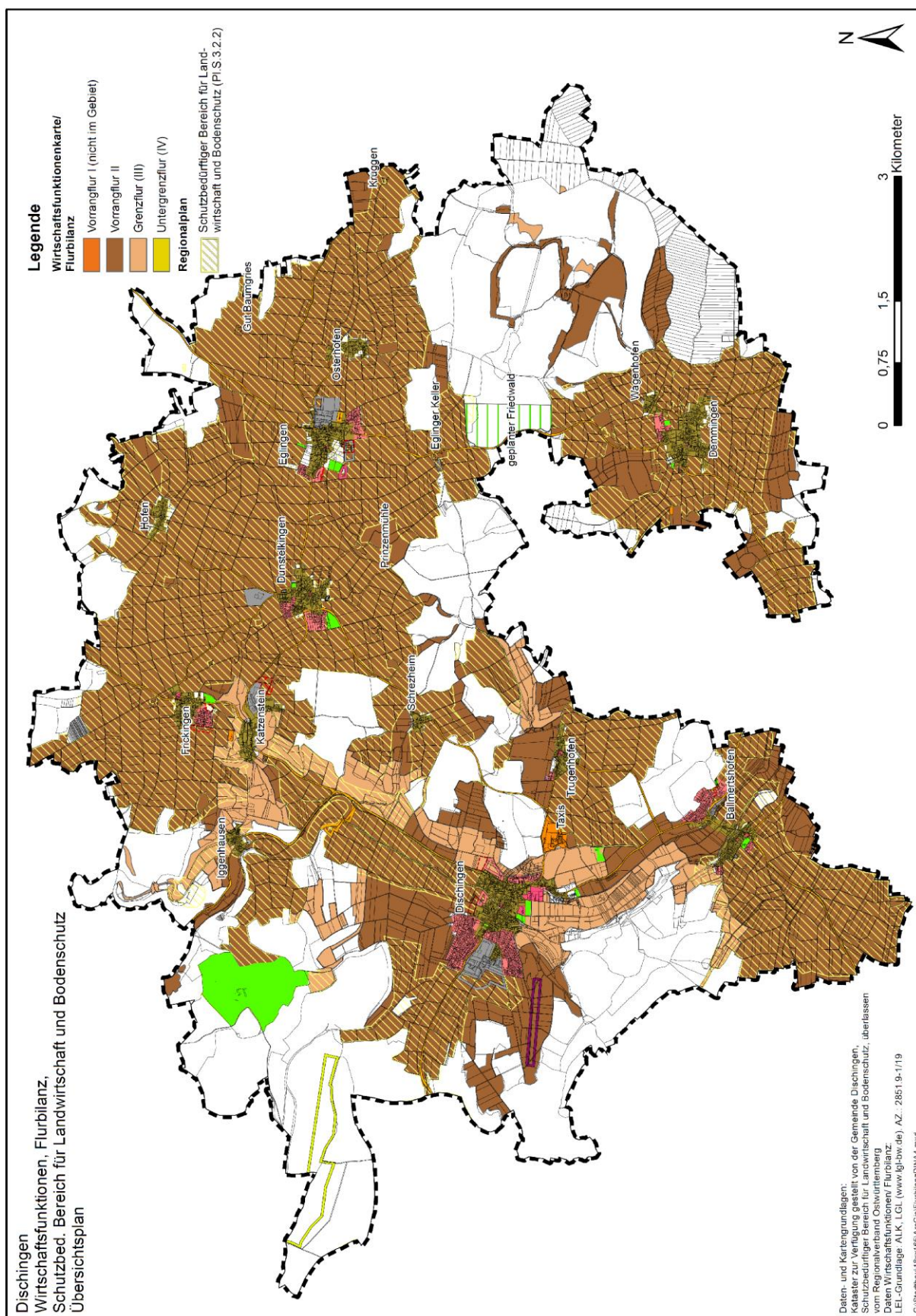
Die Flurbilanz ist eine Verknüpfung von Bodendaten (z.B. Standort für Kulturpflanzen) und den o.g. agrarstrukturellen Merkmalen. Das Endergebnis dieser Betrachtung ist die Wirtschaftsfunktionenkarte, eine Bewertung der Bedeutung der Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung.

Im Gebiet herrscht dabei landwirtschaftliche Vorrangfläche Stufe II vor, Vorrangflächen der Stufe I sind nicht vorhanden.

In nachfolgender Übersichtskarte, sind die Flächen der Wirtschaftsfunktionenkarte/Flurbilanz, sowie die schutzbedürftigen Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz des Regionalplans dargestellt. Anschließend folgen detaillierte Ausschnitte für die einzelnen Ortschaften. Diese Belange, sowie die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung (Acker, bzw. Grünland) sind zusätzlich in den jeweiligen Steckbriefen zu den einzelnen Planungen enthalten.

¹² aus Stellungnahme der Abteilung Landwirtschaft, Regierungspräsidium Stuttgart

¹³ Ebd.



Nachfolgende Abbildungen zeigen betroffene Bereich der Vorrangflur Stufe II durch Planungen in den einzelnen Teilorten in vergrößerter Darstellung:



5.2 Flächenverbrauch von landwirtschaftlichen Flächen

In den letzten Jahrzehnten hat der Flächenverbrauch weitgehend auf landwirtschaftlicher Fläche stattgefunden. Im Landkreis Heidenheim kommt hinzu, dass oft gute Acker-/Grünlandstandorte, statt produktionschwache Standorte, der Siedlungstätigkeit zum Opfer fallen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gilt es die Flächeninanspruchnahme insgesamt, sowie speziell auf produktionsstarken landwirtschaftlichen Flächen zu reduzieren.

Rechtlicher Hintergrund dazu gibt auch das BNatschG. Gem. § 15 Abs. 3 BNatschG ist auf die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden Rücksicht zu nehmen. Diese Zielsetzung nennt auch das Grundlagenpapier des MLR (2004).

Aus Sicht der Landwirtschaft sollen dabei – in enger Abstimmung im Vorfeld – Biotopneuentwicklungen vorrangig auf Grenz-/ Untergrenzfluren stattfinden.

Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen sollen daher aus Sicht der Landwirtschaft nicht zusätzlich auf (wertvoller) landwirtschaftlicher Fläche stattfinden, um eine Doppelbelastung zu vermeiden. Hier gilt es vorrangig Maßnahmen im Innenbereich durchzuführen. Auch ist anzumerken, dass eine Aufrechterhaltung der bisherigen Nutzung mit geringeren Kosten für öffentliche Haushalte verbunden ist, als Pflegemaßnahmen.

5.3 Begründung für die Auswahl der landwirtschaftlichen Flächen

Der „*unabweisbar notwendige Umfang*“ der Gebietsausweisungen ergibt sich aus der in der Begründung enthaltenen Bedarfsermittlung. In vielen Fällen sind von der Ausweisung Vorrangfluren II betroffen. Jedoch ist ein Ausweichen auf Flächen mit geringerer landwirtschaftlicher Wertigkeit kaum möglich, weil ein sehr großer Teil der Gemeindefläche als Vorrangflur II ausgewiesen ist (Vorrangflur I kommt nicht vor). Wo dies nicht der Fall ist, liegen andere Restriktionen vor.

6 Hinweise für die weitere Planungen

Folgende Hinweise sind während des Verfahrens eingegangen, die im Zuge der weiteren Planung (z.B. Bebauungspläne, städtebauliche Satzungen, Bauanträge) zu beachten sind:

6.1 Straßenwesen

Die straßenrechtlichen Vorgaben (Anbaubeschränkungen nach § 22 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG)) sollen in allen Fällen in den Bebauungsplänen berücksichtigt werden.

6.2 Grundwasser

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau hat mit Schreiben vom 09.07.2015 folgendes mitgeteilt:

„Auf die Bestimmungen der Rechtsverordnung zum Wasserschutzgebiet bzw. potentielle Gefährdungen für das Grundwasser in Schutzgebietszonen (DVGW, Technische Regel, Arbeitsblatt W101, Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete, 2006) wird hingewiesen.

Für den Bau von Windkraftanlagen in Schutzzone III (Abschnitt 4.2.4 des FNP) ist aus hydrogeologischer Sicht für die konkreten Standorte zu prüfen, ob durch Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden Wasser gefährdende Stoffe eingesetzt (insbesondere Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett und Transformatorenöl). Von daher ist für die konkreten Standorte auch sicherzustellen, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität kommt. Ansonsten sind zum Planungsvorhaben aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.“

6.3 Windenergie

Das Regierungspräsidium Tübingen, Landesbetrieb Forst BW, hat mit Schreiben vom 06.07.2015 folgendes mitgeteilt:

„Die geplante Konzentrationszone für Windkraftanlagen übernimmt das Vorranggebiet Nr. 23 aus der Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ des Regionalplanes Ostwürttemberg.

Die Fläche ist Privat- und Gemeindewald. Detaillierte Aussagen zu Aufbau, Alter und Struktur der Bestände sind nur für eingerichtete Wälder, wie Gemeinde- und Staatswald möglich. Artenschutzfachliche Belange, welche sich vor allem in strukturreichen Laubholzbeständen ergeben, müssen gesondert geklärt werden. Ebenso können in Bereichen von Privatwald keine Hinweise zu Bodenbesonderheiten, wie wechselfeuchte Standorte gegeben werden. Waldbiotope und Waldfunktionen (Bodenschutzwald) werden nur randlich berührt. Eine Grunderschließung der Fläche ist vorhanden. Im Süden direkt angrenzend an die Vorrangfläche befinden sich Waldlebensraumtypen im FFH- Gebiet. Die Konzentrationszone ist aus forstlicher Sicht zur Windkraftnutzung geeignet. Bei der Planung der Anlagenstandorte ist eine frühestmögliche Abstimmung mit den Forstbehörden vorzunehmen. Anlagenstandorte sind entlang vorhandener Fahrwege zu wählen. Eine maximale Minimierung der Waldflächeninanspruchnahme ist anzustreben. Durch die Verwendung moderner Krantechnik (Hochbau- anstatt Gittermastkran) und ggf. auch logistischer Hilfsmittel (z.B. Kippvorrichtung beim Flügeltransport in Kurven) lassen sich erhebliche Flächeneinsparungen erzielen.“

Die Terranets BW weist „vorsorglich auf das Gutachten vom 29.09.2014 Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH „Windenergieanlagen in der Nähe von Schutzobjekten - Bestimmungen von Mindestabständen“ hin und bittet um Beachtung.“

6.4 Richtfunkverbindungen

Die Telefonica Germany GmbH & Co. OHG teilte mit Schreiben vom 05.06.2019 mit:

„Durch das Plangebiet führen 11 Richtfunkverbindungen hindurch. [...] Man kann sich diese Telekommunikationslinie als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 40-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). [...] Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die Richtfunktrasse ragen. [...] Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird.

Es muss daher ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und ein vertikaler Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m eingehalten werden.“

Im Rahmen der nachgelagerten Bebauungspläne sind die raumbedeutsamen Richtfunktrassen zu beachten und gegebenenfalls notwendig werdende Höhenbeschränkungen festzusetzen.

6.5 Kommunales Abwasser / Niederschlagswasserbeseitigung

Landratsamt Heidenheim (Schreiben vom 05.07.2019), Abteilung Wasserschutz/Bodenschutz:

„Die Gemeinde Dischingen befindet sich im Einzugsgebiet des Abwasserzweckverbandes (AZV) Härtsfeld.

Die Ortschaften Dischingen, Iggenhausen, Dunstelkingen, Hofen, Eglingen, Osterhofen, Schrezheim, Trugenhofen und Ballmertshofen sind an die Sammelkläranlage Dattenhausen des AZV Härtsfeld angeschlossen.

Die Orte Frickingen und Katzenstein werden bis Frühjahr 2020 ebenfalls an die Sammelkläranlage Dattenhausen angeschlossen.

Die beiden Ortschaften Demmingen mit Wagenhofen sind an die gemeindeeigene Kläranlage Demmingen angeschlossen.

Die dezentralen Abwasserbeseitigungsanlagen werden gemäß der mit der Gemeinde Dischingen vereinbarten Abwasserbeseitigungskonzeption betrieben.

Für die einzelnen Ortschaften sind bis auf die Ortschaft Iggenhausen rechtskräftige Allgemeine Kanalisationspläne (AKP) vorhanden.

Bei Erweiterungen der Bau-, Gewerbe- und Mischgebiete im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Dischingen ist eine Überprüfung bzw. Abgleich mit den Einzugsgebietsflächen der AKPs durchzuführen. Bei Überschreitung der Einzugsgebietsgrenzen des AKP wird eine Überplanung und Anpassung der Abflussmengen erforderlich.

Hinweis:

Laut § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist nicht verunreinigtes Niederschlagswasser von befestigten Grundstücksflächen grundsätzlich nicht an die Ortskanalisation anzuschließen, sondern anderweitig z.B. in ein Gewässer oder in den Untergrund abzuleiten.“

6.6 Hochwasserschutz, Oberirdische Gewässer

Hochwasserschutz

Das Landratsamt Heidenheim, Abteilung Wasser- und Bodenschutz, empfiehlt eine hochwasserangepasste Bauweise bei Planungen im Bereich eines HQ_{extrem}. Ist eine neue Planfläche von einem HQ_{extrem} betroffen, wird im spezifischen Steckbrief im Umweltbericht unter „Wasser und Grundwasser“ darauf hingewiesen.

Gewässerrandstreifen

Hinweis des Landratsamts Heidenheim, Abteilung Wasser- und Bodenschutz zur Einhaltung des Gewässerrandstreifens:

„Nach § 29 Abs. 1 Wassergesetz (WG) beträgt der Gewässerrandstreifen im Innenbereich 5 m, im Außenbereich 10 m ab Böschungsoberkante. Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen (§ 38 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz). Gemäß § 29 Abs. 3 Satz 2 WG ist die Errichtung von baulichen Anlagen im Gewässerrandstreifen verboten.“

6.7 Hochwasserrisikomanagement

Die Hochwasserrisikomanagementpläne in Baden-Württemberg beinhalten Maßnahmenberichte, welche die Maßnahmen aus dem landeseinheitlichen Maßnahmenkatalog zu Erreichung der Ziele für unterschiedliche Akteure beschreiben.

Die Gemeinde Dischingen hat gemäß des Maßnahmenberichts folgende Maßnahmen umzusetzen¹⁴:

- R01** Information von Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen (z.B. DWA-Merkblatt „Hochwasserangepasstes Planen und Bauen)
- R02** Aufstellung bzw. Fortschreibung einer Krisenmanagementplanung einschließlich der Aufstellung bzw. Fortschreibung von Hochwasser Alarm- und Einsatzplänen
- R05** Kontrolle des Abflussquerschnittes und Beseitigung von Störungen
- R10** Änderung bzw. Fortschreibung der Flächennutzungspläne zur Integration des vorbeugenden Hochwasserschutzes
- R11** Integration des vorbeugenden Hochwasserschutzes in Bebauungspläne/ Bebauungsplanänderungen
- R12** Regenwassermanagement: Entsiegelung und Regenwassermanagement (Ortsnahe Versickerung in Neubaugebieten)

Für die Flächennutzungsplanfortschreibung ist daher die Maßnahme **R10** relevant:

- (A) Beachtung bzw. Berücksichtigung der hochwasserbezogenen Regelungen des Regionalplans und Berücksichtigung der fachtechnischen Abgrenzung des HQ100 im Innenbereich
- (B) Nachrichtliche Übernahme der Überschwemmungsgebiete und von Fläche für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes in Anwendung der Leitlinie "Hochwassergefahr und Strategien zur Schadensminderung in BW"¹⁵

¹⁴ Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg: Maßnahmenbericht Anhang III: Maßnahmen der Kommunen zu den Hochwasserrisikomanagementplänen in Baden-Württemberg (<https://www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de/massnahmenberichte-zugang>)

¹⁵ Eine Leitlinie des Ministeriums für Umwelt und Verkehr, des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg

Hinweise zur Umsetzung (Maßnahmenkatalog):

Darstellung von Flächen für den natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche und an den Gewässern sowie Hinweise auf eine hochwassergerechte Bauweise im FNP, nachrichtliche Übernahme von Überschwemmungsgebieten (HQ₁₀₀):

Konkrete Umsetzung:

Flächen für natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche:

Darstellung der Flächen mit technischen Hochwasserschutzmaßnahmen: Regenwasserrückhaltebecken Härtsfeldsee, Tiefental, Vorderer Graben, Zwinkeltal und Fleinheimer Tal.

Nachrichtliche Übernahme der Überschwemmungsgebiete bei einem HQ₁₀₀. Dabei stellt insbesondere die Fläche im Süden der Stadt Dischingen im Bereich des Dischinger Wassergrabens eine größere zusammenhängende Fläche für natürliche Wasserretention dar.

Flächen für natürlichen Wasserrückhalt an den Gewässern:

Um den natürlichen Wasserrückhalt an den Gewässern herzustellen hat die Gemeinde ein Gewässerentwicklungskonzept aufgestellt.

Dieses Konzept enthält u.a. Vorschläge zur Verbesserung der natürlichen Wasserretention an allen Gewässern im Gemeindegebiet (einzelne Maßnahmen):

- Verbesserung von Gewässerstruktur und Eigendynamik durch
 - o Ersatz des Uferverbaus durch ingenieurbioologischen Verbau
 - o Entfernung des Uferverbaus bzw. Lockern des Steinsatzes
 - o Entfernung des Sohlverbaus
 - o Lösung von Verrohrungen
- Anlage von Stillgewässern entlang der Egau

Weitere Maßnahmen/ Ziele des Konzepts:

- Durchgängigkeit herstellen
 - o Entfernung von Rohren
 - o Entfernung von Schwellen/ Bauwerken (bzw. Umbau zu Sohlrampe)
 - o Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit
- Uferstreifen anlegen, Extensivierung
 - o Gehölzpflanzungen
 - o Bachverlegungen
 - o Extensivierung von Acker- und Intensivgrünlandflächen

Hinweise auf eine hochwassergerechte Bauweise im FNP:

Das Bauen in Überschwemmungsgebieten (HQ₁₀₀-Gebieten) ist untersagt, bzw. bedarf einer Ausnahmegenehmigung.

Auf HQ₁₀₀-Flächen wurden keine neuen Bauflächen ausgewiesen.

Grundsätzlich werden in der Gemeinde Dischingen auch HQ_{extrem}-Flächen ausgespart, das Sondergebiet „Härtsfeldsee“ sowie die Wohnbaufläche „Rosenbach“ sind jedoch Ausnahmen und von einem HQ_{extrem} betroffen. Dort wird eine hochwasserangepasste Bauweise empfohlen (Begründung und Umweltbericht).

6.8 Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)

Durch den nördlichen Bereich des Gemeindegebiets ist die Verlegung einer Erdgasleitung geplant. Die planfestgestellte Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) wurde anhand der übermittelten Trassierungspläne in die Planzeichnung übernommen. Die übermittelten Trassierungspläne sind *„nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen.“* (Schreiben vom 17.02.2020)

Weitere Informationen können dem Merkblatt der Open Grid Europe GmbH „Berücksichtigung von unterirdischen Ferngasleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“ entnommen werden. Weitere Angaben zu der geplanten Gashochdruckleitung können direkt beim zuständigen Sachbearbeiter der Open Grid Europe GmbH eingeholt werden.

B Umweltbericht zu den Fortschreibungsflächen

Nach § 2a BauGB ist mit den Bauleitplänen ein „Umweltbericht“ als gesonderter Teil der Begründung vorzulegen.

Die in der Anlage zum BauGB geforderten Inhalte können hier jedoch nur in einer der vorbereitenden Bauleitplanung angemessenen Untersuchungstiefe wiedergegeben werden. Deshalb werden die gebietsspezifischen Angaben in Form von Steckbriefen zusammenfassend wiedergegeben.

1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans

Die Gemeinde Dischingen schreibt den Flächennutzungsplan fort. Wesentlicher Inhalt ist die Übernahme der mittlerweile rechtsgültig gewordenen Bebauungspläne. Darüber hinaus wird die Planung den Erfordernissen der städtebaulichen Entwicklungen der letzten Jahre steuernd angepasst.

Im Nordwesten der Gemeinde wird eine Konzentrationszone für die Windkraftnutzung dargestellt.

2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben

Im Plangebiet werden folgende Flächen neu dargestellt bzw. stellen eine Flächeninanspruchnahme durch eine Änderung dar.

2.1 Bauflächen mit abgeschlossener verbindlicher Bauleitplanung

Für diese Flächen wurde bereits eine Umweltprüfung im Rahmen der Bebauungsplanung durchgeführt.

SO Lehner	0,3 ha
Abgrenzungssatzung Brühl (Demmingen)	0,1 ha
G Hofener Straße (DU 2)	2,5 ha
Abgrenzungssatzung Brühl (Dunstelkingen)	0,1 ha
GE Schrai – Erweiterung	3,4 ha
SO Butzfeld	0,8 ha
GE Blasenfeld	3,1 ha
<u>MD Kappelesäcker (F 2)</u>	<u>1,1 ha</u>
Summe	9,0 ha

2.2 Neue Bauflächen

Folgende Flächen waren bislang nicht im Flächennutzungsplan enthalten:

W Rosenbach (D2)	1,6 ha
W Herlsbühl (B1B)	0,8 ha
G „Südlicher Ortsrand“ (B3)	0,2 ha
M „Östlich Hofener Straße“ (DU3)	0,1 ha
M „südwestlich Dunstelkingen“ (DU5)	0,2 ha
G „Blasenfeld“ (E3)	1,3 ha
G „Schrai Erweiterung Nord“ (E5)	1,7 ha
M „Katzenstein“ (K1)	0,1 ha
M „Katzenstein“ (K4)	0,1 ha
M „Katzenstein“ (K6)	1,3 ha
GB „Egauschule“	1,5 ha
<u>SO „Schrai-Erweiterung Süd“ (E4)</u>	<u>0,8 ha</u>
Zunahme Siedlungsfläche	9,7 ha ¹⁶
SO „Härtfeldsee“	3,6 ha
GB „Dorfgemeinschaftshaus Eglingen“	1,4 ha
Friedwald	57,0 ha
<u>Waldkindergarten</u>	<u>0,7 ha</u>
Zunahme sonstige Flächen	47,2 ha

Die sonstigen Korrekturen stellen keine neue Inanspruchnahme dar und sind daher flächenneutral.

Hier muss auch beachtet werden, dass trotz der Laufzeitverlängerung des Flächennutzungsplanes bis zum Jahr 2030 die für die Wohnbebauung vorgesehene Fläche um ca. 3,2 ha reduziert wurde. Allerdings steht diesem Wert ein Mehr von 9,1 ha für gewerbliche Entwicklungen gegenüber. Dies ist dem konkreten Flächenanspruch einzelner Firmen geschuldet.

Damit ergibt sich eine Vergrößerung der Siedlungsfläche gegenüber dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan von insgesamt ca. 5,9 ha. In Anbetracht der Erweiterung des Zieljahrs bis zum Jahr 2030 erscheint dies als moderate Entwicklung (s. hierzu auch Kap. 3.1 „Gesamtbilanz“ und 3.6 „Übersicht über die geplanten Bauflächen“).

Die Sondernutzungen wie zum Beispiel Härtfeldsee, Dorfgemeinschaftshaus Eglingen und Friedwald können dieser Bilanz nicht zugeschlagen werden.

¹⁶ Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Tabelle „Änderungen der Flächennutzungen gegenüber dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan“ unter Kap. 3.1 „Gesamtbilanz“ ist nicht zulässig, da dort auch weggefallene geplante Bauflächen berücksichtigt wurden.

3 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und die Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden

Im Folgenden werden die wichtigsten bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans für die Umwelt relevanten Gesetze und Verordnungen aufgeführt:

- BauGB¹⁷ § 1, Abs. 6 Nr. 7: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege.
- BauGB § 1a, Abs. 2: sparsamer Umgang mit Grund und Boden, Abs. 3: Verpflichtung zur Ausweisung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.
- BauGB § 2, Abs. 4: Verpflichtung zur Erstellung eines Umweltberichts
- BauGB § 2a: Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil zur Begründung des Bauleitplans
- BauGB § 4c: Verpflichtung zur Überwachung der aufgeführten Umweltauswirkungen durch die Gemeinde
- UVPG¹⁸, Anlage 1, Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben: Die Vorschriften zur Erstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist gem. Nr. 1.6 zu beachten (für Windparks mit 7 bis 19 Anlagen ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich).
- BNatSchG¹⁹, § 13 bis 18: Regelung der Eingriffe in Natur und Landschaft, Verpflichtung zur Vermeidung, Minimierung und Ausgleich
- BNatSchG, § 44ff, Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten

Weitere Rechtsgrundlagen werden im Zusammenhang mit der entsprechenden Thematik dargestellt. Darüber hinaus waren insbesondere folgende Fachpläne zu beachten:

- Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg
- Region Ostwürttemberg, Regionalplan 2010 mit Teilfortschreibung Windenergie 2002
- Flächennutzungsplan der Gemeinde Dischingen, Junginger + Partner, 2006

¹⁷ "Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)"

¹⁸ "Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist"

¹⁹ "Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434) geändert worden ist"

4 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden

4.1 Europäische Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete sonstige Schutzkategorien nach BNatSchG §§ 23 - 29

Europäische Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete, Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete sind durch die neu ausgewiesenen Flächen von der Planung nicht betroffen.

4.2 Biotope

Innerhalb der Änderungsgebiete befinden sich keine Biotope nach § 33 NatSchG oder § 30 WaldG.

4.3 Artenschutzrechtliche Beurteilung – streng geschützte Arten

Nach § 44 ff BNatSchG ist es verboten „wild lebende Tiere der **streng geschützten** Arten und der **europäischen Vogelarten** während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanfortschreibung wurde für die Änderung / Neuausweisung der Siedlungsflächen keine artenschutzrechtliche Prüfung vorgenommen. Für die bereits rechtskräftigen Bebauungspläne wurden keine Verbotstatbestände festgestellt. Für die Änderungsflächen ist nicht zu erwarten, dass Verbotstatbestände ausgelöst werden; gegebenenfalls sind vorgezogene (cef-) Maßnahmen in Betracht zu ziehen.

Für die Ausweisung der Konzentrationszone für die Nutzung der Windenergie ist dagegen schon im Flächennutzungsplan nachzuweisen, ob die Belange des § 44 BNatSchG betroffen sind. Dieser Nachweis wurde bereits im Zuge des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens erbracht. Die entsprechende Untersuchung hat ergeben, dass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu befürchten sind. Eine Genehmigung für den Windpark mit fünf Anlagen liegt mittlerweile vor. Die Anlagen sind in Betrieb.

4.4 Altlasten/Altablagerungen

Altlasten sind in den Änderungsgebieten nicht bekannt.

4.5 Lärm

Planungsrelevante erhebliche Lärmimmissionen mit Beeinträchtigung der Änderungsgebiete sind keine besonderen festzustellen.

4.6 Grundwasserschutz

Das Landratsamt Heidenheim hat mit Schreiben vom 04.08.2015 folgendes mitgeteilt:

„Die Planflächen in Dunstelkingen, Frickingen, Iggenhausen, Katzenstein und Dischingen liegen innerhalb der Wasserschutzzone III für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal. Die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über das Wasserschutzgebiet für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung in den Landkreisen Heidenheim und Aalen vom 31. Oktober 1967 (GBl. S. 259) in der Fassung der Rechtsverordnung vom 14. August 1972 (GBl. S. 573) ist zu beachten.“

„Die Planfläche „SO Lehnert“ in Demmingen liegt in der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone II für den Brunnen Demmingen.“ Die Flächen auf dem Gebiet der Gemarkung Dunstelkingen befinden sich ebenfalls in dieser Zone.

„Die Planflächen auf Gemarkung Eglingen liegen in der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone III für den Tiefbrunnen Demmingen. Mit einem Abschluss des Wasserschutzgebietsverfahrens ist aufgrund der fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung bezüglich der weiten Ausdehnung der Wasserschutzzone III nicht zu rechnen. Eine weiterführende hydrogeologische Untersuchung des Einzugsgebietes des Tiefbrunnens zur Neuabgrenzung wurde aus Kostengründen von der Gemeinde Dischingen bislang abgelehnt.

4.7 Abwasserbeseitigung

Die Flächen werden bislang landwirtschaftlich oder forstlich genutzt. Abwasser fällt nicht an, Niederschlagswasser verdunstet und versickert auf der Fläche oder fließt auf natürlichem Wege ab.

Der Umgang mit dem anfallenden Abwasser und dem Niederschlagswasser wird in der nachfolgenden Planung geklärt.

4.8 Forstliche Belange: Waldfunktionenkartierung

Waldfunktionenkartierung

„[...] Waldfunktionen und ihre jeweiligen Schwerpunktbereiche werden in der Waldfunktionenkartierung erfasst. [...] In den Waldfunktionenkarten sind alle Waldflächen mit besonderer Bedeutung für die Schutz- und Erholungsfunktion dargestellt. Die Waldfunktionenkartierung ist Grundlage für die Berücksichtigung der Schutz- und Erholungsfunktion der Wälder im forstlichen Planen und Handeln. Sie ist eine Entscheidungshilfe bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sowie ein zentraler forstlicher Beitrag zur Landes-, Regional-, und Landschaftsplanung und für die Umweltverträglichkeitsprüfung.“²⁰

Eine Betroffenheit (z.B. angrenzend an Planungen) von Waldflächen der

²⁰ ForstBW. Wald im Land. Waldfunktionen (<https://www.forstbw.de/wald-im-land/waldfunktionen/>) (Zugriff: 23.01.2019)

Waldfunktionenkartierung ist unter dem zugehörigen Schutzgut in den Steckbriefen dargestellt:

Schutzgut Boden	Bodenschutzwald
Schutzgut Wasser	Wasserschutzwald
Schutzgut Klima, Luft	Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald
Schutzgut Tiere, Pflanzen, und biologische Vielfalt	Waldbiotopkartierung, Waldschutzgebiete, Generalwildwegeplan
Landschaft, Erholung	Erholungswald Stufe 1-2, gesetzlicher Erholungswald

Waldschutzgebiete

Im Gemeindegebiet befinden sich keine Waldschutzgebiete (Bann-/ Schonwälder).

Generalwildwegeplan (Wildtierkorridor)

Der Generalwildwegeplan (GWP) als eine eigenständige ökologische, waldbezogene Fachplanung des Landes für einen landesweiten Biotopverbund und integrativer Bestandteil eines nationalen bzw. internationalen ökologischen Netzwerks von Wildtierkorridoren, zeigt die letzten verbliebenen Möglichkeiten eines großräumigen Verbundes in der bereits weiträumig stark fragmentierten Kulturlandschaft Baden-Württembergs auf. Ziel der Planung ist, möglichst vielen Arten eine Ausbreitung, Wiederbesiedlung und Anpassung an sich verlagernde Lebensräume durch den Klimawandel zu ermöglichen. Der GWP dient damit der Sicherung und Entwicklung der Biodiversität durch die Erhaltung von Metapopulationen²¹.

Ein Wildtierkorridor tangiert den Norden des Gemeindegebiets, ist aber von den Planungen nicht betroffen.

Waldabstand

Der gesetzliche Waldabstand gemäß § 4 Abs. 3 Landesbauordnung von 30 m zwischen Wald und Gebäuden ist in den weiteren Planungen zu berücksichtigen und einzuhalten. Die Einhaltung des Abstands kann ggf. auch innerhalb des ausgewiesenen Gebiets erfolgen.

4.9 Bedeutung der Landwirtschaft im Planungsraum

Im Landkreis Heidenheim sind für die Landwirtschaft neben guten Bodenqualitäten auch gute agrarstrukturelle Bedingungen gegeben. Dies spiegelt sich in der Flurbilanz wider. Gute Böden und agrarstrukturelle Bedingungen bilden die wirtschaftliche Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebe und sind für deren Sicherung entscheidend.

Bei Flächeninanspruchnahmen besonders gut geeigneter Standorte (Vorrangflur Stufe II der Wirtschaftsfunktionenkarte/Flurbilanz) wird in den jeweiligen Steckbriefen (Kap. 5.3) unter dem Schutzgut „Fläche und Boden“ darauf hingewiesen. Auf Kap. 5 der Begründung sei ebenfalls verwiesen.

²¹ ForstBW. Wald im Land. Waldfunktionen (<https://www.forstbw.de/wald-im-land/waldfunktionen/>) (Zugriff: 23.01.2019)

4.10 Schutzgut Fläche

Das Schutzgut „Fläche“ wurde im Mai 2017 mit Novellierung des BauGB neu in die Liste der Schutzgüter aufgenommen. Dabei steht der flächensparende Umgang mit Grund und Boden im Vordergrund. Auswirkungen auf das Schutzgut „Fläche“ sind schutzgutübergreifend und wurden in den jeweiligen Beschreibungen abgehandelt. Die Flächen sind (wie unter den jeweiligen Schutzgütern beschrieben) wichtig für beispielsweise die Wasserretention z.B. bei Starkregenereignissen, als Freiflächen für das Landschaftsbild, die Biodiversität, den Biotopverbund und die Forstwirtschaft.

5 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung

5.1 Methodik

Nachfolgend wird das Basisszenario für die einzelnen Schutzgüter nach BauGB Anlage 1 beschrieben und hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Empfindlichkeit der bestehenden Situation bewertet. Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist jeweils der planungsrechtliche Zustand vor bzw. nach der Änderung. Danach erfolgt eine Prognose über die bau- und betriebsbedingte Auswirkung der Planung.

Diese Schutzgüter sind:

- Fläche und Boden
- Wasser und Grundwasser
- Klima und Luft) auch im Hinblick auf Klimawandel, Anpassung, Auswirkung, Anfälligkeit
- Landschaft, Landschaftsbild und Erholung
- Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)
- Kultur- und Sachgüter
- Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)
- Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung
- Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Darauf aufbauend wird eine mögliche Kumulierung der Auswirkungen auf die Schutzgüter durch Vorhaben benachbarter Plangebiete sowie die Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander dargestellt.

5.2 Abgeschlossene Planungen

Für einen Teil der Fortschreibungsflächen wurde bereits ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Für diese rechtskräftig ausgewiesenen Flächen erfolgt die Darstellung der Umweltbelange nur in tabellarischer Form. Die Angaben sind den vorliegenden Unterlagen entnommen und stellen eine überschlägige Zusammenfassung der verbal-argumentativen Bewertungen dar. Eine vertiefte Darstellung erfolgt hier nicht mehr.

Die Planungen innerhalb der Darstellungen des rechtsgültigen Flächennutzungsplans werden hier ausgeklammert, da sie den Zielen der vorbereitenden Bauleitplanung entsprechen.

Bewertungsrahmen Erheblichkeit²²:

Erheblichkeit	Gering (1)	gering-mittel (2)	Mittel (3)	mittel-hoch (4)	Hoch (5)
---------------	---------------	----------------------	---------------	--------------------	-------------

Gebiet	Schutzgut				
	Boden	Wasser	Klima	Landschafts- bild	Arten/ Biotope
SO Lehner	mittel	mittel-hoch	gering	mittel	gering
Abgrenzungss. Brühl (Demm.)					
G Hofener Straße (DU 2)	mittel-hoch	mittel-hoch	gering	gering-mittel	gering
Abgrenzungss. Brühl (Dstk.)					
GE Schrai – Erweiterung	mittel-hoch	mittel	gering	gering-mittel	gering
SO Butzfeld	mittel	hoch	gering	gering-mittel	mittel
MD Kappelèsäcker (F 2)	mittel	hoch	mittel- hoch	mittel	mittel
<u>G Blasenfeld (E 3)*</u>	mittel	gering	gering	gering	gering

*Ergebnisse aus Umweltbericht des rechtskräftigen Bebauungsplans

Durch die festgesetzten Maßnahmen, die auf einer ökologischen Bilanzierung beruhen, kann davon ausgegangen werden, dass keine erheblichen Eingriffe in den Natur- und Landschaftshaushalt zurückbleiben. Die Abgrenzungssatzungen wurden nicht bewertet, da hier keine Verpflichtung zur Erstellung eines Umweltberichts besteht. Die Eingriffe werden aber schon wegen der geringen Größe als unerheblich betrachtet.

²² In Anlehnung an: Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Empfehlungen für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung, Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung (Teil A: Bewertungsmodell), Karlsruhe 2005

5.3 Neue Planungen

5.3.1 W Rosenbach D 2, Dischingen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt, flaches Gelände</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Wertstufe 3 n. LGRB</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad (W)</p>	mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Aue der Egau, teilweise Lage im Hochwassereinflussbereich (HQ extrem), WSG Zone III (Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135002, festgesetzt)</p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt. Eine hochwasserangepasste Bauweise wird empfohlen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge. Geringe Gefahr der Überflutung (Gefahr minimierbar durch baul. Vorkehrungen und ausreichenden Abstand)</p>	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Kaltluftentstehungsgebiet, Kaltluftstrom</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Verstärkung der Emissionen durch Heizungen, Kaltluftstrom auf den Ort zu, entspricht aber der derzeitigen Situation</p>	Gering-mäßig

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
bestehender Ortsrand gut eingegrünt, LSG in 350 m Entfernung im Norden, Kirche prägend für Ortsansicht	mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Verlagerung des Ortsrands, Eingrünung wiederherstellbar, Blick zur Kirche kann freigehalten werden	mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Ackerflächen, keine Schutzgebiete, Biotope am Ostrand zur Egau, wenige Einzelstrukturen am Ortsrand <u>Artenschutz:</u> In der Egau ist der Biber beheimatet.	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere. <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Inanspruchnahme, Wiederherstellung von Kleinstrukturen im Baugebiet möglich.	gering

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering - mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Wohngebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
Mittel (2,67)	gering-mäßig (2,0)

5.3.2 W Herlsbühl B1B, Ballmertshofen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt, flaches Gelände</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 n. LGRB</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad (W)</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	gering-mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Kaltluftentstehungsgebiet, klimaausgleichende Strukturen (Wald im Norden)</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen, Wald bleibt erhalten</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Verstärkung der Emissionen durch Heizungen, Kaltluftstrom auf den Ort zu.</p>	gering-mittel

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
bestehender Ortsrand bereits durch Neubautätigkeit geprägt.	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Verlagerung des Ortsrands, Eingrünung wiederherstellbar, Blick zur Kirche kann freigehalten werden	gering-mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Acker- und Wiesenflächen, keine Schutzgebiete, wenige Einzelstrukturen am Ortsrand, südexponierter Waldrand	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Inanspruchnahme von Acker und Wiesenlebensräumen, Wiederherstellung von Kleinstrukturen im Baugebiet möglich	gering-mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering - mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtigen Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Wohngebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
Gering-mittel (2,22)	gering-mäßig (1,78)

5.3.3 G Südlicher Ortsrand (B 3)

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 bis 3 n. LGRB</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, hoher Versiegelungsgrad (GE)</p>	mittel

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	gering-mittel

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Kaltluftentstehungsgebiet</p>	gering	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vorbelastungen durch bestehende Landwirtschafts- und Gewerbebebauung mit wenig Zusammenhang	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen	Gering-mittel

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Weiden, Keine Schutzgebiete, keine Biotope, Baumreihen und Hecken am südöstlichen Ortsrand	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Inanspruchnahme	mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vorbelastungen durch bestehende Landwirtschafts- und Gewerbebebauung	Gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	Gering-mittel

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Gewerbegebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	Gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
Gering-mittel (2,22)	gering-mäßig (1,89)

5.3.4 M Hofener Straße (DU 3), Dunstelkingen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 n. LGRB</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	gering-mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Ortsrand mit durchschnittl. Einbindungswirkung, Vorbelastungen durch z.T. unangepasste Bebauung	mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Verlagerung des Ortsrands, Eingrünung herstellbar	mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Acker, Keine Schutzgebiete, keine Biotope Einzelbäume am Ortsrand	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Baugebiet möglich	gering-mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering - mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Mischgebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
gering-mittel (2,44)	gering-mäßig (1,77)

5.3.5 M südwestlich Dunstelkingen (DU 5), Dunstelkingen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 n. LGRB</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	gering-mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Ortsrand mit guter Einbindungswirkung, kaum Vorbelastungen	mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Verlagerung des Ortsrands, Eingrünung herstellbar	mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Acker, Keine Schutzgebiete, keine Biotope Bäume am Ortsrand	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Gehölzlebensräumen, ersetzbar <u>Anlagebedingt:</u> Geringflächige Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Baugebiet möglich	gering-mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering - mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Mischgebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (2,55)	gering-mäßig (1,77)

5.3.6 G Schrai – Erweiterung Nord (E 5B), Eglingen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 bis 3 n. LGRB</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, hoher Versiegelungsgrad (GE)</p>	mittel

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	mittel

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Erhebliche Vorbelastungen durch bestehende Wohn- und Gewerbebebauung, an dieser Stelle dorfuntypischer Ortsrand	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen	Gering-mittel

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Landwirtschaftliche Fläche, Keine Schutzgebiete, keine Biotope, vorbelastete Ortsrandsituation	gering	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen	gering

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Belastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Für ein Gewerbegebiet herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	Gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
gering-mittel (2,22)	gering-mäßig (1,79)

5.3.7 M Erweiterung, K1 Katzenstein

An dieser Stelle wird die geringfügige Erweiterung der gemischten Baufläche nach Süden beurteilt.

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Grenzflur</p> <p>Wertstufe 1 n. LGRB</p>	gering	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad (W)</p>	gering

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>WSG Schutzzone III, (Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135002, festgesetzt)</p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Keine Beeinträchtigung</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Umfeld der Burg Katzenstein, Landschaftsschutzgebiet im Abstand von ca. 100 m, Vorbelastung bestehende Mischbauflächen. Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung	mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> geringe zusätzliche Belastung, weil geringe Erweiterung. Aufgrund der geringen Flächengröße ist eine Beeinträchtigung des schutzbedürftigen Bereichs für Erholung nicht anzunehmen.	mittel

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Wiese und Acker, Keine Schutzgebiete, keine Biotope biotopkartierte Hecke angrenzend	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> mittlere Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Gebiet möglich,	Gering-mittel

Kultur- und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Umgebung der Burg Katzenstein	Mittel	<u>Baubedingt:</u> Temporäre Störung der Umgebung <u>Anlagebedingt:</u> mäßige Gefahr der Störung des Umfelds der Burg Katzenstein	Mäßig

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt	mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	Gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	<u>Baubedingt:</u> <u>Anlagebedingt:</u> Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (2,66)	gering-Mäßig (2,00)

5.3.8 M Erweiterung, K4 Katzenstein

An dieser Stelle wird die geringfügige Erweiterung der gemischten Baufläche, ebenfalls nach Süden beurteilt.

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bodenfunktionen werden erfüllt Regionalplan 2010: Siedlungsfläche Vorrangflur II Wertstufe 2-3 n. LGRB	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen. <u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad (M)	mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer WSG Schutzzone III (Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135002, festgesetzt))	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt. <u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen <u>Anlagebedingt:</u> Keine Beeinträchtigung	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Umfeld der Burg Katzenstein, Vorbelastung bestehende Mischbauflächen.	mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> geringe zusätzliche Belastung, weil geringe Erweiterung	Gering-mittel

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Wiese, Keine Schutzgebiete, keine Biotope	Gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> geringe Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Gebiet möglich	Gering

Kultur- und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Umgebung der Burg Katzenstein	mittel	<u>Baubedingt:</u> Temporäre geringe Störung der Umgebung <u>Anlagebedingt:</u> geringe-mäßige Gefahr der Störung des Umfelds der Burg Katzenstein	gering-Mäßig

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt	mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	<u>Baubedingt:</u> <u>Anlagebedingt:</u> Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (2,79)	gering-mäßig (1,88)

5.3.9 M Erweiterung Gastronomie, K6 Katzenstein

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bodenfunktionen werden erfüllt Regionalplan 2010: - Grenzflur Wertstufe 2	Gering- mittel	<u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen. <u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, geringer bis mittlerer Versiegelungsgrad (M)	gering- mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer WSG Schutzzone III	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt. <u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen <u>Anlagebedingt:</u> Keine Beeinträchtigung	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Direktes Umfeld der Burg Katzenstein, Landschaftsschutzgebiet im Abstand von ca. 120 m, Vorbelastung durch Gewerbefläche (von der gewerbl. Bebauung ist jeweils nur das Dach sichtbar) empfindlich wegen exponierter Hanglage am Ortseingang	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Beeinträchtigung des Umfelds der Burg und des Ortseingangs von Katzenstein	mittel-hoch

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Wiese, Keine Schutzgebiete, keine Biotope Einzelstrukturen Hecken und Hochstaudenfluren, magere Böschung (aber nicht biotopkartiert)	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> mittlere Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Gebiet möglich, mäßiger Eingriff bei Schonung der steilsten Bereiche	mäßig-hoch

Kultur- und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Die Planfläche grenzt unmittelbar an die ausgewiesenen Kulturdenkmale „Burg Katzenstein“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 2M) und „Urnenfelderzeitliche und vorgeschichtliche Siedlung(en)“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 11).	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Temporäre Störung der Umgebung. Sollten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Störung des Umfelds der Burg Katzenstein	mäßig-hoch

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Gewerbegebiet geprägt	gering-mäßig	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (3,00)	Mäßig (2,55)

5.3.10 GB Egauschule Dischingen

Im Umfeld der Egauschule wird die bestehende Gemeinbedarfsfläche erweitert.

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bodenfunktionen werden erfüllt Regionalplan 2010: Siedlungsfläche Grenzflur Wertstufe 3 n. LGRB	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen. <u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, hoher Versiegelungsgrad	mittel

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer Lage im WSG, Zone III	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt. <u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Erhebliche Vorbelastungen durch bestehende Bebauung, an dieser Stelle dorfuntypischer Ortsrand, aber einbindende Strukturen vorhanden	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen	gering-mittel

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Wiese, keine Schutzgebiete, keine Biotope, vorbelastete Ortrandsituation, Gehölze angrenzend	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Inanspruchnahme von Wiesenflächen	gering-mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Die Gemeindebedarfsfläche umfasst Teile des Kulturdenkmals gem. § 2 DSchG „Siedlung vermutlich der römischen Kaiserzeit“. Es ist mit zugehörigen Siedlungsspuren zu rechnen.	mittel	<u>Baubedingt:</u> Sollten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.	mäßig

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	gering	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mittel

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (2,67)	Gering-mäßig (2,1)

5.3.11 SO Schrai – Erweiterung Süd (E 4), Eglingen

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 3 n. LGRB, abgewertet wegen Lage im gestörten Bereich des Siedlungsrandes)</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, hoher Versiegelungsgrad</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Kaltluftentstehungsgebiet	gering	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Erhebliche Vorbelastungen durch bestehende Gewerbebebauung, an dieser Stelle dorfuntypischer Ortsrand	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen	gering-mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Wiese und Acker, keine Schutzgebiete, keine Biotope, vorbelastete Ortrandsituation	gering	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Inanspruchnahme von Wiesen- und Ackerflächen	gering

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch das angrenzende Siedlungsgebiet geprägt.	gering	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
gering-mittel (1,89)	gering-mäßig (1,55)

5.3.12 SO Härtsfeldsee

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II</p> <p>Wertstufe 2 bis 3 n. LGRB</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> punktuelle Versiegelungen durch einzelne Baukörper, Beeinträchtigung der Bodenfunktionen, geringer Versiegelungsgrad</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Umfeld des Härtsfeldsees (Stausee)</p> <p>Lage im WSG, Zone III</p> <p>Der Gewässerrandstreifen ist einzuhalten, die Errichtung baulicher Anlagen innerhalb des Gewässerrandstreifens ist verboten (Nach § 29 Abs. 1 und 3 Wassergesetz).</p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden punktuell grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> geringfügige Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	gering-mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Kaltluftentstehungsgebiet, zahlreiche klimaausgleichende Strukturen (Gehölze, Wasserfläche)</p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der klimaausgleichenden Strukturen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Fläche ist wichtiges Naherholungsgebiet mit bestehendem Kiosk, Spielplatz und Badeplatz.</p> <p>Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung des Regionalplans Ostwürttemberg</p> <p>Lage im Landschaftsschutzgebiet</p> <p>Die westlich gelegenen Waldflächen sind nach der Waldfunktionenkartierung gemäß LWaldG vollständig als Erholungswald der Stufe 1b ausgewiesen.</p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen, Geplante Maßnahmen dienen der Verbesserung der Naherholungsfunktion</p>	gering-mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Wiese und Acker, Landschaftsschutzgebiet, Biotope, FFH-Gebiet, Liegewiese, Gewässerränder</p> <p>Schreiben vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. AK HDH und NABU Kreisverb. Heidenheim vom 28.06.2019:</p> <p><i>„Der Härtsfeldsee ist im Bereich der oberflächenarmen Region östlicher Lkr. HDH / Härtsfeld ein eminent wichtiger Trittstein für den Vogelzug! Langjährige Kartierungen und Beobachtungsreihen des NABU belegen beispielsweise teils große Winter- und Zugbestände des Gänsesägers. Ebenso sind regelmäßig Flussuferläufer während der Zugzeiten feststellbar. Der Haubentaucher ist im Lkr. HDH als Brutvogel mit einem Brutpaar derzeit nur am Härtsfeldsee vorhanden.</i></p> <p><i>Außerdem ist seit einigen Jahren ein dauerhaft besetztes Biberrevier am See und an der angrenzenden Egau vorhanden.</i></p> <p><i>Des Weiteren sind die Oberfläche des Sees und die angrenzenden Hecken- und Waldstrukturen Lebensraum und Jagdrevier mehrerer Fledermausarten wie Zwerg-, Wasser-, Breitflügel- und Bartfledermaus sowie Großes Mausohr. Mit Sicherheit sind weitere Fledermausarten auf dem Durchzug</i></p>	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> wertgebende Strukturen können erhalten werden, dennoch Verstärkung der Störungen weitere Erschließung des Südufers für Naherholung und Tourismus.</p>	mäßig-hoch

<p>nachweisbar.</p> <p>Problematisch ist schon heute, dass der Uferbereich des Sees rundum voll zugänglich ist. Der Erholungs- und Besucherdruck vor allem in den Sommermonaten setzt die ansässigen Tierarten einem erhöhten Stresspotenzial aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten aus.</p> <p>Schreiben vom Landratsamt Heidenheim, FB Wald und Naturschutz vom 18.02.2020 zur Intensivierung des Tourismus:</p> <p>„Dies ist insofern problematisch, als dass sich hier geschützte Bereiche (geschützte Biotop, FFH-Gebiet, Landschaftsschutzgebiet) befinden, die bei der Planung von Vorhaben berücksichtigt werden müssen. Im Rahmen der Bauverfahren können bestimmte Auflagen von der unteren Naturschutzbehörde erlassen werden, die beispielsweise eine Erweiterung von Parkplätzen lediglich außerhalb des FFH-Gebiets ermöglichen. Des Weiteren muss die Funktion des Sees als bedeutendes Brut- und Rasthabitat für zahlreiche Wasservögel besondere Beachtung finden.“</p>			
---	--	--	--

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen geringe Emissionen durch den Besucherverkehr aus.	mittel-hoch	<p>Baubedingt: Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung.</p> <p>Anlagebedingt: Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Verstärkung des Verkehrs</p>	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	<u>Baubedingt:</u> <u>Anlagebedingt:</u> Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (3,33)	gering-mäßig (1,88)

Vorgeschlagene Maßnahmen:

(aus dem Schreiben vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. AK HDH und NABU Kreisverb. Heidenheim vom 28.06.2019)

- Weitere Entwicklung und Ausdehnung von Schilfbeständen (Rückzugsmöglichkeiten)
- Pflanzung weiterer Büsche und Gehölze als zusätzliche Sichtbarrieren
- Abteilung eines größeren Teils des östlichen Seebereichs (Baumstämme im Wasser als Abgrenzung, keine Frequentierung durch Schimmer/Badende oder Bootsfahrer); Östlicher Bereich sollte so dem Naturschutz, der westliche Bereich der Freizeitnutzung vorbehalten werden

5.3.13 GB Dorfgemeinschaftshaus, Eglingen

Grundlage der Bewertung ist die Umwidmung eines bestehenden Sportplatzes zur Gemeinbedarfsfläche

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Bodenfunktionen werden wegen bestehender Bebauung nur zum Teil erfüllt</p> <p>Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Vorrangflur II, keine landw. Nutzung</p> <p>Westteil Wertstufe 2, Ostteil abgewertet wegen Lage im gestörten Bereich des Siedlungsrandes</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verdichtung des Oberbodens durch schwere Geräte, Umlagerung der Bodenschichten, Entnahme von Boden und Verfüllungen.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Versiegelungen durch Bebauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, hoher Versiegelungsgrad</p>	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer</p> <p>Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG</p>	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten werden grundwasserschützende Deckschichten zeitweise beseitigt, was zu einer Verringerung der Filterfunktion und des Retentionsvermögens führt.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Hemmung der Grundwasserneubildung, des Wasserretentionsvermögens und Vergrößerung des Abflusses durch Flächenversiegelung. Auf nicht-versiegelten Flächen sind die Funktionen weiterhin erfüllt. Vermehrte Versickerung von Dachniederschlagswasser und Erhöhung der Abwassermenge.</p>	mittel

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
<p>Kaltluftentstehungsgebiet, klimaausgleichende Strukturen (Gehölze)</p>	gering-mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Geringe Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung, Verstärkung der Emissionen durch Heizungen</p>	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bestehendes Gebäude von Bäumen umgeben, Prägung durch angrenzenden Sportplatz	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes. <u>Anlagebedingt:</u> Gefahr der Verstärkung der Vorbelastungen	gering-mäßig

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Wiese, Gebäude, Gehölze, Außenanlagen, Parkplatz, keine Schutzgebiete, keine Biotope. Naturdenkmal im unmittelbaren östlichen Umfeld	mittel	<u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum für wenige Pflanzen und Tiere <u>Anlagebedingt:</u> Inanspruchnahme von Wiesenflächen	Gering-mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen geringe Emissionen aus, die Schadstoffbelastung ist durch den Parkverkehr und das bestehende Gebäude geprägt.	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> Emission von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, mäßige Lärmbelastung, Erschütterungen bei notwendigen Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung. <u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Emissionen (Abgase, Schall) durch Heizung und Erschließungsverkehr	gering-mäßig

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen. Abfälle aus dem bestehenden Gebäude	mittel	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> herkömmliche Art und Menge sowie Beseitigung und Verwertung der Abfälle (Landkreis).	Gering - mäßig

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
gering-mittel (2,11)	gering-mäßig (1,77)

5.3.14 GB Friedwald

Grundlage der Bewertung ist die Nutzung einer bestehenden Waldfläche als zukünftiger Friedwald. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Wald als solches erhalten bleibt.

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bodenfunktionen werden erfüllt Randbereiche: Grenzflur Regionalplan 2010: Schutzbedürftiger Bereich für die Forstwirtschaft Wertstufe 1,5 bis 2,5 n. LGRB	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> nur geringe Baumaßnahmen erforderlich <u>Anlagebedingt:</u> kaum Beeinträchtigung der Bodenfunktionen, sehr geringer Versiegelungsgrad	gering

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer Lage im fachtechnisch abgegrenzten WSG Die Waldflächen sind nach der Waldfunktionenkartierung gemäß LWaldG als Wasserschutzwald ausgewiesen.	mittel	<u>Baubedingt:</u> nur geringe Baumaßnahmen erforderlich <u>Anlagebedingt:</u> kaum Beeinträchtigung, sehr geringer Versiegelungsgrad	gering

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
klimaausgleichende Struktur (Wald)	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> nur geringe Baumaßnahmen erforderlich <u>Anlagebedingt:</u> ähnlich wie bei konventioneller Waldbewirtschaftung	gering

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Waldfläche erfüllt Erholungsfunktion und trägt zur Bereicherung des Landschaftsbilds bei. Landschaftsschutzgebiet angrenzend	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> nur geringe Baumaßnahmen erforderlich <u>Anlagebedingt:</u> Keine Änderung der Wirkung auf das Landschaftsbild, Erholungsfunktion bleibt bestehen	gering

Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Wald, zum kleinen Teil Wiese, keine Schutzgebiete, keine Biotope. Innerhalb der Fläche befinden sich	mittel	<u>Baubedingt:</u> Sehr geringe Störung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere. Im Bereich der Flächen des Artenschutzprogramms für das	gering

Flächen des Artenschutzprogramms für das national streng geschützte Waldwiesenvögelchen.		Waldwiesenvögelchen sind ggf. naturschutzrechtliche Auflagen zu berücksichtigen. <u>Anlagebedingt:</u> Beeinträchtigung voraussichtlich unerheblich	
--	--	--	--

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Sehr geringe Erhöhung der Belastung <u>Anlagebedingt:</u> Beeinträchtigung voraussichtlich unerheblich	gering

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub in geringem Umfang, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Beeinträchtigung voraussichtlich unerheblich	gering

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	<u>Baubedingt:</u> <u>Anlagebedingt:</u> Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse d. Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
mittel (3,11)	Gering (1,0)

5.3.15 Konzentrationszone Windenergie

Die Bewertung der geplanten Konzentrationszonen für die Nutzung der Windenergie stützt sich im Wesentlichen auf die Erkenntnisse, die für das Immissionsschutztechnische Genehmigungsverfahren gewonnen wurden. Diese sind zwar auf die konkret geplanten Anlagen ausgerichtet, können aber die Frage klären, ob eine Nutzung der Windenergie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit im Gebiet möglich sein wird. Alle beantragten und mittlerweile genehmigten Anlagen befinden sich innerhalb der Konzentrationszone. Sie stellen eine optimale Ausnutzung des Gebiets dar und lassen keine wesentlichen Teile ungenutzt.

Schutzgut Bevölkerung und Gesundheit des Menschen

Die Frage, wie weit eine Beeinträchtigung der Bevölkerung der Umgebung befürchtet werden kann, kann im Wesentlichen aus der Analyse der entsprechenden Gutachten beantwortet werden.

Schallbelastung: Von der Cube Engineering GmbH liegt ein Schallgutachten²³ vor. In der Zusammenfassung heißt es hier:

„Für den Standort Dischingen wurde eine Immissionsprognose entsprechend der TA-Lärm nach der Berechnungsvorschrift DIN ISO 9613-2 für die zu berücksichtigende Vor-, Zusatz- und Gesamtbelastung durch fünf Windenergieanlagen des Typs Nordex N117 an den am Projekt benachbarten Immissionsorten durchgeführt. [...] Die zulässigen Nacht-Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten eingehalten.“

Schatten: Die Schattenwurfprognose²⁴ wurde ebenfalls von der Cube Engineering GmbH durchgeführt. Die Zusammenfassung lautet folgendermaßen:

„Am Windparkstandort wurden für vier Immissionsorte die Beschattungsdauern durch fünf neu geplante WEA entsprechend den WEA-Schattenwurf-Hinweisen berechnet. Die Immissionsrichtwerte [...] sind: maximal 30 Stunden im Jahr und maximal 30 Minuten am Tag.

Diese Werte werden an den Immissionsorten deutlich unterschritten. In Bezug auf die Immissionen durch periodischen Schattenwurf der WEA ist das Vorhaben somit als unkritisch zu bewerten.“

Weitere mögliche Negativeinflüsse auf den Menschen können der Disco-Effekt und Eisfall sein. Ersterer kann durch den Einsatz nicht reflektierender Farben leicht vermieden werden. Die Gefahr des Eisfalls wird durch technische Lösungen sehr weitgehend minimiert.

Insgesamt ist damit belegt, dass die Darstellung der Konzentrationszone nicht zu erheblichen negativen Auswirkungen auf den Menschen führen wird.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter

In der Umgebung sind als archäologische Kulturdenkmale mehrere vorgeschichtliche Grabhügel bekannt. Der Schutzbereich für diese Strukturen ragt in die Konzentrationszone hinein. Hierauf kann im Rahmen der kleinräumigen Planung jedoch Rücksicht genommen werden.

²³ Schallgutachten für fünf Windenergieanlagen am Standort Dischingen, Cube Engineering GmbH, Kassel 2014

²⁴ Schattenwurfprognose für fünf Windenergieanlagen am Standort Dischingen, Cube Engineering GmbH, Kassel 2014

Weiterhin ist im Bereich des Waldes „Ohrberg“ historischer Bergbau nachgewiesen, der in seiner räumlichen Ausdehnung gegenwärtig nicht genauer festzulegen ist. Bei Bodeneingriffen innerhalb des bezeichneten Waldbereichs ist mit archäologischen Funden und Befunden, Kulturdenkmalen gem. § 2 DSchG, zu rechnen.

Bei weiteren Planungen innerhalb der ausgewiesenen Fläche ist eine erneute Beteiligung der archäologischen Denkmalpflege erforderlich. Sofern eine Umplanung nicht möglich ist, können archäologische Voruntersuchungen und ggf. Ausgrabungen erforderlich werden, die vom Vorhabenträger zu finanzieren sind.

Nördlich und außerhalb liegt eine Hofwüstung. Auch dieses Gebiet ist nicht unmittelbar betroffen.

Eine Betroffenheit landschaftsprägender Kulturdenkmale ist durch die Darstellung der Konzentrationszone nicht gegeben. Zwar ist eine Sichtbarkeit im Zusammenhang mit dem Kloster Neresheim von den Höhenzügen bei Dorf- und Weilermerkingen aus möglich. Jedoch ist hier, auch aufgrund der großen Entfernungen keine signifikante Störung von landschaftsbestimmenden Blickachsen zu befürchten.

Schutzgut Fläche Boden

Die Bewertung der Bodenverhältnisse durch die landschaftspflegerische Begleitplanung²⁵ zum BImSchG-Verfahren hat eine mittlere Wertigkeit ergeben. Es ist auch wegen der weitgehend ungestörten Verhältnisse im Wald davon auszugehen, dass die Funktionen des Bodens (natürliche Bodenfruchtbarkeit, Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, Filter und Puffer für Schadstoffe, Sonderstandort für natürliche Vegetation) im Rahmen der natürlichen Verhältnisse erfüllt werden.

Wegen der verhältnismäßig geringen Flächeninanspruchnahme ist nicht mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Bodenverhältnisse auszugehen. Die Begleitplanung gibt folgende Flächenwerte an:

5 Fundamente	ca. 1.815 m ²
Kranstellflächen	7.000 m ²
Erschließung	7.235 m ²

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Das Gebiet liegt innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebiets „Wasserfassungen im Egautal, Dischingen (Nr. 135002). Hier ist zunächst zu prüfen, inwieweit die Vorgaben der Rechtsverordnung für das Wasserschutzgebiet erfüllt werden können, um Beeinträchtigungen für die Trinkwasserschutzgebiete zu vermeiden.

Relevant ist hier auch die VAWS²⁶; hiernach ist die überirdische Lagerung von max. 10 m³ der höchsten Gefährdungsklasse 3 zulässig.

Dieser Höchstwert wird jedoch im Allgemeinen von allen derzeit gängigen Anlagentypen deutlich unterschritten, so dass bei Einhaltung der Sicherheitsvorschriften eine erhebliche Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu befürchten ist.

²⁵ Windpark am Ohrberg, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Planung Landschaft Ökologie Gewässer (PLÖG) 2014

²⁶ Verordnung des Umweltministeriums über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe - VAWS)* vom 11. Februar 1994 (GBl. S. 182) zuletzt geändert durch Artikel 141 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. Nr. 3, S. 65)

Größere Oberflächengewässer liegen nicht im Bereich der Konzentrationszone. Jedoch befindet sich das Waldbiotop Nr. 7227-135-2169 nördlich der Fläche. Hier handelt es sich um zwei Quellen. Die kleinräumige Aussparung ist möglich.

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Die großflächigen Wälder erfüllen eine wichtige Funktion für den klimatologischen Ausgleich durch die Dämpfung der Tagesgänge von Temperatur und Luftfeuchte. Die kleinflächige Rodung wird zu einer kleinklimatischen und örtlich sehr begrenzten Änderung führen, jedoch werden großräumig keine Auswirkungen feststellbar sein.

Der Bau der Anlagen leistet einen erheblichen Beitrag zur Einsparung an Treibhausgasen (CO₂), der voraussichtlich die mögliche CO₂-Bindung durch den Holzzuwachs im verdrängten Wald übersteigt.

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Der Wert des Landschaftsbilds wird nach dem Landschaftspflegerischen Begleitplan zum BImSchG-Verfahren als hoch eingestuft.

Windkraftanlagen haben aufgrund ihrer Größe und der Erfordernis hochgelegene und damit auch meist landschaftlich exponierte Lagen zu besetzen, eine besondere Stellung in der Landschaft.

Die Anlagen werden zwar nicht von überall her einzusehen sein, jedoch ist von einer Beeinträchtigung des Landschaftserlebens in der Umgebung auszugehen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch die Beeinträchtigung des Ausblicks von Schloss Taxis.

Schutzgut Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Das Gebiet befindet sich vollständig innerhalb eines größeren Waldgebiets. Die potenziell natürlichen Waldmeister-, bzw. Hainsimsen-Buchenwälder wurden vielerorts forstwirtschaftlich überprägt. Zum Teil sind Fichtenreinbestände anzutreffen.

Innerhalb der Konzentrationszone befinden sich keine Biotope. Jedoch liegt unmittelbar an der nördlichen Grenze das Waldbiotop 7227-135-2169 „Quelle am Ohrberg“. Südlich des Gebiets befindet sich das Waldbiotop mit der Nummer 72271352170 „Ehem. Tümpel auf dem Ohrberg“. Weitere Biotope befinden sich in der unmittelbaren Umgebung.

Für die Frage der Betroffenheit von Einzelarten wurde eine artenschutzrechtliche Untersuchung²⁷ durchgeführt. Die Zusammenfassung lautet wie folgt:

„Unter Berücksichtigung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen (V) und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF) werden die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG i. Verb. m. Abs. 5 nicht erfüllt. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen und sicherstellen zu können, ist in den ersten 2 – 3 Jahren ein Greifvogelmonitoring festzusetzen, dass die Wirksamkeit der Maßnahmen für den Rotmilan und den Wespenbussard überprüft und Fachbeitrag Artenschutz und Unterlagen zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung ggfs. weitere Maßnahmen vorschlägt. Weiterhin ist für die schlaggefährdeten Fledermausarten ein Gondelmonitoring festzusetzen, das prognostizierte Abschaltzeiten überprüft und konkretisiert.“

Da die neuen Windkraftanlagen in einem Waldgebiet errichtet werden, ist eine ökologische Baubegleitung notwendig, da die fachgerechte Umsetzung der artenschutzrechtlichen und naturschutzfachlichen Maßnahmen ohne diese nicht gewährleistet ist.“

²⁷ Windpark Ohrberg bei Dischingen, Fachbeitrag Artenschutz (Avifauna) incl. Unterlagen zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung, Planung Landschaft Ökologie Gewässer (PLÖG), 2014

Südlich an die Konzentrationszone grenzt das FFH-Gebiet Nr. 7327-341 „Härtsfeld“ an. Die FFH-Vorprüfung zum Genehmigungsantrag kommt zu dem Ergebnis, dass keine prioritären Lebensräume bzw. Arten innerhalb und außerhalb des FFH-Gebietes von der Errichtung der Windkraftanlagen betroffen sind.

Weitere Schutzgebiete nach Naturschutzrecht sind nicht betroffen.

Bewertung Konzentrationszone Windenergie

Schutzgut Fläche und Boden

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Bodenfunktionen werden erfüllt Wertstufe n. LGRB 2-3	gering-mittel	<u>Baubedingt:</u> temporäres Entfernen der Oberbodenschichten, Belastungen des Bodens durch Befahren und durch Lagerung <u>Anlagebedingt:</u> punktuelle Versiegelungen durch Überbauung, Beeinträchtigung aller Bodenfunktionen, bezogen auf die Fläche geringer Versiegelungsgrad	gering-mäßig

Schutzgut Wasser und Grundwasser

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Infiltrationsfunktion wird erfüllt. Keine Oberflächengewässer betroffen. Starke Durchlässigkeit durch klüftige Gesteinsformationen im Untergrund, wirkungsvolle, schützende obere Deckschichten und daher Empfindlichkeit gegen Abgrabungen gegeben. Lage im Wasserschutzgebiet, Schutzzone III	hoch	<u>Baubedingt:</u> temporäre Beseitigung von Deckschichten beim Bau der Anlagen und Zuwegungen <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Flächeninanspruchnahme bei grundsätzlichem Erhalt der Grundwasserverhältnisse, Gefahr der Grundwasserbeeinträchtigung durch Schmierstoffe	mäßig

Schutzgut Klima und Luft (auch im Hinblick auf Klimawandel und Anpassung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Ausgedehnte Waldflächen mit Funktion des Ausgleichs der Tagesgänge von Temperatur und Feuchte, keine siedlungsrelevanten Kaltluftbahnen	mittel-hoch	<u>Baubedingt:</u> Emissionen durch Baumaschinen <u>Anlagebedingt:</u> Geringe Flächeninanspruchnahme bei nahezu vollständigem Erhalt der klimatischen Funktionen. Außerhalb des Gebiets keine Änderungen zu erwarten.	gering-mäßig

Schutzgut Landschaft, Landschaftsbild und Erholung

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
ausgeprägte landschaftliche Eigenart des Härtsfelds	mittel-hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Während der Bauarbeiten sind schwere und hohe Geräte (LKW, Kran,...) Teil des Landschaftsbildes.</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Erhebliche Beeinträchtigung der Landschaft, aber deutliche Begrenzung der Auswirkungen durch Konzentrationswirkung</p>	mittel-hoch

Schutzgut Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Hauptnutzung Wald, Schutzgebiete/Biotope nicht unmittelbar betroffen, Kleinstrukturen im Wald.	mittel	<p><u>Baubedingt:</u> Verlust von Lebensraum (Waldflächen) für Pflanzen und Tiere, Störung der Lebensräume durch die vermehrte Anwesenheit von Menschen</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> mittlere Inanspruchnahme, Herstellung von Kleinstrukturen im Baugebiet möglich, mäßiger Eingriff bei Schonung der steilsten Bereiche</p> <p>Keine Auslösung von Verbotstatbeständen n. § 44 BNatSchG</p>	mäßig

Kultur und Sachgüter

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Objekte betroffen	gering	keine nachteiligen Auswirkungen auf Kulturdenkmäler.	gering

Bevölkerung und Gesundheit des Menschen, Art und Menge an Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung, Verursachung von Belästigungen)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Vom Gebiet gehen keine Emissionen aus.	hoch	<p><u>Baubedingt:</u> Emissionen von Luftschadstoffen durch Baumaschinen, örtliche Lärmbelastung, Erschütterungen bei Verdichtungsarbeiten, Staub- und Geruchsbelästigung, keine Erhöhung von Licht, Wärme und Strahlung</p> <p><u>Anlagebedingt:</u> Erhöhung der Schallemissionen</p>	mittel

Art und Menge der erzeugten Abfälle (Beseitigung, Verwertung)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Derzeit befinden sich keine Abfälle oder Ablagerungen auf dem Gebiet. Keine Altlasten oder altlastverdächtige Flächen.	hoch	<u>Baubedingt:</u> Allgemeine Bauabfälle und Erdaushub in geringem Umfang, die je nach Möglichkeit entsorgt oder recycelt werden. <u>Anlagebedingt:</u> Betriebsstoffe müssen regelmäßig gewechselt werden.	gering

Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen (Störfallbetriebe)

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Störfallbetriebe im Umkreis des Gebiets vorhanden.		Keine Ansiedlung von Störfallbetrieb in geplantem Gebiet zu befürchten	

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bestand/Empfindlichkeit	Bewertung	Nachteilige Umweltauswirkungen	Eingriff
Keine Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering	Keine Änderung der prognostizierten Verhältnisse durch Wechselwirkungen	gering

Gesamtbewertung

Bestand/Empfindlichkeit	Nachteilige Umweltauswirkungen
gering-mittel (2,55)	gering-mäßig (2,22)

5.4 eingesetzte Techniken und Stoffe

Beim Bau der Anlagen und der Erschließungssysteme finden herkömmliche Baumaterialien (Erdmaterialien, mineralische Tragschichten, Beton, Kunststoffe) Verwendung.

Umwelt- bzw. im Allgemeinen wassergefährdende Stoffe werden in den geplanten Wohngebieten nicht eingesetzt.

5.5 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen

Diesbezügliche Auswirkungen wurden durch das Verfahren zur Flächenfindung ausgeschlossen. Eine Kumulierung mit den Auswirkungen der umliegenden Windparks kann wegen der ausreichenden Entfernung ausgeschlossen werden.

Für die Ausweisung von den Siedlungsgebieten, dass die Auswirkungen zwar durch die fortschreitende Bebauung zwar verstärkt werden, für keines der Schutzgüter aber die Erheblichkeitsschwelle überschritten wurde.

5.6 Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

Mögliche Wechselwirkungen der Schutzgüter sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Schutzgüter (senkrecht wirkt auf waagrecht)	Mensch/ Bevölkerung, Gesundheit	Tiere/Pflanzen	Wasser	Boden/Fläche	Klima/Luft	Landschaft	Kultur- und Sachgüter	biologische Vielfalt	Natura 2000
Mensch/ Bevölkerung Gesundheit		Verdrängung durch Inanspruchnahme des Lebensraumes, Trittbelastung, Eutrophierung, Arten- verschiebung	Stoffeinträge, Schadstoffe, Eutrophierung, Morphologische Veränderung Grundwasser- absenkung, verringerte Grundwasser- neubildung	Tritt, Fahrspuren bei Erholungsnutzung, Rodung-> Erosion und Verdichtung, Schadstoffe	Luftverschmutz- ung, Beitrag zur Klimaerwärmung Treibhausgas- emissionen	Umgestalt- ung der Landschaft, N utzungs- änderung	Erhaltung bzw. Entfernung/ Zerstörung	Lebensraum- konkurrenz, Veränderung der Artenzusamme- nsetzung, Bemühungen um Erhalt	Beitrag zur Arterhaltung
Tiere/Pflanzen	Struktur der Landschaft, Erholungs- funktion, Nahrung		Vegetation als Wasserspeicher , Produktion von Sauerstoff und Verarbeitung der Nährstoffe in Gewässern, Selbstreinigung von Gewässern durch Kleinstlebewese- n	Erosionsschutz durch Vegetation Bodenbildung durch abgestorbenes Material, dadurch: Vegetation beeinflusst Entstehung und Bodenzusammen- setzung (Streu, Nährstoffentzug)	Bindung von Kohlendioxid und Bildung von Sauerstoff, Wasserrückhalt auf Blattflächen	Beitrag zum Land- schafts-bild	keine erheb- lichen Wechsel- wirkungen erkennbar	Erhöhung der biologischen Vielfalt	Besondere Tieren und Pflanzen als Grund für die Ausweisung zum Schutz- gebiet
Wasser	Grundwasser- neubildung für Trinkwasser- versorgung, Rückhaltung von Hochwasser, Grundlage für Wachstum von Pflanzen und daher Lebens- grundlage	Lebensgrundlage, Lebensraum		Einflussfaktor für Bodengenese, Erosion durch Oberflächenabfluss . Einfluss auf Entstehung, Zusammensetzung und Eigenschaften, Eintrag von Schadstoffen, Auswaschung von Nährstoffen	Grundlage für die Verdunstung und daher für Luftfeuchtigkeit, Niederschläge und das Wetter- geschehen, Reinigung der Luft	Gewässer als Landschafts- element	Erosion	Lebensraum (Graben)	im Gebiet keine erheblichen Wechsel- wirkungen erkennbar
Boden/Fläche	Fläche für Anbau von Nahrungs- mitteln, Wohnen und Bewegen. Kultur- und Geschichts- archiv	Standort, Standortfaktor für Pflanzen, wichtig für Nahrungsgrundlag- e, Lebensraum auf der Fläche und in dem Boden	Wasserfilter, Wasserspeicher , Grundwasser- neubildung		Verdunstung, Einfluss auf Mikroklima, Neigung/ Morphologie steuert Luftmassen	Bodenrelief als Grundl- age für unter- schiedliche Land-schafts- formen	Erhaltung durch Über- deckung, Konser- vierung, Standort	Bodenarten als Einflussfaktor für versch. Lebensr- äume und Besiedlung untersch. Pflanzen und Tiere	Fläche , Standort für schützens- werte Lebensraum- typen
Klima/Luft	Frischlufzufuhr (Luftqualität), Niederschläge (landwirt- schaftl. Ertrag, Katastrophen, Überschwemm- ungen) Steuerung der Luftqualität	Standortfaktor, Luftqualität	Steuerung des Wasserangebot- s und daher der Grundwasser- neubildung	Klima bzw. Klimaveränderunge- n beeinflussen die Entstehung und damit die Zusammensetzung des Bodens, Eintrag von Schadstoffen, Nährstoffen, Säuren		Einflussfaktor für Landschafts- bildung	Erosion	Standortfaktor	im Gebiet keine erheblichen Wechsel- wirkungen erkennbar
Landschaft	Erholungsraum	Verschiedene Lebensräume durch unterschiedliche Strukturen (Artenspektrum)	Einflussfaktor auf Mikroklima und lokale Verdunstung /Niederschläge und Wasser- ansammlungen	Faktoren wie Geländeneigung bestimmen die Erosions- gefährdung	Einflussfaktor auf Mikroklima		keine erheb- lichen Wechsel- wirkungen erkennbar	Versch. Lebensräume durch untersch. Strukturen (Artenspektrum)	Struktur/ Charakter eines Schutz- gebiets und Artenzusam- mensetzung
Kultur- und Sachgüter	Aufklärung über Geschichte, Archiv	Lebensraum	keine erheblichen Wechselwirk- ungen erkennbar	Abbau/ Ver- änderung des Bodens durch Erstellung bzw. Nutzung von Sachgütern (z.B. Gebäude/Boden- schätze)	keine besonderen Wechselwirkun- gen erkennbar	Landschafts- element		Lebensraum	keine erheblichen Wechsel- wirkungen erkennbar
biologische Vielfalt	Struktur der Landschaft	Konkurrenzdruck	Konkurrenz, Selbstreinigung von Gewässern	Vielfältige Struktur der Fläche durch unterschiedliche Lebensgemeinschaft- en, Vielfältige Bodenlebewesen sorgen für vielfältige Böden	keine besonderen Wechselwirkun- gen erkennbar	Landschafts- element	keine erheb- lichen Wechsel- wirkungen erkennbar		Besondere Tieren und Pflanzen als Grund für die Ausweisung zum Schutz- gebiet
Natura 2000	Erhalt der biologischen Vielfalt, Erholungs- raum, Lernort	geschützt/er/ sicherer Lebensraum, Artenschutz	keine erheblichen Wechselwirk- ungen erkennbar	keine besonderen Wechselwirkungen erkennbar	keine besonderen Wechselwirkun- gen erkennbar	Schutz vor Umnutzung und Zerstörung	keine erheb- lichen Wechsel- wirkungen erkennbar	Lebensraum- und Artenschutz	

5.7 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Maßnahmen.

Bei Nichtdurchführung der Planung bleibt der beschriebene Zustand des Gebiets in seiner jetzigen Qualität zunächst unverändert erhalten.

Für die Windenergie muss besonders berücksichtigt werden, dass ein Verzicht auf die Ausweisung von Konzentrationszonen Windenergie dazu führt, dass die Steuerungsmöglichkeit der Bauleitplanung entfällt. Dies hätte aber zur Folge, dass grundsätzlich neben den hier untersuchten Standorten auch an anderer Stelle des Gebiets gestellte Anträge auf Errichtung von Windenergieanlagen punktuell Aussichten auf eine Genehmigung haben. Da bei der Auswahl der Konzentrationsfläche bereits die Umweltbelange maßgeblich und großräumig mit berücksichtigt wurden, kann der Verzicht auf die Planung nur zu einer Verschlechterung des Umweltzustands führen.

Insbesondere wird befürchtet, dass ohne die Steuerung durch den vorliegenden Flächennutzungsplan auch keine Konzentration der Anlagen stattfinden und dadurch das hochwertige Bild der Kulturlandschaft und deren Sichtbeziehungen zu den landschaftsprägenden Kulturdenkmalen empfindlich gestört werden wird.

Darüber hinaus wird eine gestreute Verteilung der Anlagen auch erhebliche Auswirkungen auf die windkraftempfindlichen Tierarten insgesamt mit sich bringen, weil so ein deutlich kleinerer Ausweichraum ganz ohne Windenergieanlagen übrig bleiben wird.

Zudem besteht auch bei Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen die Gefahr, dass die Bevölkerung der Ortschaften und Gehöfte durch die über das Gebiet verteilten Anlagen in der Summe weitaus stärker belastet werden, als durch die in den ausgewiesenen Arealen konzentriert stehenden Windräder.

Auch in Bezug auf die Auswirkungen auf das Bodenpotenzial werden verteilte Anlagen durch die geringeren Bündelungsmöglichkeiten umfangreichere Erschließungsmaßnahmen für die Zuwegungen und die Anbindung an das Stromnetz nach sich ziehen, was den durchschnittlichen Verbrauch an Grund und Boden erhöht.

6 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Die nachfolgenden Maßnahmen werden in Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung dargestellt. Weitere standortspezifische Maßnahmen sind möglicherweise bei der konkreten Planung der Bebauungspläne bzw. der Immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zusätzlich zu erarbeiten bzw. schon erarbeitet worden.

6.1 Schutzgut Fläche und Boden

Beachtung des Schutzguts Boden während des Baubetriebs

Einschränkung des Baufeldes auf die überbauten Bereiche; die Lagerflächen werden vor Ort ausgesteckt.

Auf eine schichtgerechte Lagerung und Wiedereinbau von Bodenmaterial (Unterboden getrennt von Oberboden) ist zu achten.

Die Bodenmieten werden zum Schutz vor Ausschwemmungen mit einer Zwischeneinsaat aus Gründüngungspflanzen versehen. Zur Anwendung kommen heimische oder eingebürgerte Arten (z.B. Ackersenf).

Nicht mehr benötigte Arbeitsräume und Lagerflächen werden unverzüglich begrünt, bzw. der in den Antragsunterlagen festgelegten Folgenutzung zugeführt.

Für die Anbindung der Anlagen an das öffentliche Stromnetz sollen nach Möglichkeit Wegeflächen in Anspruch genommen werden. Die Festlegung der Trasse soll Bestandteil der Genehmigungsplanung werden.

Rückbau von Baustraßen, kurze Wege

Baustraßen werden nach Fertigstellung der Baumaßnahme wieder bis auf das notwendige Maß zurückgebaut. Dabei werden die Flächen grundsätzlich ihrer bisherigen Nutzung als landwirtschaftliche Fläche oder Wald zugeführt, bzw. als Ausgleichsfläche genutzt.

Auf eine Erschließung mit möglichst kurzen Wegen ist zu achten.

6.2 Schutzgut Wasser und Grundwasser

Schutzmaßnahmen für das Grundwasser

Während der Bauarbeiten ist unter Beachtung der Lage im Wasserschutzgebiet (Zone III) darauf zu achten, dass beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Treibstoffe, Schmierstoffe, Öle etc.) der Boden, oberirdische Gewässer und das Grundwasser nicht verunreinigt werden. Eine Lagerung wassergefährdender Stoffe muss unterbleiben. Während der Bauphase darf nur mit technisch einwandfreien Maschinen gearbeitet werden (keine Öl- und Schmierstoffverluste o.ä.). Wartungs- und Betankungsarbeiten sind außerhalb von Gewässerbereichen vorzunehmen. Verschmutztes Grund- und Bauwasser darf ohne vorherige ausreichende Reinigung nicht in oberirdische Gewässer oder das Grundwasser eingeleitet werden.

Die Kranstellflächen sollen nicht dauerhaft versiegelt, sondern mit einer Schotterdecke ausgeführt werden.

Nicht mehr benötigte Wegeflächen und sonstige bauliche Anlagen sollen zurückgebaut werden.

6.3 Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Arten, Biotope, Schutzgebiete (inkl. Natura 2000+besondere Arten)

Temporäre Abschaltung von Windenergieanlagen

Es ist damit zu rechnen, dass die Windenergieanlagen zum Schutz der durch das entsprechende Gutachten nachgewiesenen Fledermaus- oder Vogelarten zeitweise abgeschaltet werden müssen, um sicherzustellen, dass der Betrieb des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko darstellt.

Schonung von Quartierbäumen, Aufhängen von Nistkästen für Fledermäuse

Im Umfeld der Windenergieanlagen und der Bauflächen sind die potenziellen Quartierbäume für Fledermäuse zu schonen.

Gegebenenfalls sollten für nachgewiesene Fledermausarten Nistkästen aufgehängt werden, und zwar vor Durchführung der Fällarbeiten zu Beginn der Vegetationsperiode. Dies geschieht weit außerhalb der Konzentrationszonen, damit die Beeinträchtigung der Arten sicher ausgeschlossen ist.

Die Pflege und Unterhaltung der Nistkästen sind durch Beauftragung qualifizierter Betreuer sicherzustellen.

Ansonsten sind die Festlegungen des Artenschutzgutachtens zu beachten.

Zeitpunkt für Schnitt- und Rodungsmaßnahmen

Nicht vermeidbare Eingriffe in Wälder und andere Gehölzlebensräume sollen im Winter durchgeführt werden. Sämtliche Fäll- und Schnitarbeiten sind nach dem 1. November zu beginnen und bis zum 1. März eines Jahres abzuschließen. Damit kann vermieden werden, dass Quartierbäume von Fledermäusen bzw. Nestbäume von Vögeln zu besiedelten Zeiten entfernt werden.

Bauzeiten

Es ist ein Bauzeitenplan aufzustellen, der die Maßgaben des Artenschutzes berücksichtigt.

Gestaltung des Umfeldes

Die Bodenoberfläche des Bauumfeldes wird nach Abschluss der Baumaßnahme wieder rekultiviert. Ziel ist die Bildung einer möglichst großen Vielfalt von Standortgradienten. Wo eine forstwirtschaftliche Nutzung im Einzelfall nicht wieder angestrebt wird, können die Spuren des Baubetriebes durchaus vorteilhaft genutzt werden: Abgrabungen, Bodenverdichtungen müssen nicht zu 100 % entfernt werden, sondern können auch der Lebensraum-Differenzierung dienen. Zur Gestaltung der Oberfläche wird nur autochthones Bodenmaterial verwendet. Beim Baubetrieb eingebrachte Fremdmaterialien sind dagegen vollständig zu entfernen.

Lagerflächen

Lagerflächen dürfen nicht in ökologisch hochwertigen Zonen eingerichtet werden. Die nutzbaren Lagerflächen und Baufelder im Bereich der Anlagen sollen zur Vermeidung der Inanspruchnahme von geschützten Biotopen und sonstigen Kleinlebensräumen (Hülben, Waldränder) vor Ort ausgesteckt werden.

Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten für Pflanzen und Tiere am Härtsfeldsee

(aus dem Schreiben vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. AK HDH und NABU Kreisverb. Heidenheim vom 28.06.2019)

- Weitere Entwicklung und Ausdehnung von Schilfbeständen (Rückzugsmöglichkeiten)
- Pflanzung weiterer Büsche und Gehölze als zusätzliche Sichtbarrieren
- Abteilung eines größeren Teils des östlichen Seebereichs (Baumstämme im Wasser als Abgrenzung, keine Frequentierung durch Schimmer/Badende oder Bootsfahrer); Östlicher Bereich sollte so dem Naturschutz, der westliche Bereich der Freizeitnutzung vorbehalten werden

6.4 Landschaft, Landschaftsbild und Erholungseignung

Maßnahmen zur Einbindung

Freileitungen als Anbindung an das öffentliche Stromnetz sind zu vermeiden.

Eine kleinräumig angepasste Standortwahl trägt zur Einbindung in die Landschaft bei.

Bei Ausweisung von Gebieten am Siedlungsrand ist auf eine ausreichende Eingrünung zu achten.

6.5 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Eventuell auftretende Bodenfunde von archäologischem Interesse sind unverzüglich der Unteren Denkmalbehörde zu melden.

6.6 Schutzgut Bevölkerung und Gesundheit des Menschen

Zur Minimierung der Auswirkungen auf den Menschen sollen die Windenergieanlagen so weit wie möglich von den Siedlungsgebieten entfernt aufgestellt werden. Dies senkt zum einen den Lärm an den Immissionsorten, zum anderen die Auswirkungen durch bewegten Schatten. Aus einem zu erstellenden Gutachten zum voraussichtlichen Schattenwurf der Anlagen sollte hervorgehen, dass die betreffende Anlage im Falle einer Beeinträchtigung für die Dauer der zu befürchtenden Beeinträchtigung abgeschaltet werden sollte.

Die Rotorblätter sind so zu beschichten, dass Reflexionen in möglichst geringem Maße auftreten (RAL 7035).

Zusätzlich sollen alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Belastungen für die Bevölkerung weiter zu senken. Gegebenenfalls müssen Antragsteller, v. a. im Hinblick auf Windenergieanlagen, die näher an die Wohnbebauung heranrücken, Schattenwurfschaltmodule installieren oder die Anlagen im Nachtzeitraum Leistungs- und damit schallreduziert betreiben, um die Betreiberpflichten nach § 5 Bundesimmissionsschutzgesetz zu erfüllen.

Zur Minimierung der Schaltzeiten der Nachtbefeuerung können Radarantennen an den Anlagentürmen am Rande des Windfeldes montiert werden. Erkennt eine der Antennen ein nahendes Flugobjekt, wird die Befeuerung des Windparks für einige Minuten eingeschaltet.

Zudem sollen Maßnahmen zur Vermeidung von Eisansatz bzw. Eisabwurf getroffen werden (z.B. Abschaltautomatik, beheizbare Rotorflügel).

6.7 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Nach § 1a Abs. 3 BauGB erfolgt der Ausgleich [...] durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. Soweit dies mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist, können die Darstellungen und Festsetzungen auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen.“

6.7.1 Maßnahmen für Inanspruchnahme von Bauflächen

Ausgleichsmaßnahmen für die Inanspruchnahme von Bauflächen werden bei der Aufstellung der Bebauungspläne festgelegt. Dabei sollen insbesondere wertvolle Ackerflächen nicht vorrangig für Eingriffs- Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden. Biotopneuentwicklungen sollen vorzugsweise auf Grenz-/ Untergrenzfluren in enger Abstimmung mit der Landwirtschaft angestrebt werden.

Hierbei wird auf das Alt- und Totholzkonzept der Gemeinde verwiesen.

6.7.2 Maßnahmen für Windenergieanlagen

Im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung wird eine abschließende Regelung zu Ausgleich/Ersatz nach § 1a Abs. 3 BauGB für die zu erwartenden Eingriffe noch nicht festgelegt. Der Grund hierfür ist, dass die exakten Standorte, die Größe und die Zahl der Windenergieanlagen noch nicht definiert werden können. Zudem hängt das Maß des erforderlichen Ausgleichs auch von der Ausgestaltung der notwendigen Zufahrten und dem Anschluss an das Leitungsnetz ab.

Auch hier kann jedoch den Antragsunterlagen zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ein Anhaltswert entnommen werden, die ein Ausgleichsdefizit von rund 200.000 Ökopunkten ermittelt haben.

Die verbleibenden Eingriffe, z.B. in das Landschaftsbild, sind als Geldleistung zu ersetzen.

Bei der Planung der Ausgleichs- und Ersatzflächen ist auch dem § 15 Abs. 3 BNatSchG Rechnung zu tragen. Hiernach ist bei den Ausgleichsmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen.

7 Anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bauleitplans

Alternativen für die Bauflächen sind grundsätzlich vorstellbar. Allerdings dienen insbesondere die Flächen in Dischingen einer Abrundung des Ortes und lassen eine Entwicklung nach innen, bzw. eine Auffüllung von größerräumigen Lücken erkennen. Die Fläche in Ballmertshofen bindet an die Ortschaft an.

Ausweisungen an anderer Stelle hätten Versiegelungen im gleichen Maße zur Folge. Damit wären Beeinträchtigungen für Boden, Wasser und Klima in ähnlichem Umfang zu erwarten. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch werden sich bei Beachtung der Zuordnung der Bauflächen untereinander ebenfalls in einem ähnlichen Umfang bewegen.

Die Auswirkungen für Biotop- bzw. Einzelarten dagegen können nur im konkreten Fall beurteilt werden, ohne konkrete Standortalternative ist dies nicht möglich.

Das Gebiet in Katzenstein dient vor allem der Erweiterung der Gastronomie und ist damit an den ausgewiesenen Standort gebunden.

Denkbare Standortalternativen für die Konzentrationszone Windenergie sind bereits im Zuge der Ermittlung der Tabuzonen in hinreichender Bearbeitungstiefe ermittelt worden. Diese Kriterien wurden im Sinne des gesamträumlichen Konzepts für das Gebiet der Gemeinde einheitlich angewendet.

8 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Technische Verfahren wurden bei der Umweltprüfung nicht angewendet. Die verwendeten Daten sind den vorliegenden Fachplanungen entnommen worden.

9 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt (Monitoring)

Um die Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen zu überwachen, ist zur Überwachung der Bauflächen eine Ortsbegehung 3 Jahre nach Abschluss der Erschließungsarbeiten durch die Verwaltung vorgesehen. Das Ergebnis ist zu protokollieren.

Folgende Überwachungsmaßnahmen kommen nach der Verwirklichung der

Konzentrationsflächen für die Windenergieanlagen in Betracht:

- Messung der Lärmimmissionen an den in den Genehmigungsunterlagen festgelegten Immissionsorten
- Durchführung von Bürgerbefragungen
- Anlagenmonitoring zur Kontrolle der Wirksamkeit der artenschutzfachlichen Maßnahmen
- Gemeinsame Begehungen mit Gemeinderat zuständigen Behörden, Anlagenbetreiber, Fachplaner

10 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Dischingen schreibt ihren Flächennutzungsplan fort. Mit dem vorliegenden Umweltbericht werden die umweltbezogenen Auswirkungen der neu ausgewiesenen geplanten Bauflächen ausgewiesen und der Konzentrationszonen Windenergie nach Maßgabe des Baugesetzbuches dargestellt.

Die Boden- und Wasserverhältnisse werden infolge der notwendigen Abgrabungen der schützenden Deckschichten für die Fundamente und die Nebenanlagen temporär stark gestört. Die Baugebiete verursachen eine Versiegelung des Bodens.

Bei der Errichtung der Windenergieanlagen ist nicht allein der Grad der Versiegelung zu beachten, es muss vielmehr darauf geachtet werden, dass beim Betrieb der Anlage keine unerwünschten Stoffe ins Grundwasser gelangen (WSG, Schutzzone III).

Die Auswirkungen der Windenergienutzung auf Klima und Luft sind voraussichtlich unerheblich, weil nicht grundsätzlich in das Kaltluftregime eingegriffen wird, keine großflächige Entfernung klimaausgleichender Strukturen vorgenommen wird und nur geringe Versiegelungen erfolgen. Auch die dargestellten neuen Bauflächen greifen nicht grundsätzlich in die klimatische Situation ein.

Nach Darstellung des artenschutzrechtlichen Gutachtens zum genehmigten Immissionsschutzrechtlichen Verfahren für die Windenergie kann nach dem derzeitigen Kenntnisstand voraussichtlich ausgeschlossen werden, dass ein Verbotstatbestand nach §44 ff BNatSchG erfüllt wird. Zudem kann aufgrund einer ausreichend großräumigen Ausweisung der Gebiete gewährleistet werden, dass kartierte Biotop- und Kleinlebensräume geschont werden.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanung wird für die Bauflächen kein Artenschutzgutachten erforderlich. Hinweise auf Verbotstatbestände liegen hier aber ebenfalls nicht vor.

Auf das Landschaftsbild hat die Errichtung der Anlagen einen erheblichen Einfluss. Dem steht aber eine weit gehende Konzentrationswirkung durch Anlehnung an ein großflächiges Gebiet entgegen. Dieses Vorgehen verstärkt zwar die landschaftlichen Auswirkungen punktuell, entlastet die Landschaft insgesamt aber deutlich. Boden- und Kulturdenkmale im Umfeld sind nicht betroffen.

Der landschaftliche Einfluss durch die neu ausgewiesenen Bauflächen hält sich insgesamt in Grenzen, da eine Anbindung an bestehende Siedlungsgebiete besteht. Die Fläche bei Katzenstein bedarf dabei einer ausreichenden Einbindung.

Die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen werden in Grenzen gehalten, weil durch einen ausreichenden Abstand der Windkraftfläche die Lärmwerte in den Siedlungen voraussichtlich deutlich unterhalb der in der TA Lärm geforderten Immissionsrichtwerte liegen. Ähnliches gilt für den Schattenwurf in bewohnte Areale: Auch hier sinken die entsprechenden Beeinträchtigungen für den Menschen mit zunehmendem Abstand. Möglicherweise und wider Erwarten auftretende Beeinträchtigungen kann mit Leistungsreduzierung bzw. temporärer Abschaltung begegnet werden.

Durch die abgestimmte Zuordnung der Baugebiete untereinander kann eine Belastung für die Bewohner der Siedlungen vermieden werden.

Daraus ergibt sich, dass es sich bei den ausgewiesenen Bauflächen und der Konzentrationsfläche um geeignete Standorte handelt.